

9 Zwei Regime der Differenzordnungen

Nach der Diskussion grundlegender theoretischer Ansätze zur Humandifferenzierung und deren Beziehungen zueinander bietet dieses Kapitel eine Analyse der zwei primären Regime von Differenzordnungen aus intersektionaler Perspektive. Die Konzeptualisierung simultan operierender Regime der Differenzordnungen, die auf vielfältigen Codierungen und historischen Kontexten basieren, vertieft das Verständnis von Diskriminierung. Sie ermöglicht es, unterschiedliche, aber miteinander verknüpfte Dimensionen der sozialen Ordnung und ihrer Machtdynamiken zu beleuchten. Diese Dimensionen wirken zwar gleichzeitig, haben aber divergierende historische und wirtschaftspolitische Wurzeln und Logiken. Ihre Unterscheidung erleichtert die präzise Identifikation und Bearbeitung spezifischer Mechanismen und Ursachen von Diskriminierung und Marginalisierung, indem sie die komplexen, aber miteinander verbundenen Wege aufzeigt, auf denen soziale Welten geformt werden. Die Aspekte der Humandifferenzierung, die im weiteren Verlauf dieser Analyse unter dem Begriff »Regime der Differenzordnung« erörtert werden, bilden die Kernbestandteile der historisch-anthropologischen Dimension unserer Untersuchung.

Das primäre Ereignis, das unsere Realität und Lebenswelten und damit auch die Strukturierung und Ausrichtung der historisch-anthropologischen Humandifferenzierungen prägt, sind die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs und die systematische Vernichtung unzähliger Menschen in verschiedenen Regionen weltweit. Der Porajmos und der Holocaust markieren den Höhepunkt aller imperialen Bestrebungen auf europäischem Boden der letzten Jahrhunderte. Die systematischen Verbrechen, die Millionen das Leben kosteten – darunter Roma, Juden, Menschen mit Behinderungen, politische Gefangene, Homosexuelle und Zeugen Jehovas –, offenbaren die verheerenden Folgen einer Ideologie, die Menschen aufgrund angeblich unveränderlicher, also primordialer Merkmale kategorisiert und entmenschlicht. Diese Massenmorde müssen im historischen Kontext betrachtet werden, in dem Konzentrationslager sowie Internierung und Zwangsarbeit bereits in kolonialen Kontexten etabliert waren und tief in der Praxis der Humandifferenzierung verwurzelt sind. Insbesondere der transatlantische Sklavenhandel resultierte in über 12 Millionen Todesopfern; zusätzlich verloren Millionen auf der

qualvollen Überfahrt in die westlichen Regionen oder an den Folgen der Sklaverei nach ihrer Ankunft ihr Leben. Die an diesen Individuen verübten systematischen Misshandlungen und Verbrechen verdeutlichen die anhaltende Präsenz menschenverachtender Praktiken in der Geschichte der Menschheit. Die im Holocaust perfektionierten Mechanismen der Unterdrückung und Entmenschlichung sind daher nicht als isolierte Phänomene zu betrachten, sondern als Weiterführung historisch etablierter Gewaltmuster. Diese Muster, tief verwurzelt in den Strukturen globaler Macht und kolonialer Ausbeutung, erreichten mit den systematischen Vernichtungsaktionen der Nazis auf europäischem Boden eine beispiellos intensive Ausprägung. Bereits während des Zehnjährigen Kriegs auf Kuba (1868–1878) setzten die Spanier solche Methoden ein, ebenso die Deutschen auf den Haifischinseln vor der Lüderitzbucht (1905–1907) und die Briten während des Zweiten Burenkriegs (1899–1902) in Südafrika. Ähnlich implementierten die Franzosen während ihrer kolonialen Herrschaft Konzentrationslagerpraktiken, wie beispielsweise in Moramanga auf Madagaskar während des madagassischen Aufstands von 1947 und im Lager Con Dao in Vietnam. Diese frühen Beispiele von Internierungslagern und Zwangsarbeit zeichnen sich durch eine erschreckende Systematik und Grausamkeit aus, die in medizinischen Experimenten und der Versklavung der Inhaftierten gipfelte. Diese Praktiken dienten nicht nur der Unterdrückung und Kontrolle der kolonisierten Bevölkerungen, sondern auch der wissenschaftlichen Forschung, die unter dem Deckmantel des Fortschritts und der Zivilisation gravierende Verletzungen grundlegender menschlicher Würde beging. Die in diesen kolonialen Kontexten entwickelten Erfahrungen und Techniken bildeten später die Grundlage für die systematischen und industriell organisierten Methoden des Nazi-Regimes. Auch der »Madagaskar-Plan«, der bereits Ende des 19. Jahrhunderts die Deportation von Juden, »Vagabunden« und sogenannten Arbeitsscheuen in die deutschen Kolonien Ostafrikas vorsah, ist ein klares Vorläufermodell der nationalsozialistischen Handlungsweisen und Gesetzgebungen. Dies verdeutlicht, wie koloniale Ideologien und Praktiken schon vor der NS-Zeit eine Rolle in der globalen Imperialpolitik spielten und die entmenschlichenden Aspekte der nationalsozialistischen Agenda vorwegnahmen. Die gezielte Entfernung unerwünschter Bevölkerungsgruppen aus dem europäischen Kontext und ihre Deportation in afrikanische Kolonien spiegeln die gefährliche Verschmelzung von Kolonialismus und rassistischer Ideologie wider, die im Holocaust ihren Höhepunkt erreichte. Aus der Perspektive der Regionen und Bevölkerungen, die ausgebeutet, versklavt, massenhaft ermordet und vergewaltigt wurden, überraschen die im Nazireich kulminierten Verbrechen keineswegs. Die Betrachtung des Porajmos und des Holocaust als »singulären Bruch mit der Zivilisation« (Diner and Benhabib 1988; Diner 2010) erscheint daher zunächst verkürzt und irreführend. Es wäre ein gravierender Denkfehler, die genannten Verbrechen zu relativieren oder sie von ihren menschenverachtenden, antiromaistischen und antisemitischen Motiven zu entkoppeln. Die Debatte über die Singularität der Ver-

brechen zielt nicht darauf ab, ihre Einzigartigkeit zu mindern. Die systematischen Vernichtungsversuche von Roma, Sinti und Juden stellen tatsächlich beispiellose Erscheinungen von Massenmorden auf europäischem Boden dar. Diese Massenvernichtungen erfolgten mit vollem Bewusstsein einer genozidalen Absicht, und waren keineswegs nur Ausdruck geostrategischen Kalküls. Sie reflektieren eine tiefe menschliche Abgründigkeit und eine spezifische, radikale Form des Hasses, die sich in der Geschichte der Menschheit in dieser Form kaum wiederfindet. Eine Relativierung des Porajmos und der Shoah ist besonders problematisch, da sie dazu führt, aktuelle Formen von Hegemonial- und Machtpolitik auf dieselbe Stufe zu stellen und sie somit zu »hitlerisieren«, was letztendlich eine Relativierung der Nazi-Verbrechen bedeutet. Wer solchen Trugschlüssen erliegt, hat die gesamte Kolonial- und Imperialgeschichte, die im Nazi-Regime gipfelte, nicht verstanden. Die vorliegende systemisch-anthropologische Perspektive schließt sich dieser vereinfachenden und falschen Sicht *nicht* an und weist *zugleich* die Singularitätsthese weitgehend zurück, vor dem Hintergrund der reflektierten imperialen Vorläufer und Prototypen der Versklavung, Internierung und Massenmorde. Porajmos und Holocaust verkörpern somit den extremsten Ausdruck imperialer Ambitionen und Konflikte und dienen als exemplarische Manifestation der primordialen Codierung. Der Versuch, menschliches Leiden im Kontext dieser Verbrechen zu vergleichen und zu hierarchisieren, offenbart eine gewisse Unwissenheit sowie einen ideologisch motivierten Drang, Leid und Elend in eine ethnisch codierte Rangfolge zu zwingen. Diese Vorgehensweise diskreditiert diejenigen, die dieser Rangordnung nicht folgen, und trägt analytisch nichts Neues bei. Die Anerkennung der genozidalen Massenmorde des Holocaust darf nicht als Rechtfertigung für gegenwärtige und zukünftige Formen von Machtmissbrauch und Vernichtungspolitik instrumentalisiert werden. In medialen und politischen Diskursen wird der Holocaust vielfach als historischer Referenzpunkt genutzt, was irrtümlicherweise die Erwartung schürt, jegliche differenzierte Kritik an politischen Maßnahmen sei von vornherein ungültig oder fehlerhaft. Dabei betrifft dies häufig Entscheidungen in Bereichen wie nationale Sicherheit, Migration oder geopolitische Konflikte, bei denen der Holocaust als moralisches Argument genutzt wird, um oppositionelle Positionen zu delegitimieren. Diese eindimensionale Sichtweise birgt das Risiko, dass notwendige kritische Diskussionen über anhaltende Machtmissbräuche und Ungerechtigkeiten unterdrückt und eine umfassende Auseinandersetzung mit diesen Themen verhindert wird.

Die Wahrnehmung von Kriegen und Konflikten, deren Akteure mit dem »Urtrauma Deutschlands« assoziiert werden, ist häufig von schwer nachvollziehbaren Einseitigkeiten geprägt. Eine isolierte Betrachtung dieser Phänomene ist unzureichend, da sie stets im Kontext des historischen Hintergrunds sowie der im Great Power Game entstandenen Regime der Differenzordnung interpretiert werden müssen. Diese Regime zeichnen sich durch autopoietische Dynamiken aus, die eine

abrupte Neuauslegung innerhalb größerer sozialer Systeme nicht zulassen. Aus diesem Grund ist eine Reflexion und Bezugnahme auf die in diesem Kapitel konzeptualisierten Regime der Differenzordnung logiktheoretisch unerlässlich, da sie es ermöglichen, gegenwärtige Schemata und Praktiken der Humandifferenzierung fundierter zu kontextualisieren und somit ein umfassenderes Verständnis zu erlangen. Diese Regime operieren nach spezifischen inneren Logiken, welche darauf abzielen, bestehende Machtverhältnisse und soziale Hierarchien zu festigen und zu reproduzieren. Um die komplexen Dynamiken von Exklusions- und Inklusionsmechanismen der Gegenwart adäquat erfassen zu können, ist es erforderlich, sich mit den strukturellen und ideologischen Grundlagen dieser Differenzordnungen auseinanderzusetzen. Diese Logiken sind nicht zufälliger Natur, sondern systemisch verankerte Muster, welche die Stabilisierung sozialer Realitäten bewirken und die Konstruktion von Identitäten und sozialen Kategorien maßgeblich beeinflussen. Die selektive Einseitigkeit, die sich in der Betonung des Leids des eigenen Kontextes und der Marginalisierung fremden Leids manifestiert, veranschaulicht einen wesentlichen Mechanismus der Humandifferenzierungspraktiken, der in diesem Buch einer detaillierten Betrachtung unterzogen wird. Das eigene Leid wird priorisiert, während das Leid anderer Gruppen, die als fremd wahrgenommen werden, übersehen oder relativiert wird. Diese Tendenz, manifestiert als selektive Empathie und spezifische moralische Bewertungen, ist tief in den sozialen und kulturellen Strukturen verankert. Aus einer systemisch-anthropologischen Perspektive sind derartige Hierarchisierungen als unvermeidliche menschliche Neigungen zu betrachten, die jedoch einer kritischen Reflexion und Dekonstruktion bedürfen. Die selektive Empathie sowie die Zuweisung von Affekten, wie sie beispielsweise in der medialen Berichterstattung über Kriege evident wird, stehen stets im Kontext der Auto-*poiesis* sozialer Systeme und deren Selbstlegitimation. Wie bereits im vorherigen Kapitel erörtert, erfolgt keine abrupte Modifikation kulturell codierter Bedeutungsmuster, um etablierte Narrative grundlegend in Frage zu stellen oder zu revidieren. In den vorangegangenen Kapiteln wurde die Wechselwirkung von Humandifferenzierungsschemata auf systemtheoretischen, biologischen, evolutionär-psychologischen sowie sozial-kulturellen Ebenen untersucht. Im nachfolgenden Teil der Untersuchung wird die Rolle geopolitischer und historischer Einflussfaktoren eingeführt, um ein vertieftes Verständnis der komplexen Dynamiken zu entwickeln, die die genannten Schemata formen und beeinflussen. Das vorgestellte Konzept der zwei Regime von Differenzordnungen nach dem Zweiten Weltkrieg erleichtert das Verständnis der komplexen Prozesse sozialer, ökonomischer und politischer Differenzierung, indem es die zentralen Dimensionen der Humandifferenzierung beleuchtet und zueinander in Beziehung setzt. Die dargestellten Regime veranschaulichen, wie die in der Nachkriegszeit entstandenen Strukturen und Machtverhältnisse bis heute globale Interaktionen sowie interne Dynamiken innerhalb von Staaten beeinflussen. Zudem kann auf diese Weise erklärt werden, warum bestimmte

gesellschaftliche Gruppen sowie ihre Narrative und Identitäten systematisch an den Rand gedrängt werden, während andere privilegiert bleiben.

In den erwähnten kaltblütigen Massenmorden der Nazis instrumentalisierte ein totalitäres Regime primordial codierte Semantiken, um ideologische Rechtfertigungen für die systematische Auslöschung von Leben zu schaffen, das als »minderwertig« oder als »Feind« der propagierten sozialen Ordnung betrachtet wurde. Die Durchführung der Deportationen in die Konzentrationslager und anderer Verbrechen war nur mit Wissen und oft mit dem Einverständnis zahlreicher Menschen möglich, auch wenn dies im Nachkriegsdeutschland bis in die 1990er-Jahre oft im Geiste der Schuldabwehr verdrängt oder geleugnet wurde. Entscheidend ist, dass die auf primordialen Codierungen beruhenden Schemata sich nicht unmittelbar nach 1945 auflösten. Vielmehr haben sie weiterhin Bestand, wie das Wiedererstarken rechtsradikaler Gruppierungen und Parteien – nicht nur in Deutschland – eindrucksvoll belegt. Die Transformation politischer Systeme seit dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere seit den 1970er Jahren, von primordial codierten Regimen zu neoliberal codierten Regimen, markiert eine signifikante Verschiebung in der globalen politischen Landschaft. Wie in den folgenden Abschnitten erörtert wird, basieren primordiale Codierungen auf scheinbar unveränderlichen Merkmalen wie tief verwurzelten Zugehörigkeiten und Identitäten, während neoliberale Codierungen eine scheinbar meritokratische Ordnung fördern, die jedoch neue Exklusionsmechanismen und Ungleichheiten schafft. Diese Entwicklung verdeutlicht, wie tiefgreifend beide Codierungsformen die gesellschaftliche Struktur beeinflussen und welche Herausforderungen sie darstellen. Trotz des scheinbaren globalen Wandels in den politischen Systemen ist die anhaltende Präsenz primordial codierter Regime evident. In vielen Teilen der Welt bleiben ethnische, religiöse und kulturelle Identitäten zentrale Säulen der sozialen und politischen Organisation. Diese fortwährende Relevanz ist besonders bedeutsam in Kontexten, in denen nationale oder ethnische Identitäten als Grundlage für politische Legitimation und Autorität dienen oder in Konfliktsituationen eine entscheidende Rolle spielen. Diese Aspekte werden in den folgenden Kapiteln ausführlich diskutiert, um ein tieferes Verständnis der dynamischen Wechselwirkungen und der daraus resultierenden gesellschaftlichen und politischen Implikationen zu ermöglichen. Die historisch bedingten Veränderungen in den unterschiedlichen Codierungspraktiken und -logiken werfen ein Licht auf die Komplexität und Persistenz von Differenzierungsprozessen. Sie zeigen, wie tiefgreifende historische Ereignisse kulturelle Codierungsmechanismen beeinflussen und modifizieren, ohne sie vollständig zu eliminieren. Diese Einsicht unterstreicht die Notwendigkeit, sowohl primordiale als auch neoliberale Codierungen in ihrer Rolle für die Konstruktion und Aufrechterhaltung sozialer Ordnungen zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Die vorliegende Perspektive ermöglicht es, die komplexen Überlappungen und Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Strukturen normativer Ordnungen

zu untersuchen. Trotz ihrer unterschiedlichen Codierungslogiken und der daraus resultierenden normativen Strukturen zeigt sich in der Realität häufig eine Überschneidung der Unterscheidungs-, Hierarchie- und Kontrollpraktiken. Wie bereits erwähnt, *basieren diese Regime auf völlig unterschiedlichen Logiken der Codierung spezifischer Inhalte*, die bestätigende Rückkopplungsschleifen innerhalb ihrer sozialen Systeme erzeugen. Diese Dynamiken tragen zur Aufrechterhaltung und Legitimierung der Systeme bei, stehen jedoch in einem spannungsreichen Verhältnis zur zunehmenden Diversifizierung und Pluralität. Die intersektionale Perspektive, die eine Verflechtung von Machtverhältnissen, Identifikationsprozessen und sozialen Kategorien zeigt, deckt die schädlichen Auswirkungen antidemokratischer und antiheterogener Diskurse in liberalen Demokratien auf. Es wird deutlich, dass die Vermengung spezifischer Affekte und Einstellungen, die breite Bevölkerungsschichten prägen, ein kritisches Verständnis der Funktionsweisen und Auswirkungen dieser Differenzordnungen erfordert.

9.1 Intersektionale Analyse im Rahmen der Regime der Differenzordnungen

Die Konzeptualisierung von Regimen der Differenzordnung, insbesondere die Unterscheidung zwischen primordial und neoliberal codierten Systemen, schafft einen umfassenden analytischen Rahmen zur Untersuchung von Praktiken der Humandifferenzierung. Der hier vorgestellte Ansatz ergänzt bestehende intersektionale Theorien, die bereits ein tiefgreifendes Verständnis für die vielschichtige und interagierende Natur sozialer Ungleichheiten bieten, um systemische und anthropologische Dimensionen. Diese wurden bereits in den vorherigen Kapiteln dieses Buches diskutiert. Für den Analyserahmen der Regime der Differenzordnungen ist es von entscheidender Bedeutung, zu erkennen, dass soziale Differenzkategorien in einem nicht-linearen Verhältnis zueinander stehen und sich dadurch *artikulieren* und *ko-formieren* (siehe weiter unten). Diese Nicht-Linearität manifestiert sich in der Art und Weise, wie Veränderungen von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden, die in komplexen und oft unvorhersehbaren Mustern interagieren. Die Nicht-Linearität sozialer Differenzierungsachsen impliziert, dass deren Wirken niemals additiv und unabhängig voneinander erfolgt. Die Metapher der Intersektion, welche die Kreuzung von Achsen sozialer Kategorien darstellt, erweist sich somit als unzutreffend, da sie genau die additive und statisch-räumliche Logik sozialer Machtverhältnisse suggeriert (Yuval-Davis 2013, 206). Das systemische Verständnis von Differenzordnungen, welches kulturelle Codierungen als strukturelle Kopplungen von Semantiken betrachtet und die mit diesen Semantiken assoziierten spezifischen Ein- und Ausschlüsse sozialer Systeme als unvermeidbar anerkennt (siehe Kapitel 2 und 8), erlaubt es, terminologische Fallstricke zu

überwinden, die Linearität und Additivität implizieren. Die Anerkennung der Unvermeidbarkeit von Ein- und Ausschlüssen ist dabei von entscheidender Bedeutung für die nicht-lineare Betrachtung intersektional wirkender Differenzordnungen. Die Anerkennung der Unvermeidbarkeit von Differenzierungsprozessen führt zu der Erkenntnis, dass diese nicht isoliert oder additiv wirken, sondern in komplexen, vernetzten Mustern interagieren. Die Ein- und Ausschlüsse in einem sozialen System beeinflussen gleichzeitig andere Differenzierungsordnungen, was zu nicht-linearen Effekten und wechselseitigen Verstärkungen führen kann. Dieser Ansatz erlaubt eine angemessenere Erfassung der Komplexität sozialer Prozesse. Der Analyserahmen der Regime der Differenzordnung innerhalb der intersektionellen Reflexion betont, wie verschiedene Identitätskategorien und Machtverhältnisse nicht nur interagieren, sondern sich tatsächlich gegenseitig konstituieren und »koformieren« (Collins 2019, 241). Dadurch wird anerkannt, dass soziale Kategorien miteinander interagieren und dabei komplexe neue soziale Identitäten formen. Diese Identitäten sind keine einfachen Summen ihrer Einzelteile, sondern *emergente* Eigenschaften, die aus der spezifischen Konfiguration und Interaktion der beteiligten Kategorien resultieren. Ko-Formation kann demnach als ein Prozess verstanden werden, bei dem Kategorien der Differenz und korrespondierende Machtstrukturen sich permanent gegenseitig formen. Dieser Prozess impliziert die untrennbare Verknüpfung und gegenseitige Abhängigkeit dieser Kategorien. Die Beziehung zwischen diesen Kategorien ist demnach stets als reziprok und kontextabhängig zu verstehen, wobei jede Kategorie die Auslegung und Wirkung der anderen beeinflusst (ebd., 242). Dies wird als *Ko-Formation* der sozialen Kategorien der Humandifferenzierung verstanden. Die Ko-Formation manifestiert sich im Konzept der Differenzordnung und impliziert, dass diese reziproke Beeinflussung dazu führt, dass traditionelle Machtstrukturen kontinuierlich neu ausgehandelt und definiert werden, je nach historischem und regionalem Kontext. Die Flexibilität dieser Beziehungen manifestiert sich besonders in ihrer Anpassungsfähigkeit an unterschiedliche gesellschaftliche und kulturelle Kontexte, was die Notwendigkeit einer kontextsensitiven Analyse betont. Die gegenwärtigen fortschreitend differenzierten Gesellschaftsformationen und die damit einhergehende Vielfalt an Funktionssystemen steigern die Komplexität der Beziehungen zwischen diesen sozialen Kategorien und den daraus resultierenden individuellen und kollektiven Identitäten. Diese Entwicklungen erschweren die Definition von Identität über einzelne soziale Rollen oder Zugehörigkeiten und stellen Individuen vor die Herausforderung, sich in einer zunehmend komplexen Welt zu verorten (Nassehi 2021, 12). In Reaktion auf die unscharfe soziale Positionierung in den heutigen hochgradig differenzierten Gesellschaftsstrukturen bedient sich der vorliegende Ansatz einer *strategischen Essenzialisierung*. Die bewusste Einteilung in Codierungslogiken und Kategorien der Differenzordnung soll nicht starre Identitätskonzepte zementieren, sondern dient als analytisches Instrument, um die komplexen Dynamiken

sozialer Systeme zu entschlüsseln, die Identifikationen und Zugehörigkeiten ermöglichen. Mit seinem Verständnis spezifischer Codierungslogiken (siehe Kap. 8) richtet der Ansatz gezielt den Fokus auf Affizierungen und die damit verbundenen Narrative der Humandifferenzierung. Sie spielen innerhalb bestimmter sozialer Systeme eine entscheidende Rolle in der Komplexitätsreduktion, indem sie Rückkopplungsdynamiken initiieren, welche die bestehenden Systeme rechtfertigen und legitimieren oder infrage stellen und delegitimieren.

Artikulation, verstanden als die Verbindung und Interaktion unterschiedlicher sozialer Kategorien, erfasst die dynamische Art und Weise, in der Bedeutungen konstruiert und neu verhandelt werden. Die Analyse des Prinzips der wechselseitigen Konstruktion von herrschaftlich wirkenden Differenzkategorien ermöglicht ein tieferes Verständnis ihrer Artikulation und verdeutlicht das Konzept der strukturellen Kopplung. Strukturelle Kopplung bezieht sich auf die spezifische Weise, wie soziale Systeme und Identitätskategorien miteinander verbunden sind und sich gegenseitig beeinflussen. Kulturelle Codierung manifestiert sich als ein Prozess der Bedeutungszuweisung, geprägt durch die Artikulation von Identifikationsmöglichkeiten innerhalb sozialer Systeme. Dies umfasst den Prozess, durch den soziale Systeme und ihre strukturellen Komponenten spezifische Weisen der Identifikation formen und ausdrücken. Artikulation beschreibt, wie spezifische Kategorien der Differenz und Machtverhältnisse innerhalb dieses Rahmens der strukturellen Kopplung miteinander verbunden und in einem gegebenen Kontext ausgedrückt werden. Sie ermöglicht es, dass verschiedene Kategorien in unterschiedlichen Konfigurationen existieren und interagieren können, ohne notwendigerweise zu einem einzigen, homogenen Ganzen zu verschmelzen. Dieser Prozess fördert Flexibilität und Offenheit in der Strukturierung sozialer Realitäten und trägt zur fortlaufenden Neudefinition der Beziehungen zwischen verschiedenen sozialen Elementen bei, was die Kernfunktion der strukturellen Kopplung in der fortlaufenden Dynamik sozialer Systeme reflektiert. Kulturelle Codes dienen dabei als Vehikel der Artikulation, durch die soziale und kulturelle Realitäten in Bezug auf Differenzen konstruiert und kommuniziert werden. Im Unterschied zu dem ursprünglich von Hall entwickelten (Hall 2018a) und von Collins weiterentwickelten Konzept (Collins 2019, 232), das primär race, class, nation und gender fokussiert, ermöglicht die Integration der systemischen und anthropologischen Dimension eine Analyse, die tief in die Strukturen der Identitätsbildung und Machtverhältnisse eindringt, die durch kulturelle Codes *strukturell gekoppelt* sind. Die jeweiligen Codierungslogiken zeichnen sich durch ihre autopoietische Natur aus und fungieren als Katalysatoren für affektiv-kognitive-leibliche Schemata, die in einem rekursiven Verhältnis zu den Prozessen der konditionierenden Internalisierung stehen. Diese Integration vertieft nicht nur das Verständnis von Identität und Macht, sondern kontextualisiert es auch neu in einem breiteren, interdisziplinären Rahmen, der die detaillierte Erforschung der komplexen Wechselwirkungen zwischen individueller Erfahrung und

gesellschaftlichen Strukturen ermöglicht. Im Gegensatz zu festgefahrenen systemtheoretischen Ansätzen wird in diesem Rahmen *agency* bei Individuen anerkannt, auch wenn diese Handlungsfähigkeit begrenzt ist und das Durchbrechen etablierter Rekursionsdynamiken sowie das Initiieren neuer Kopplungsschleifen sozialer Systeme erheblichen Widerstand und Energieaufwand erfordern. In diesem Sinne sind Ko-Formation und Artikulation Mechanismen, durch die soziale Systeme und Identitätskategorien nicht nur miteinander verbunden, sondern durch kulturelle Codes auch kontinuierlich neu konfiguriert werden. In der Anwendung ermöglicht dieses Verständnis von Regimen der Differenzordnung eine präzisere und umfassendere Strategieentwicklung zur Adressierung sozialer Ungleichheiten.

Die Integration all dieser Dimensionen sowie der *hegemonial-geopolitischen Matrix* (siehe Kap. 10) ist von entscheidender Bedeutung. Die ausschließliche Betonung kultureller Aspekte ohne angemessene Berücksichtigung anderer Dimensionen kann unbeabsichtigt zu einer Essenzialisierung führen, die kulturelle Identitäten als unveränderlich ansieht und die Fluidität menschlicher Erfahrungen ignoriert. Solche kulturalisierenden Ansätze können unbeabsichtigt Stereotypen verstärken und Diskriminierung legitimieren, indem sie kulturelle Unterschiede als naturgegeben ansehen und zur Homogenisierung sowie Normalisierung sozialer Gruppen beitragen (McCall 2005, 1777). Dabei wird die in diesem Kontext unbedingt erforderliche strategische Essenzialisierung übergangen. Es ist entscheidend, die strategische Natur dieser Essenzialisierungen zu hinterfragen und ihre Rolle bei der Verfestigung sozialer Ungleichheiten kritisch zu betrachten.

Die Tendenz reduktionistischer Ansätze, die sich auf kulturelle und identitätsbezogene Analysen konzentrieren, kann zu moralisierenden Haltungen führen, die komplexe soziale Probleme auf individuelle Verhaltensweisen reduzieren und strukturelle Ursachen sozialer Ungleichheiten übersehen (siehe Kap. 11). Diese Vereinfachung betont persönliche Schuld und individuelle Verantwortung, vernachlässigt jedoch strukturelle Veränderungen und kollektive Lösungsansätze. Eine solche Fokussierung kann Diskussionen über soziale Gerechtigkeit auf die Ebene persönlicher Tugenden verschieben und damit von notwendigen strukturellen Reformen ablenken, was den Status quo erhält. Hier wird die Notwendigkeit eines ausgewogenen Ansatzes deutlich, der individuelle und kollektive Dimensionen sozialer Realitäten einbezieht, ohne komplexe strukturelle Herausforderungen auf Fragen des individuellen Charakters zu reduzieren. In der Diskussion um soziale Kategorien wird häufig ein Kulturbegriff verwendet, der Gruppen homogenisiert und Kulturen statisch sowie deterministisch betrachtet – ähnlich dem Konzept von »Rassen« (Balibar 2018). Menschen werden als bloße Produkte ihrer Kultur dargestellt, Kulturen zugleich zu quasi-natürlichen Einheiten erhebt (Leiprecht 2001, 31). Solche Ansätze führen zu einer moralisierenden Betrachtungsweise, die mit totalisierenden Konzepten sozialer Kategorien operiert. Gerade sie werden im Rahmen dieses Buches wie bereits erwähnt als strategisches Element im Rahmen der Codierungs-

praktiken verortet. Moralisierende Perspektiven schränken den Blick auf vielfältige Differenzlinien ein und tendieren dazu, Diskriminierungsverhältnisse als einseitige Probleme darzustellen und beispielsweise bestimmte Merkmale ausschließlich der Kategorie der weißen Mehrheit oder der Männer zuzuordnen. Durch moralisierende Haltungen, die sich mittlerweile insbesondere im akademischen Kontext verbreiten, werden »Anti-Ideologien« (wie Antirassismus, Antisexismus usw.) vorschnell und ungeprüft als legitim angesehen und in eine normative Position erhoben, was oft in einer Überbetonung politischer Korrektheit mündet (Hall 1996). Ironischerweise resultiert dies in einer Vermeidung kritischer Diskussionen über tatsächliche Diskriminierungsverhältnisse, da Verhaltensweisen, Praktiken, Themen, Begriffe und Formulierungen, die potenziell, jedoch nicht zwangsläufig diskriminierend sind, gemieden werden. Abgesehen von der Befriedigung eines imagezentrierten und persönlich motivierten Bedürfnisses, sich moralisch überlegen zu fühlen, erweisen sich moralisierende Haltungen der Political Correctness als wenig zielführend hinsichtlich emanzipatorischer und gesellschaftlicher Anliegen. Die moralische Bewertung gesellschaftlicher Phänomene verdeckt die Tatsache, dass eine tatsächliche soziale Transformation tiefgreifende Veränderungen erfordert, die über sprachliche Anpassungen und oberflächliche Gesten der Inklusivität hinausgehen. Ein solches Vorgehen erweist sich letztlich als kontraproduktiv, da keine der beteiligten Seiten daraus einen Vorteil zieht. Dies resultiert in einer Verhinderung eines offenen und ehrlichen Diskurses sowie einer Verflachung der Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit. Selbsternannte humanistische und menschenrechtliche Ideologien, deren Hauptanliegen häufig das Moralisieren und die Selbstinszenierung sind, agieren als autopoietische Elemente innerhalb sozialer Systeme, die primär auf ihre eigene Selbstreproduktion ausgerichtet sind, anstatt echte soziale Transformation zu fördern. Es sei zudem darauf verwiesen, dass diese Ideologien mitunter – wenn auch nicht immer – dazu beitragen können, geopolitische Machtstrukturen und Ressourcenausbeutung zu verschleiern, ohne dabei einen signifikanten emanzipatorischen Nutzen zu generieren (vgl. Kapitel 11).

9.2 Primordial codierte Regime der Differenzordnung

Der analytische Rahmen der primordial codierten Regime der Differenzordnung ermöglicht die Untersuchung von Schemata und Praktiken der Humandifferenzierung in sozialen Systemen, die durch hohe Bildungsstandards, ausgeprägte technologische Entwicklungen, Wohlstand und demokratische Werte charakterisiert sind, insbesondere im Kontext Deutschlands. In diesen Gesellschaften sind Methoden der Humandifferenzierung erkennbar, die tief in primordial codierten Logiken verwurzelt sind. Diese Praktiken werden durch vielfältige theoretische Perspektiven beleuchtet, die in den vorhergehenden Kapiteln diskutiert wurden. Dazu zählen sozio-

kybernetische und anthropologische Betrachtungen (Kap. 2), evolutionär-psychologische Ansätze (Kap. 3), sozial-psychologische und systemrechtfertigende Perspektiven (Kap. 4), neurobiologische Erkenntnisse (Kap. 5), schema-bezogene Theorien (Kap. 6), makrosozial-anthropologische Sichtweisen (Kap. 7) sowie kulturtheoretische Dimensionen (Kap. 8). Diese verschiedenen theoretischen Ansätze verdeutlichen, dass Differenzordnungen, unabhängig von ihrer primordialen oder neoliberalen Codierung, nicht gänzlich isoliert wirken, sondern immer in einem dynamischen und komplexen Zusammenspiel involviert sind.

9.2.1 Primordialismus und Essentialismus

Primordialismus meint, dass bestimmte soziale Kategorien – wie Geschlecht, Ethnizität, Nationalität oder Religion – oft als »natürliche« oder angeboren wahrgenommene Eigenschaften von Individuen oder Gruppen angesehen werden. Es wird davon ausgegangen, dass solche Merkmale tief verwurzelte und unveränderliche Grundlagen der sozialen Identität und Zugehörigkeit darstellen, die wesentlich zur sozialen Bindung und Gruppenkohäsion beitragen. Zu den Eigenschaften, die gemäß der vorliegenden Position als primordiale Merkmale der Humandifferenzierung angesehen werden, zählen:

- Geschlecht/Gender
- Alter
- körperliche Merkmale und Erscheinung
- Hautfarbe
- Ethnizität
- Kultur
- Nationalität
- Sprache und Dialekte
- Religion
- sozialer Status (wie Kasten und Klassen)
- Bildungshintergrund
- Beruf und Arbeitsumfeld
- sexuelle Orientierung und sexuelles Verhalten
- Kleidungsstile
- Ernährungsgewohnheiten
- Geburtsort
- familiäre Abstammung
- Blutsverwandtschaft
- Persönlichkeitseigenschaften
- kognitive Fähigkeiten
- emotionale Intelligenz

- Wohnort und geografische Herkunft
- physische und psychische Gesundheitszustände

Diese fest in der Vorstellung von einer unveränderlichen »Essenz« verankerten Merkmale bilden die Grundpfeiler normativer Ordnungen innerhalb sozialer Systeme, auf die sie sich beziehen, und prägen die Struktur zwischenmenschlicher Beziehungen tiefgreifend. Indem ihre konstitutive Rolle für die Herausbildung von Machtverhältnissen und die Gestaltung sozialer Gerechtigkeit beleuchtet wird, erschließt sich implizit eine neuartige systemisch-anthropologische Perspektive auf die Mechanismen intersektionaler Diskriminierung. Das Regime der primordialen Differenzordnung erfasst somit nicht nur individuelle und kollektive Identifikations- und Zugehörigkeitsprozesse in ihrem Kern, sondern reflektiert auch, wie durch die Zuschreibung dieser Eigenschaften soziale Hierarchien und Ungleichheiten reproduziert und legitimiert werden. Primordial codierte Identitäten beruhen auf der Idee einer unveränderlichen »Essenz«, die eine tiefe und oft unhinterfragte Zugehörigkeit nahelegt, während die komplexe soziale Realität außer Acht gelassen wird. Der Primordialismus unterstreicht, dass die als »essenziell« angesehenen Merkmale die Hauptquelle für Identifikation und sozialen Zusammenhalt darstellen. Sie spielen eine entscheidende, manchmal unvermeidbare Rolle bei der Prägung individueller und kollektiver Identitäten, vernachlässigen dabei aber die vielschichtige Natur sozialer Wirklichkeiten. Die primordiale Denkweise, die kulturelle und soziale Unterschiede als Ausdruck einer »natürlichen Ordnung« interpretiert und ihre Ursprünge in der Kolonialzeit hat, ist in westlichen Demokratien tief verwurzelt. Sie manifestiert sich vor allem in binären Kategorisierungen und ordnet, auf kolonialen und biologistischen Annahmen basierend, den weißen, westlichen, heterosexuellen Mann implizit an der Spitze der sozialen Hierarchie ein, wobei Weißsein als dominierendes Merkmal gilt. Innerhalb dieses Rahmens spielen Narrative, die Ausbeutung legitimieren und soziale Systeme stabilisieren, eine zentrale Rolle. Sie idealisieren die Vorstellung einer sakralisierten, unveränderlichen Natur, deren angenommene Reinheit als Ideal für die gesellschaftliche Ordnung gilt. Reinheit wird hier nicht nur als physische, sondern auch als soziale und kulturelle Integrität konzeptualisiert, die sich in den Beziehungen innerhalb der Gesellschaft widerspiegelt und in ihnen auch angestrebt wird. Die Gesellschaft wird dazu ermutigt, sich innerhalb der als natürlich betrachteten Ordnung zu verwirklichen. Das führt zur Konstruktion von Gemeinschaften auf der Basis dieser »natürlichen« Ordnungen und Grenzen, die durch das Konzept der Reinheit weiter verstärkt werden.

9.2.2 Falsche Kausalitäten und Komplexitätsreduktion

Primordiale Codierungen fußen also immer auf der Annahme scheinbar unveränderlicher und »ursprünglicher« Merkmale – die obige Aufzählung hat hier einen umfassenden Eindruck vermittelt. Dabei basieren sie auf einer *irrtümlichen Logik*, die von einer künstlich konstruierten und unhaltbaren Konzeption von »Natur« und Körperlichkeit ausgeht. Der logiktheoretische Fehler dieser Codierung besteht in der Essenzialisierung von Merkmalen wie Geschlecht, Hautfarbe, Ethnizität oder kultureller Zugehörigkeit als unveränderlich und zentral für die individuelle und/oder kollektive Identität. Die erwähnten primordialen Merkmale eines Menschen stehen jedoch in keinem direkten Zusammenhang mit sozialen oder psychischen Eigenschaften. Negative Verhaltensweisen resultieren vielmehr aus einer Vielzahl von komplexen sozialen, ökonomischen und persönlichen Umständen. Eine direkte Verknüpfung zwischen soziopsychischen Verhaltensmustern und primordialen Eigenschaften herzustellen, ohne stichhaltige Belege oder fundierte Argumente vorzulegen, stellt einen logischen Fehlschluss dar. Dieser Fehler der falschen Kausalität entsteht, wenn irrtümlich eine Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen zwei Elementen (z. B. negative Verhaltensweisen und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe) angenommen wird, obwohl keine logischen oder evidenzbasierten Argumente dafür geltend gemacht werden (können). Zusätzlich kann der Fehlschluss der Übergeneralisierung auftreten, bei dem aufgrund einiger prägnanter Beispiele vorschnell auf die Allgemeinheit der Gruppe geschlossen wird, was zu verzerrten und ungerechtfertigten Stereotypen führt. Die Tendenz, bestimmte Denkfehler in nahezu obsessiver Weise zu wiederholen, lässt sich aus der vorliegenden Perspektive mit den Konzepten der Komplexitätsreduktion und der Selbstreferenzialität sozialer Systeme erklären. Soziale Systeme, zu denen auch die Wahrnehmung und Bewertung sozialer Gruppen gehören, müssen die immense Komplexität ihrer Umwelt reduzieren, um handhabbar zu bleiben. Stereotype und vorschnelle Kategorisierungen sind Mechanismen dieser Komplexitätsreduktion, da sie eine vereinfachte, wenn auch verzerrte Form der Realität bieten. Selbstreferenzialität (vgl. Kapitel 2.2.3), ein weiteres Schlüsselement sozialer Systeme, bedeutet, dass Systeme ihre Operationen auf der Grundlage ihrer eigenen Strukturen und vorangegangenen Operationen vollziehen. Im Kontext sozialer Wahrnehmung bedeutet dies, dass Menschen Informationen auf der Basis bereits vorhandener Überzeugungen und Stereotype filtern und interpretieren. Dieser selbstreferenzielle Prozess verstärkt bestehende Vorurteile und Stereotype, da neue Informationen so interpretiert werden, dass sie mit den bestehenden Überzeugungen übereinstimmen und *Systeme rechtfertigen* (siehe Kap. 4.5). Zudem spielen soziale Systeme und ihre Umwelten in der Verstärkung dieser Denkfehler eine Rolle. In funktional differenzierten Gesellschaften interagieren Menschen stets in verschiedenen sozialen Systemen, die jeweils eigene Logiken und Rationalitäten

aufweisen. Diese Differenzierung kann dazu führen, dass Menschen in bestimmten Kontexten verstärkt auf vereinfachende Erklärungsmodelle zurückgreifen, um die Vielschichtigkeit und Unsicherheit ihrer sozialen Welten zu bewältigen. Schließlich fördern mediale und kommunikative Strukturen, insbesondere in der heutigen digitalen Ära, die Verbreitung und Verstärkung von Stereotypen und vereinfachten Darstellungen sozialer Gruppen. Die schnelle Verbreitung von Informationen durch soziale Medien und andere Kanäle kann dazu beitragen, dass unzureichend geprüfte oder vereinfachte Darstellungen sozialer Realitäten eine breite Öffentlichkeit erreichen und als wahr angenommen werden.

9.2.3 Selbstreferenzialität und die Bewahrung »natürlicher Ordnungen«

Die obsessive Wiederholung des Denkfehlers, soziopsychische Verhaltensweisen direkt mit primordialen Merkmalen zu verknüpfen, lässt sich mit dem Konzept der *Schemata* (siehe Kap. 6) weiter erhellen. Kognitiv-affektiv-leibliche Schemata sind tief in den selbstreferenziellen Prozessen sozialer Systeme verankert und begünstigen die Neigung, Informationen in einer Weise zu filtern und zu interpretieren, die bestehende Annahmen bestätigt. Das Anhalten solcher Denkfehler ergibt sich aus der stabilisierenden Funktion von Schemata für die Identität des sozialen Systems und seiner Mitglieder. Indem sie eine vertraute und vorhersehbare Interpretation der sozialen Welt ermöglichen, reduzieren Schemata Komplexität und erzeugen ein Gefühl der Sicherheit und Kohärenz. Das Bedürfnis nach Konsistenz und Vorhersehbarkeit in der sozialen Wahrnehmung führt dazu, dass einmal etablierte Schemata auch dann beibehalten werden, wenn sie durch neue Informationen oder Erfahrungen infrage gestellt werden. Die Wiederholung von Denkfehlern und die Schwierigkeit, sie zu überwinden, lassen sich somit durch die tiefe Verankerung von Schemata in den kognitiven und kommunikativen Strukturen sozialer Systeme erklären. Eine Veränderung solcher Schemata erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit den eigenen Vorannahmen und die Bereitschaft, die Komplexität und Vielschichtigkeit sozialer Identitäten anzuerkennen. Diese anspruchsvolle Herausforderung ist nicht nur individuell, sondern auch kollektiv zu bewältigen, da die Transformation von Schemata eine Veränderung in den kommunikativen Praktiken und sozialen Strukturen voraussetzt, die diese Schemata stützen und reproduzieren. Primordial codierte Differenzlinien werden auf die erwähnten »natürlichen Ordnungen« zurückgeführt, indem sie mit kulturell codierten Memes versehen werden, die als naturalistische Reduktionen der komplexen sozialen Realität fungieren. Verstärkt durch diverse Ideologien, zeigt sich oft ein Zusammenhang mit Fantasien und Vorstellungen von Reinheit, die sich auf eine vermeintliche Essenz berufen und dabei das Spektrum abwerten, das zwischen den häufig dichotomisch aufgefassten Polen von Kategorien liegt. Dieser Prozess verstärkt die Selbstreferenzialität des Systems, indem er die internen Strukturen stabilisiert und die

Legitimität des bestehenden Systems rechtfertigt. Durch das Bestreben, die »Reinheit« der konstruierten sozialen Ordnungen zu bewahren, wird jegliche Form der Abweichung oder Veränderung als Bedrohung empfunden. Das fördert die Resistenz gegenüber sozialem Wandel und die Aufrechterhaltung bestehender Machtverhältnisse. Die Naturalisierung sozialer Verhältnisse führt dazu, dass gesellschaftliche Probleme als unveränderlich betrachtet und in den Bereich des Naturgegebenen verbannt werden. Auf diese Weise erscheinen sie der gesellschaftlichen Verhandlung und Einflussnahme entzogen. Beispielsweise würde in der primordialen Perspektive eine angenommene »angeborene Dummheit« als durch Verbesserungen im Bildungssystem nicht beeinflussbar gelten. Die zugrunde liegende Annahme manifestiert sich ebenso in Diskursen, die beispielsweise behaupten, Deutschland werde demografisch »aussterben«, weil die »falschen« Menschen Kinder bekämen – eine Argumentation, die in ihrer Biologistik nicht weit entfernt ist von historischen Rechtfertigungen der Eugenik und Sklaverei. So wurde argumentiert, dass Sklavenkörper aufgrund ihrer physischen Beschaffenheit besser für Zwangsarbeit geeignet seien, was die Aufteilung in Freie und Sklaven als eine natürliche Ordnung erscheinen ließ. Diese Sichtweise wurde bereits in der Vergangenheit kritisiert, und fand doch in späteren Debatten ihr Echo, etwa in »The Bell Curve«, einem 1994 veröffentlichten Buch von Richard J. Herrnstein und Charles Murray von der Harvard University, die darin behaupteten, Unterschiede in der Intelligenz zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in den USA zu beweisen. Die Autoren argumentierten, dass Intelligenz größtenteils genetisch bedingt sei und signifikante Unterschiede in den IQ-Werten zwischen weißen Amerikanern, Afroamerikanern und anderen ethnischen Gruppen existierten. Diese Intelligenzunterschiede hätten weitreichende sozioökonomische Folgen, einschließlich Unterschieden in Berufserfolg, Einkommen und sozialer Schichtung. Trotz der Kritik an solchen Perspektiven setzt sich die Tendenz zur primordialen Codierung fort, wenn auch in subtileren und verschleierte Formen. Damit werden gesellschaftliche Ungleichheiten und Vorurteile unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit fortführt. Die Codierung so erschaffener Identitäten erleichtert nicht nur die Abgrenzung zwischen einem gesellschaftlichen Innen und Außen, sondern festigt auch mehr oder weniger subtile Hierarchien und Klassendifferenzierungen innerhalb von Gemeinschaften. Solche Schemata zur Etablierung struktureller Ordnungen durch schichten- und klassenspezifische Differenzierungen sind zwar nicht universell anwendbar, aber dennoch weit verbreitet und bilden eine zentrale Grundlage für die Aufrechterhaltung und Verstärkung von Machtstrukturen.

9.2.4 Gender als primordial codiertes Prinzip von Differenzordnung

Ein bedeutendes Feld primordial kommunizierter Codierungen umfasst Themen, Vorstellungen und Praktiken, die sich auf das Merkmal Geschlecht bzw. Gender

beziehen. Geschlecht definiert sich vorliegend als ein komplexes Gefüge sozialer Beziehungen, das primär um die reproduktive Sphäre organisiert ist und in dem biologische Unterschiede durch soziale Praktiken in den gesellschaftlichen Kontext übersetzt werden (Connell 2013, 29–30). *Gender beschreibt demnach in unserem Kontext die Schemata und Praktiken, durch die soziale Systeme physische Körper und deren reproduktive Funktionen in ihre kulturellen und politischen Strukturen einbetten*, was weitreichende Implikationen für sowohl individuelle als auch kollektive Existenzen hat. Im Kontext primordial codierter Differenzordnungen wird Geschlecht nicht nur als sozial konstruiert verstanden, sondern auch als tief verwurzelt in den normativen und ideologischen Strukturen einer Gesellschaft. Diese Codierung stützt sich auf überkommene und falsche Annahmen über biologische und soziale Rollen, die durch historisch etablierte Machtverhältnisse und kulturelle Normen geformt und aufrechterhalten werden. Die daraus resultierende binäre Geschlechterkonzeption verstärkt heteronormative Grundannahmen und entsprechende Rollenverteilungen, was häufig kritisiert wird. Solche Ansätze zementieren Geschlechterungleichheiten und verstärken Diskriminierungspraktiken, da sie die Vielfalt menschlicher Erfahrungen reduzieren und alternative Identitätskonstruktionen marginalisieren. Diese tief eingebetteten Codierungen von Geschlecht, die im akademischen Diskurs zunehmend hinterfragt werden, spiegeln die Persistenz und Transformationsresistenz von sozialen Strukturen wider, die zentrale Herausforderungen für emanzipatorische Geschlechterpolitiken darstellen.

Geschlecht ist in primordial codierten Semantiken keine isolierte oder ausschließlich biologisch konstruierte und determinierte Kategorie, sondern ein *fundamentales Organisationsprinzip* (Connell 2013, 101), das soziale Systeme durchdringt und strukturiert. In systemisch-anthropologischer Perspektive sind primordial codierte Semantiken zu Geschlechterrollen und -normen in die autopoietische Selbstproduktion und -erhaltung sozialer Systeme eingebettet, die Geschlechterunterschiede reproduzieren und legitimieren, indem sie Personen spezifische Rollen und Erwartungen zuweisen, die zur Stabilität und Kontinuität der jeweiligen sozialen Systeme beitragen. Auch Geschlechterdifferenzen fungieren so als Mechanismen der Komplexitätsreduktion, indem sie die Vielfalt möglicher sozialer Interaktionen und Identitäten vorstrukturieren und limitieren. Bestehende Geschlechterverhältnisse werden in diesem Zuge nicht nur systemintern reproduziert, sondern auch als legitim und natürlich dargestellt. Dies geschieht durch die kontinuierliche Kommunikation und Verbreitung von Normen und Werten, die geschlechtsspezifische Ungleichheiten rechtfertigen und verstärken. Solche Rechtfertigungsmechanismen sind entscheidend für die Aufrechterhaltung von Machtasymmetrien innerhalb sozialer Systeme und tragen zu anhaltenden Marginalisierungen und Diskriminierungsverhältnissen bei.

Die systematische Etablierung des Organisations- und Kategorisierungsprinzips in Bezug auf Gender verdeutlicht die konditionierende und subjektivieren-

de Eigenschaft primordial codierter Regime der Differenzordnung. Individuen werden dadurch explizit adressiert – oder »angerufen«, ein Konzept, das Louis Althusser in seinem theoretischen Ansatz der Interpellation entwickelt hat. Diese normativ wirkende Zuschreibung verleiht den Individuen ihre soziale Existenz innerhalb der Hierarchie des jeweiligen sozialen Systems. Dieses zirkuläre Phänomen, das in der poststrukturalistischen Theorie als diskursive Hervorbringung von Subjektivität bezeichnet wird, wird ausführlich in Kapitel 8 diskutiert. Das machtvolle Element dieser Identitäts- und Differenzproduktion liegt darin, dass diese Adressierungen gesamtgesellschaftlich erfolgen und individuelle sowie soziale Systeme strukturell einbinden. Diese oftmals gewaltvollen Zuschreibungen manifestieren sich nicht nur in der individuellen Wahrnehmung, sondern prägen auch die strukturelle Verankerung innerhalb der Gesellschaft. Durch die strukturelle Kopplung werden Individuen und ihre sozialen Systeme an bestehende Machtstrukturen und soziale Ordnungen angebunden, was tiefgreifende und langanhaltende Auswirkungen auf ihre soziale Existenz und Interaktion hat. Positionen, die darauf abzielen, Frauen gleiche Rechte und Chancen wie Männern zu gewähren, fokussieren sich oft auf eine binäre Geschlechtervorstellung, um existierende soziale Hierarchien zu stabilisieren. Solche egalitätsfeministischen Ansätze stehen besonders dann vor Herausforderungen, wenn sie innerhalb einer tief in sozialen und politischen Systemen verankerten weißen hegemonialen Struktur operieren. Ein zentrales Defizit dieser Ansätze ist die unzureichende Berücksichtigung der Intersektionalität, die für ein umfassendes Verständnis der diversen Erfahrungen aller Frauen unerlässlich ist. Sie neigen dazu, von einer universellen weiblichen Erfahrung auszugehen, und übersehen dabei die Realitäten und Bedürfnisse von Frauen, die nicht zur dominanten sozialen Gruppe gehören. Ein weiteres gravierendes Manko ist das Ignorieren von nicht-binären und anderen Gender-Identitäten, die nicht in das traditionelle binäre Gender-Schema passen. Diese vielfältigen und komplexen Genderpositionen werden oft in Ansätzen übersehen, die sich primär auf die Gleichstellung der beiden Geschlechter Mann und Frau konzentrieren, wodurch deren spezifische Herausforderungen vernachlässigt werden. Dies reflektiert die Begrenztheit einer Denkweise, die in den überholten Kategorien der Geschlechterbinarität verhaftet bleibt und die Realität der Geschlechterdiversität ignoriert. Aus soziokybernetischer Perspektive führt eine solche Vereinfachung der sozialen Realität zu einer Trivialisierung der sozialen Dynamiken und der individuellen Identitätsentwicklung. Soziale Systeme sind von inhärenter Komplexität und Selbstreferenzialität geprägt, die durch interne Dynamiken und die ständige Neuverhandlung von Bedeutungen und Beziehungen gekennzeichnet sind. Die biologisch-anthropologischen Erkenntnisse zur Humandifferenzierung zeigen, dass biologische Unterschiede weit über das traditionelle binäre Geschlechtermodell hinausgehen, was eine erhebliche Vielfalt offenbart. Diese Diversität findet jedoch selten Eingang in traditionell egalitätsfeministische Ansätze, was zu Verzerrungen

in der Wahrnehmung und Behandlung von Geschlechterfragen führt. Die rigide Heteronormativität ist zudem ein zentrales Element der familistischen Ideologie, die im Viktorianischen Zeitalter ihren Höhepunkt erreichte und in faschistischen sowie nazistischen Regimen weiter intensiviert wurde. In diesen ideologischen Kontexten wird die Fortpflanzung männlicher Nachkommen, potenzielle Soldaten, als besonders erstrebenswert angesehen. Dieses Ziel unterstützt das soziale System einer Kriegswirtschaft, indem Frauen vorrangig häusliche und reproduktive Rollen zugewiesen werden, um weitere systemkonforme Mitglieder zu erziehen. Diese Tendenz zur Vereindeutigung und externen Determinierung von Geschlechterverhältnissen und -identitäten ist oft auch ein strategisches Kalkül politischer Ordnungen, um bestehende Machtstrukturen zu festigen.

Die familistische Ideologie, welche tief in primordial codierte Prinzipien der Humandifferenzierung im Kontext Gender eingebettet ist, entwickelte sich in vielfältigen westlichen Kontexten. Dies hing maßgeblich damit zusammen, dass Frauen bis in das frühe 20. Jahrhundert und in manchen Regionen sogar bis zum Ende des 20. Jahrhunderts als rechtlose Personen galten. Sie mussten erst grundlegende Rechte wie das Wahlrecht erkämpfen, um daraufhin patriarchal strukturierte Gesellschaften umzugestalten (Notz 2015, 88). Die starre Genderordnung und die damit assoziierten Lebensformen, insbesondere die Kernfamilie, wurden seitdem hauptsächlich von Kirche und Staat gefördert. In den konservativen Regierungen des Nachkriegsdeutschlands wurde die Kernfamilie als »Normalfamilie« idealisiert, während andere Familienformen, wie zum Beispiel alleinstehende Mütter, als »Halbfamilien« abgewertet wurden. Diese Kategorisierungen spiegelten und verstärkten die vorherrschenden sozialen Normen und trugen dazu bei, dass alternative Lebensentwürfe marginalisiert wurden (Notz 2015, 89). In diesem Kontext ist zudem die enge Verbindung zwischen patriarchalen Genderrollenzuweisungen und dem westlichen Modell der Wohlfahrtsstaatlichkeit hervorzuheben. Die in Deutschland und anderen westlichen Ländern etablierten Wohlfahrtsprogramme basieren primär auf dem männlichen Ernährermodell, welches traditionell vorsieht, dass Frauen die Hauptverantwortung für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Personen übernehmen. Diese geschlechtsspezifische Rollenverteilung ist tief in die Strukturen der Sozialsysteme eingebettet und reflektiert die fortbestehenden patriarchalen Normen, die sowohl die beruflichen Möglichkeiten von Frauen limitieren als auch ihre sozioökonomische Abhängigkeit verstärken. Dadurch, dass sich infrastrukturelle und gesetzliche Rahmenbedingungen ausnahmslos an der »Normalfamilie« orientierten, wurden Differenzierungs- und Schichtungsprozesse *regimeartig* durchgesetzt. Obwohl im Westen liberale, konservative und sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten existieren, gingen sie alle von der Norm der Kernfamilie aus und setzten unausgesprochene »Freiwilligenarbeiten« hinsichtlich des Haushalts sowie der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Personen voraus (Esping-Andersen 1999, 35). Schemata und Praktiken der Differenzierung im

Kontext Gender erfüllen somit wichtige Funktionen: im Krieg andere als im Wohlfahrtsstaat, in neoliberalen Regimen andere als in sozialistischen Regimen. Diese geschlechtsspezifischen Rollenbilder und Aufgabenverteilungen trugen zur Stabilisierung und Aufrechterhaltung bestehender sozialer Ordnungen bei, indem sie die ungleiche Verteilung von Rechten und Pflichten zementierten und die Möglichkeiten für Frauen, eine gleichberechtigte Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, einschränkten. Aus der vorliegenden soziokybernetischen Perspektive kann der Familismus als soziale Funktion betrachtet werden, die zur Komplexitätsreduktion in sozialen Systemen beiträgt, indem sie klar definierte Rollen und Erwartungen bereitstellt. Diese stabilisieren soziale Strukturen durch die Aufrechterhaltung von Ordnung und Vorhersehbarkeit in den Interaktionen zwischen Individuen. Die damit verbundenen Praktiken der Differenzierung dienen dazu, die Autopoiesis, also die Selbsterhaltung des Systems, zu unterstützen, indem sie sicherstellen, dass bestimmte fundamentale soziale Aufgaben, wie die Fürsorge und Erziehung der nächsten Generation, effizient erfüllt werden. Diese Strukturen sind jedoch auch anfällig für Starrheit und können die Anpassungsfähigkeit des Systems an veränderte Umweltbedingungen behindern, indem sie alternative Lebensformen und Identitäten marginalisieren und somit die Entwicklungspotenziale innerhalb des Systems begrenzen. Primordial codierte Differenzen etablieren spürbare hierarchische Strukturen und Machtverhältnisse im Alltag, indem sie konstruierte Modelle mit Überzeugungskraft verknüpfen, die Natürlichkeit und Selbstverständlichkeit suggerieren. Die binäre Geschlechterordnung ist fest in einer heteronormativen Matrix des heterosexuellen Begehrens verankert, die kontinuierlich in Schulen und anderen Einrichtungen reproduziert wird. Wie die Codierung von Hautfarbe, Religion und Ethnizität, naturalisieren auch diese Mechanismen genderbezogene Verhältnisse.

Das Hinterfragen dieser tief verwurzelten Strukturen wird oft als Bedrohung für die soziale Ordnung und persönliche Identität empfunden, da es die Grundlagen des individuellen und kollektiven Selbstverständnisses herausfordert. Die übertriebenen und teilweise infantilen Reaktionen konservativer und rechter Gruppierungen auf genderbezogene Emanzipationsbestrebungen verdeutlichen diese Unsicherheit. Sie spiegeln die Angst vor Kontrollverlust wider, die durch progressive Veränderungen in der Geschlechterpolitik ausgelöst wird, und manifestieren sich in vehementen Abwehrreaktionen, die weniger ein Zeichen von Stärke als von Unfähigkeit zur Anpassung an eine sich wandelnde soziale Realität darstellen. Die Einbindung evolutionsanthropologischer und -psychologischer Aspekte in die Diskussion um Geschlecht, insbesondere im Kontext von Gender als einem primordial codierten Prinzip der Differenzordnung, beleuchtet die tiefen Wurzeln geschlechtsspezifischer Rollen und Verhaltensweisen, die sich über die menschliche Evolution entwickelt haben. Die evolutionsbedingten Anpassungen, die in prähistorischen Gesellschaften Überlebensvorteile boten, manifestieren sich heute

in stark verankerten Geschlechternormen, die durch *kollektive Intentionalität* (siehe Kap. 3.5), die Fähigkeit, gemeinsame Absichten und Überzeugungen zu teilen und daraufhin zu handeln, innerhalb von Gruppen verstärkt werden. Diese tief verwurzelten Überzeugungen werden in sozialen Systemen durch Mechanismen der kulturellen Übertragung von einer Generation zur nächsten weitergegeben, wodurch sich ein beständiges System von Geschlechterrollen etabliert, das oft als natürlich oder selbstverständlich wahrgenommen wird. Solche geschlechtsspezifischen Erwartungen werden durch Gruppendynamiken verstärkt, bei denen die Einhaltung der Normen sozial belohnt und Abweichungen bestraft werden. Dies führt zu einer starken Regulierung des Verhaltens innerhalb der Gruppe und trägt zur Aufrechterhaltung einer rigiden Geschlechterordnung bei (siehe Kap. 3, 4 und 5). Die aggressive und oft obsessive Verteidigung des Zweigeschlechtermodells und der heteronormativen Struktur durch konservative und rechte Gruppierungen lässt sich teilweise durch die Unsicherheit erklären, die entsteht, wenn diese tief verwurzelten, als natürlich empfundenen Ordnungen infrage gestellt werden. Die Bedrohung dieser etablierten Normen durch fortschrittliche Genderdiskurse und emanzipatorische Bestrebungen wird oft als Angriff auf die Grundlagen der sozialen und individuellen Identität erlebt, was intensive Abwehrreaktionen hervorruft. Die kognitive Dissonanz, die durch die Konfrontation mit alternativen Geschlechtermodellen entsteht, und die Angst vor Verlust der Kontrolle und Einfluss innerhalb der sozial vorgegebenen Strukturen führen zu einer Verstärkung der Verteidigungshaltung, die sich in unverhältnismäßigen Reaktionen manifestiert. Diese tief sitzende Angst und der daraus resultierende Widerstand gegen Veränderungen in der Geschlechterpolitik zeigen, wie fundamental die Herausforderung ist, traditionelle Geschlechterrollen und -identitäten zu dekonstruieren. Die sozio-kybernetische Perspektive, die auf die inhärente Komplexität und Selbstreferenzialität sozialer Systeme hinweist, betont, dass soziale Systeme eine Eigendynamik besitzen, die sich einer einfachen top-down Steuerung und simplen kategorischen Zuweisungen widersetzt. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die Vielfalt biologischer und sozialer Geschlechterrealitäten anzuerkennen und die starren binären Modelle zu überdenken. Ebenso von entscheidender Bedeutung ist es, sich von trivialisierenden, von außen beeinflussten und häufig ideologisch motivierten oder moralisierenden Neuinterpretationen dieser Ordnung zu distanzieren, wie in Kapitel 11 dargelegt. In diesem Kontext bezeichnet der Begriff »ideologisch« unflexible Glaubenssätze und Ideen, welche die Wahrnehmung beeinflussen. Dies erfolgt in der Regel durch eine zu starke Vereinfachung der sozialen Realitäten sowie eine mit ihr assoziierte übermäßige Reduzierung der Komplexität. In Bezug auf die Komplexität der Geschlechterrollen sind derartige Ansätze häufig von emotionalen Anschuldigungen und der Zuweisung von Schuldgefühlen geprägt. Um ein differenziertes Verständnis und eine differenzierte Behandlung dieser Fragen zu fördern, ist es von entscheidender Bedeutung, ideologische Rahmenbe-

dingungen zu vermeiden, die den Interpretationsspielraum einschränken und eine sinnvolle Auseinandersetzung mit den vielfältigen und komplexen Dimensionen der Geschlechterrollen verhindern können.

9.2.5 Ethnisierung von Sexismus und Kriminalität

Ein weiteres signifikantes Feld primordialer Codierungen stellt die gewaltsame Oktroyierung von Identitäten sowie die *Ethnisierung von Sexismus und Kriminalität* dar. In Deutschland wird Personen mit dunklerer Hautfarbe, die dem Stereotyp eines »muslimischen Flüchtlings« ähneln, oft eine primordial codierte Identität zugeschrieben. Die auf diese Weise adressierten Identitäten und Kulturen werden infolgedessen auf statische und unveränderliche Kategorien und Zuschreibungen reduziert. Primordiale Codierungen verknüpfen dabei Differenzlinien effektiv, wobei die Erwartung von erwünschtem und unerwünschtem Verhalten durch Subjektivierung bzw. Konditionierung (siehe Kap. 8.3) verstärkt wird. Nicht-weiße Personen werden etwa mit Sicherheitsrisiken assoziiert, wodurch Gewalt und Sexismus systematisch ethnisiert und Sündenbockmechanismen aktiviert werden. Dies zeigt sich auch im strafrechtlichen Populismus (siehe Kap. 9.4.1). Die dominante weiße Mehrheit festigt ihren Status, indem sie kriminelle Handlungen und Schuld auf marginalisierte Gruppen projiziert. Diese Dynamik wird insbesondere bei der Ethnisierung sexueller oder gewalttätiger Übergriffe sichtbar. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür ist die Silvesternacht 2015/16 in Köln, in der das Bundeskriminalamt die sexuellen und kriminellen Übergriffe irrtümlich als »taharrush jama'i« klassifizierte. Diese inkorrekte Bezeichnung implizierte fälschlicherweise, dass kollektive sexuelle Übergriffe auf Frauen hauptsächlich ein Phänomen seien, das von Männern arabischer Herkunft verübt wird. Solche Dekontextualisierungen stellen sexuelle Belästigung und Kriminalität als importiert dar und verzerren die Realität (Kulaçatan 2016, 112). Die Phänomene der *Ethnisierung von Kriminalität und Sexismus*, bei denen kriminelles oder sexistisches Verhalten mit ethnischen Zuschreibungen versehen wird, veranschaulichen die Dynamik der primordialen Codierung und der systemrechtfertigenden Eigengruppenfavorisierung. In Deutschland wie in vielen anderen liberalen Demokratien des westlichen Kontexts werden »Personen mit Migrationshintergrund« oft vorschnell und systematisch als Urheber von Verbrechen identifiziert (Wa Baile et al. 2019; Espín Grau and Klaus 2022; Textor 2023; Atali-Timmer, Fereidooni, and Schroth 2022). Sozial bedeutsame Phänomene werden primordial codiert, indem etwa in Mehrheitsdiskursen junge Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika als frustriert und kriminell gezeigt werden. Die Verknüpfung inhaltlich unterschiedlicher Dimensionen erweckt den Eindruck, dass sexistisches und kriminelles Verhalten für die betreffende Gruppe charakteristisch sei. Damit lassen sich deviante Verhaltensweisen spezifisch diesen »Anderen« zuschreiben (Haarhoff 2020). Detaillierter wird auf diese Aspekte weiter

unten im Zusammenhang mit strafrechtlichem Populismus und *Racial Profiling* eingegangen.

Sogenannte Multi-Kulti-Konzepte, die innerhalb einer weißen hegemonialen Struktur operieren, verstärken diese Problematik. Zwar scheinen sie Diversität und kulturelle Vielfalt zu fördern, tatsächlich lassen sie bestehende Machtverhältnisse und Ungleichheiten aber unangetastet. Diese Konzepte operieren oft auf einer oberflächlichen Ebene der kulturellen Repräsentation, ohne die tiefer liegenden Strukturen von Rassismus, Diskriminierung und sozialer Ungleichheit anzugehen. Indem sie sich in eine weiße hegemoniale Struktur einbetten, können sie dazu beitragen, die Vorstellung einer toleranten und offenen Gesellschaft zu vermitteln, während sie gleichzeitig die Mechanismen von Exklusion und Marginalisierung aufrechterhalten. Die hegemoniale Herrschaft wird auch so durch eine erkenntnistheoretisch unzulässige Gleichsetzung von »Natur« und »Kultur« erreicht, indem politisch konstruierte Unterschiede zwischen Menschen als »natürlich« präsentiert werden, ein Punkt, der schon mehrfach thematisiert wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich insbesondere der »Rassismus ohne Rassen« durchgesetzt: Die Logik der »Rassenhierarchie« wurde unter dem Deckmantel des Begriffs »Kultur« weitergeführt, setzte aber die primordial codierte Teilungen und Exklusionen, nun unter dem Vorwand kulturalistischer Differenzierungen, unvermindert fort. Die scheinbar natürliche gedanklich-affektive Assoziation und die Aktivierung spezifischer Schemata (vgl. Kap. 6) vermitteln durch sogenannte Äquivalenzketten den Eindruck, kulturelle Unterschiede seien unüberwindlich und unveränderlich.

Ähnlich wie »Kultur« wird auch der Begriff »Ethnizität« in der primordialen Ideologie von rechtsextremen, aber auch konservativen Gruppierungen dazu verwendet, Vorstellungen von »Reinheit« zu verbreiten. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Erhalt der »deutschen« Kultur und gleichzeitig auf der Warnung vor Überfremdung, Islamisierung und ähnlichen Phänomenen. Identitäre, »ethnopluralistische« und ähnliche »völkische« Gesinnungen folgen einem primordialen Programm der Differenzierung, das auf die eine oder andere Weise Bedrohungsgefühle schürt und gleichzeitig die eigene, primordial codierte Kultur zu bewahren sucht. Vor diesem Hintergrund erweisen sich vermeintlich positive Begriffe wie Ethnopluralismus und Multikulturalismus als trügerische Tarnungen primordialer Differenzierungsregime. Sie teilen und klassifizieren Menschen nach primordialen, also als unveränderlich betrachteten ethnischen, kulturellen und nationalen Merkmalen und beanspruchen die Überlegenheit der eigenen »Kultur« im Sinne einer ebenso codierten Eigengruppe. Die zugrunde liegenden Probleme der Ungerechtigkeit und Ungleichheit werden dadurch normalisiert und verfestigt, anstatt sie herauszufordern und zu verändern. Trotz der Tatsache, dass 99,9 Prozent aller Gene von allen Menschen geteilt werden (L.L. Cavalli-Sforza 2001; L.L. Cavalli-Sforza and Cavalli-Sforza 1995; L.L. Cavalli-Sforza, Menozzi, and Piazza 1994), bleiben primordiale Codierungen und Ideologien bestehen. Weißsein korreliert in

diesem Kontext mit spürbaren Privilegien, während die Codierung als »braun« oder »schwarz« die betreffenden Individuen innerhalb der hegemonialen normativen Ordnung und Machtstruktur als peripher und inferior verortet. Anhaltende soziale Exklusion und eingeschränkte Partizipationsmöglichkeiten entlang rassistischer Linien sind die Folge (Tißberger 2017, 28). Primordiale Codierungen finden sich in allen kulturellen und historischen Kontexten. So trifft zu, dass viele vorhochkulturelle Identitäten primordial codiert waren (Geertz and Darnton 1973), doch auch in diesen Kontexten wurden sie stets sozial konstruiert und durch positive Rückkopplungsschleifen aufrechterhalten (Giesen and Lüter 2000, 33). Die Mechanismen positiver Rückkopplungsschleifen konsolidieren etablierte primäre Codierungen, indem sie deren Reproduktion in einer selbstverstärkenden Art und Weise gewährleisten. Einmal im kulturellen, sozialen oder politischen Gefüge einer Gesellschaft verankert, entfalten solche Identitätszuschreibungen eine Dynamik, die durch kontinuierliche Bestätigungen innerhalb verschiedener Gesellschaftssphären wie Bildungssystemen, Medien und rechtlichen Strukturen aufrechterhalten wird. Die Verstärkung der genannten Codierungen durch positive Rückkopplungsschleifen führt dazu, dass sie sich tief im sozialen Bewusstsein verankern und als unhinterfragbare Wahrheiten wahrgenommen werden. Kulturelle Normen und soziale Praktiken, die diese Codierungen reflektieren und weitergeben, stärken nicht nur deren Legitimität, sondern auch deren prägenden Einfluss auf das soziale Gefüge. Dabei wird oft übersehen, dass auch die westliche Vorstellung von Verwandtschaft primordial codiert, aber nicht natürlich gegeben, sondern sozial konstruiert ist. Exemplarisch für ein primordial codiertes Verwandtschaftssystem steht die bevorzugte Familienform von Mann, Frau und Kind(ern). Auch pädagogische Programme und Interventionen sowie die damit verbundenen theoretischen Annahmen orientieren sich implizit an diesen Codierungen (Röttger-Rössler 2022). Die primäre Codierung von Familienstrukturen stellt eine Form der Komplexitätsreduktion dar, welche es Individuen und Gesellschaften ermöglicht, soziale Beziehungen und Zugehörigkeiten auf vermeintlich einfache und natürliche Weise zu ordnen und zu verstehen. Die genannten Codierungen haben allerdings weitreichende Auswirkungen auf soziale Erwartungen, Normen und Praktiken. Sie beeinflussen die Zuweisung und Wahrnehmung von Rollen und Verantwortlichkeiten innerhalb von Familien sowie darüber hinaus in der Gesellschaft. Gleichzeitig führt dies dazu, dass alternative Familienmodelle und Verwandtschaftsbeziehungen, welche dieser primordialen Codierung nicht entsprechen, an den Rand gedrängt oder sogar als abweichend betrachtet werden.

9.3 Neoliberal codierte Regime der Differenzordnung

Das neoliberale Differenzierungsregime als analytisches Prisma erlaubt es, die durch neoliberale Agenden geformten und intersektional verknüpften Merkmale von Differenzierungspraktiken zu untersuchen. Mit ihm soll erfasst werden, wie neoliberale Politiken und Ideologien gesellschaftliche Praktiken der Differenzierung sowie daraus resultierende individuelle Identifikationsräume und -möglichkeiten formen.

9.3.1 Neoliberalismus

In der vorliegenden Arbeit wird Neoliberalismus als eine spezifische Ausprägung gesellschaftlicher Steuerung begriffen, die sich durch bestimmte ideologische Grundlagen und politische Praktiken auszeichnet. Er fungiert als ein übergeordnetes System, das sich insbesondere durch eine ausgeprägte Fokussierung auf die Akkumulation von Kapital, die Privatisierung essenzieller Infrastrukturen sowie die Schwächung staatlicher Einrichtungen definiert. Dadurch werden die Grundlagen sozialer Interaktionen und institutioneller Strukturen neu definiert. In seiner Funktion als politisch-ökonomisches Paradigma beeinflusst er die Präferenzen, Entscheidungen und Handlungsweisen von Individuen und Institutionen und lenkt dadurch gesellschaftliche Abläufe in Richtung einer marktorientierten Logik. Der Neoliberalismus lässt sich nur vor dem Hintergrund der europäischen imperialistischen Ambitionen begreifen, die ihren Höhepunkt im Faschismus, dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg fanden, sowie im Rahmen des unnachgiebigen Konflikts zwischen Ost und West während des Kalten Krieges. In der Ära, in der die Vorherrschaft finanzökonomischer Herrschaftspraktiken buchstäblich um jeden Preis erkämpft wurde, kann der Neoliberalismus nicht als moralisch zu beurteilendes Paradigma von Gut oder Böse konzeptualisiert werden. Als *Meta-Programm der Steuerung komplexer sozialer Systeme* überlagert der Neoliberalismus bestehende, funktional differenzierte Systeme und beeinflusst deren Selbstorganisation, Kommunikationsprozesse sowie Interaktionen mit ihren Umwelten in dominanter Weise. Der entschlossene Einsatz neoliberaler Politiken war von zentraler Bedeutung im Bestreben, den Kalten Krieg zu gewinnen und größeren Gefahren vorzubeugen. Die Konfrontation mit Russland und das Aufkommen Chinas als geopolitischer Rivale lassen die Great Power Competition (Ibrahimov 2020) als Kernmotiv hinter der bedingungslosen und einseitigen Förderung neoliberaler Strategien erscheinen. Diese müssen folglich als Element einer umfassenden geopolitischen Strategie begriffen werden, welche über rein ökonomische Interessen hinausgeht und die komplexe Dynamik der globalen Machtkonstellationen reflektiert. Die vielfältigen Ausprägungen neoliberaler Strömungen und Manifestationen lassen sich als ideologisch geformte Ergebnisse historischer Machtkonflikte

begreifen. Eine kritische Betrachtung neoliberaler Zustände und ihrer Klassifizierungssysteme lässt sich nicht ohne Weiteres in das politische Spektrum als »links« oder »rechts« einordnen und kann nicht in linearer Weise moralisch bewertet werden. Herrschaft und Steuerung können weder als gut noch als schlecht bewertet werden, sondern stellen einen Aspekt des konstanten Wettbewerbs zwischen Hegemonien dar. Sie sind eine makrosoziale anthropologische Konstante, die sich durch die gesamte Menschheitsgeschichte zieht (siehe Kapitel 7). Der systemisch-anthropologische Ansatz dieser Arbeit, der die Systemtheorie und die gruppenbasierten Denk-, Fühl- und Identifikationsprozesse seit dem Ursprung des Homo sapiens beleuchtet, untermauert diese Sichtweise. Soziale Ungleichheiten, unterschiedliche soziale Schichten und die damit verbundenen Narrative stellen eine beständige Erscheinung in menschlichen Gesellschaften dar. *Die Besonderheit des neoliberalen Regimes der Differenzordnung besteht in der Etablierung eines umfassenden Systems, das ethnische, religiöse, kulturelle, geschlechtsspezifische und weitere Unterschiede (siehe Merkmale der primordialen Codierung in Kap. 9.2) nicht nur anerkennt, sondern im Rahmen der Rhetorik demokratischer Freiheit und Gleichheit hervorhebt, um von den Prozessen der Vermischung zu profitieren.* Diese Art der Sortierung von Menschen ist dadurch gekennzeichnet, dass eine klare Unterscheidung zwischen »außen« und »innen« nicht getroffen wird. Maßgeblich ist, dass im Rahmen der »marktliberalen Logik« Gewinne erzielt werden können und Menschen entsprechend dieser Logik hierarchisiert und kontrolliert werden können. In diesem Kontext wird eine Strategie der variablen Inklusion angewandt, deren Umsetzung vom potenziellen Profit abhängig ist. *Die vormals starren Grenzen des primordialen Regimes werden nun in flexibler und dynamischer Weise angepasst.* Dabei bedient sich das neoliberale Regime der Differenzordnung der Schlagworte »Menschenrechte« und »Demokratie«, um seine wahren Ziele zu verschleiern. Im Kontext der stetigen Repetition von Begriffen, die mit Demokratie assoziiert werden, entsteht der Eindruck einer »Machtneutralität« (Hardt and Negri 2001, 207).

Der Begriff »Neoliberalismus« bezeichnet eine Sammlung von Denkansätzen und Ideen, die in verschiedenen Theorien vertreten sind und ihren Ursprung in den auf der Konferenz der Mont Pèlerin Society im Jahr 1947 unter der Leitung von Friedrich August von Hayek und Wilhelm Röpke formulierten Prinzipien haben. Bereits im Jahr 1938 waren beide am Lippmann-Kolloquium in Paris beteiligt. Diese Zusammenkunft wurde maßgeblich durch die Erfahrungen des Scheiterns des klassischen Liberalismus vor dem Hintergrund des Aufstiegs und Falls des nationalsozialistischen Regimes, des totalitären Stalinismus und des beginnenden Kalten Krieges geprägt (Cahill and Konings 2017, 25). Der gemeinsame Kernpunkt dieser vielen neoliberalen Denkansätze ist die Betonung eines Staates, der eine freie Marktwirtschaft und einen gesellschaftlichen Wettbewerb sicherstellt. Dies gewährleistet, dass jede gesellschaftlich-wirtschaftliche Einheit und jede Institution – einschließlich des Staates – nach Effizienzkriterien wie ein Unternehmen

geführt wird. Die wesentlichen Maßnahmen zur Profitmaximierung umfassen die strategische Abschaffung von Zöllen und Steuern auf spezifischen Besitz und Einkommen, angebotsorientierte monetaristische Strategien sowie die Eliminierung von Subventionen und sozialen Leistungen (Saidel 2023, 7). Das Menschenbild der klassischen Neoliberalität entfernt sich entgegen den eigenen Bekundungen von den Grundsätzen der Menschenrechte und geht davon aus, dass menschliches Handeln primär durch die Suche nach persönlichen (ökonomischen) Vorteilen bestimmt wird (Homo oeconomicus). Diese Annahme steht im Widerspruch zu den universellen und scheinbar bedingungslosen Prinzipien der Inklusivität, die von Vertretern des Neoliberalismus häufig proklamiert werden. Die Konsequenz dieser Perspektive ist, dass eine Neugestaltung der Gesellschaft hin zu einer wettbewerbsorientierten Marktplattform erforderlich ist, um die vielen Impulse des Eigeninteresses in ein neues, übergreifendes Gleichgewicht zu überführen (Binkley 2011, 389). Es wird sogar die Notwendigkeit einer Abkehr von humanistischen und progressiven Werten hin zu einer Betonung von Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmertum und der Maximierung des individuellen Kapitals postuliert (Braedley and Luxton 2010, 10). Im Rahmen einer neoliberalen Interpretation werden Menschenrechte und Gleichheit primär als die Freiheit zur Teilnahme am Wettbewerb verstanden. Demgegenüber werden gleiche Ausgangsbedingungen oder Ansprüche auf bestimmte Lebensqualitätsstandards wie Gesundheit oder Bildung nicht berücksichtigt (Leyva 2020, 7). Der Wettbewerb wird als eine neutrale Entscheidungssituation dargestellt, wodurch er sich von direkten staatlichen Interventionen als eine fairere Methode der Verteilung sozialer Güter abzuheben vermag. Diese Sichtweise favorisiert eine Marktlogik, welche die individuelle Verantwortung über das kollektive Wohl und die soziale Gerechtigkeit stellt, und betont die Prinzipien der Selbstinteressiertheit und Marktdominanz. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgte eine Verankerung neoliberaler Perspektiven in bedeutenden wissenschaftlichen Theorien, darunter die Theorie der öffentlichen Wahl, die Rational-Choice-Theorie und die Spieltheorie. In Anknüpfung an das zugrundeliegende Menschenbild wurde postuliert, dass menschliches Verhalten primär durch wahrgenommene Eigeninteressen determiniert wird (Cahill and Konings 2017, 32). Die erfolgreiche Verbreitung neoliberaler Ansichten auf globaler Ebene bedingte die Erstellung zahlreicher Positionspapiere zu einem breiten Themenspektrum. Dieses umfasste unter anderem Aspekte der Wohlfahrt, Bildungsreformen, Umwelt- und Arbeitsstandards. Die genannten Arbeiten positionierten sich gegen sozialstaatliche und feministische Ansätze und bevorzugten Lösungen, die als marktfreundlich beschrieben wurden. Die Forschungsergebnisse wurden als wissenschaftlich objektiv und ideologiefrei präsentiert, was ihnen zu einem hohen Prestige und Einfluss in verschiedenen Disziplinen, darunter Soziologie, Politikwissenschaft, Internationale Beziehungen und insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften, verhalf (Leyva 2020, 8). Des Weiteren wurden an renommierten Einrichtungen wie der

London School of Economics und der University of Chicago mit Unterstützung und Finanzierung einflussreicher Geschäftslobby- und Politikgruppen, darunter die US-Handelskammer und die Trilaterale Kommission, akademische Zentren gegründet und zahlreiche nationale und internationale Denkfabriken ins Leben gerufen (ebd.). Diese Denkfabriken, darunter das Institute of Economic Affairs, die Heritage Foundation und das Fraser Institute, bilden heute ein umfangreiches Netzwerk, das zwar nicht völlig homogen ist, jedoch im Großen und Ganzen denselben politischen Ansatz zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und zur Stärkung der Marktfähigkeit vertritt. Zu den von ihnen befürworteten Maßnahmen zählt die Maximierung komparativer Vorteile, das Erreichen fiskalischer Solvenz sowie die Anziehung ausländischer Direktinvestitionen durch die Implementierung entsprechender Politiken. Das neoliberale Paradigma fordert eine Unternehmensführung, die weitgehend unabhängig von staatlicher Einmischung ist; Anforderungen wie Arbeitsschutzvorschriften, Umweltauflagen oder Mindestlohnbestimmungen sollen minimiert werden, da sie angeblich nur zu überbordender Bürokratie führen. Die dahinterstehende Logik besagt, dass der Marktmechanismus von sich aus Unternehmen sanktionieren wird, die unethisch handeln oder minderwertige Produkte und Dienstleistungen anbieten (Leyva 2020, 10). Zudem zielt die Implementierung einheitlicher Zolltarife sowie die Deregulierung von Märkten darauf ab, einen freieren Wirtschaftsverkehr auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu ermöglichen. In diesem Kontext wird der Begriff der »Liberalisierung der Märkte« verwendet. Der Begriff Deregulierung bezeichnet die Verringerung oder Abschaffung staatlicher Regulierungen mit dem Ziel, Unternehmen mehr Freiheiten in ihrem operativen Geschäft zu ermöglichen. Dies umfasst eine Vielzahl von Bereichen wie Finanzen, Einzelhandel, Produktion und Telekommunikation. Das Ziel besteht in der Gestaltung eines freien Marktes sowie der Förderung der wirtschaftlichen Aktivität. Der Gedanke, der diesem Konzept zugrunde liegt, besagt, dass eine Verringerung staatlicher Eingriffe und Vorschriften, die als hinderlich für die Profitabilität erachtet werden, Unternehmen die Möglichkeit bietet, effizienter und wettbewerbsfähiger zu agieren. Allerdings wird nicht jede Regulierung abgelehnt. Eine selektive Anwendung selektiver Regulierung wird präferiert. Dies impliziert die Unterstützung von Regulierungen, welche den Unternehmensgewinn fördern, beispielsweise strengere Urheberrechtsbestimmungen. Ein wesentliches Element der neoliberalen Agenda ist die Privatisierung natürlicher Ressourcen und öffentlicher Dienstleistungen, zu denen unter anderem Bildung, Gesundheitsversorgung, Strafverfolgung und Verkehrswesen zählen. Die zugrundeliegende These besagt, dass der private Sektor auch in der Bewirtschaftung dieser Bereiche effizienter sei als öffentliche Einrichtungen. Eine Charakterisierung des neoliberalen Modells als riskantes Unterfangen, das nachteilige Folgen haben könnte, ist jedoch unzureichend. Vielmehr handelt es sich um einen Mechanismus der Enteignung von gesellschaftlich essenziellen Strukturen. Die Privatisierung

von Eisenbahnen, Straßen, Internet- und Glasfaserinfrastruktur sowie staatlichen Industriebetrieben und die Erleichterung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen sind exemplarisch für Prozesse der ursprünglichen Akkumulation, bei denen primär die Umverteilung von Reichtum im Fokus steht, nicht dessen Generierung (Hardt and Negri 2018, 208). Die neoliberale Agenda sieht auch eine Reduzierung staatlicher Sozialversicherungseinrichtungen vor, um sie durch private Wohltätigkeitsorganisationen zu ersetzen (Crouch 2023, 384). Ebenso wird eine umfassende Reduktion oder gar Abschaffung von Steuern, einschließlich der Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuern, angestrebt. Die Transformation des Wohlfahrtsstaates in einen neoliberalen Staat spielt eine herausragende Rolle in der vorliegenden Untersuchung im Hinblick auf Schemata und Praktiken der Humandifferenzierung. Als weitere wesentliche Maßnahmen sind die Disziplinierung öffentlicher Haushalte, die Kontrolle der Inflation sowie der Schutz rechtlicher Verträge zu nennen. Ebenso von Bedeutung ist die Öffnung interner und internationaler Märkte, welche notfalls auch durch militärische Interventionen erzwungen wird. Diese Maßnahmen sind von essenzieller Bedeutung, da die effektive Kontrolle und Sicherung von Ressourcen aus einer makrosozialen anthropologischen Perspektive betrachtet die zentrale Strategie zur Erhaltung der Macht innerhalb von Hegemonien darstellt. Die Umstrukturierung öffentlicher Institutionen nach neoliberal konformen Prinzipien zielt darauf ab, die Effizienz öffentlicher Dienste zu steigern. Darüber hinaus wird postuliert, dass Schlüsselentscheidungen in der Wirtschaftspolitik technokratischen Eliten überlassen werden sollten, die nicht auf der Ebene traditioneller demokratischer Prozesse handeln. Dies soll dazu dienen, Geschäftsabläufe und die Gewinnmaximierung zu erleichtern. Die ideologischen und politischen Strategien des Neoliberalismus verfolgen demnach das Ziel, die Logik und Praktiken des Marktes sowie unternehmerisches Denken auf alle Ebenen des Regierungshandelns, des zivilgesellschaftlichen Engagements, des öffentlichen Sektors und selbst des Privatlebens auszuweiten. In der Konsequenz beeinflusst der Neoliberalismus sämtliche Dimensionen menschlicher Entscheidungsfindung sowie organisationaler Strukturen. Neoliberalismus lässt sich somit als ein komplexes Konstrukt beschreiben, welches zwar die Deregulierung von Märkten und die Privatisierung staatlicher Dienste sowie systemkritischer Infrastrukturen umfasst, jedoch nicht darauf beschränkt ist. Sie manifestiert sich als ein grundlegender Transformationsprozess, der eine Neuausgestaltung politischer und ökonomischer Systeme auf globaler Ebene zur Folge hat. Der hier beschriebene Prozess ist dadurch gekennzeichnet, dass die Finanzökonomie zunehmend an Dominanz gewinnt. Dabei emanzipiert sie sich von demokratischen Kontrollinstanzen und nimmt politische Systeme in Geiselschaft. Die Fragmentierung vormals zentralisierter Strukturen sowie die Förderung von Vernetzungen auf staatlicher wie auch auf privatwirtschaftlicher Ebene führen zu einer Rekonfiguration globaler Machtverhältnisse. Diese Entwicklung unterwirft demokratische Institutionen

und Bevölkerungen den Mechanismen des Marktes. Die Umstrukturierung politischer Systeme sowie deren Einbindung in globale Netzwerke führen zu instabilen Machtgefügen, Abhängigkeiten und einer Prekarisierung von Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig schaffen sie eine Form monetärer Gewalt, die neue Möglichkeiten der Herrschaft über Menschen eröffnet. Der Neoliberalismus offenbart insgesamt eine tiefgreifende Verschiebung in der Art und Weise, wie politische und ökonomische Macht ausgeübt wird. Traditionelle Strukturen werden dekonstruiert und durch ein Netzwerk marktorientierter Logiken ersetzt, welches die Grundlagen demokratischer Governance und sozialer Kohäsion herausfordert. Die unter dem Begriff Neoliberalismus zusammengefassten vielfältigen Praktiken und Agenden haben ein Regime etabliert, das Menschen unter dem Vorwand demokratischer, menschenrechtlicher und freiheitlicher Prinzipien tiefgreifend stratifiziert und klassifiziert und ihr Potenzial vereinnahmt. Ironischerweise verstärkt dieses heterogene, territorial nicht gebundene Regime die Praxis der Differenzierung und Hierarchisierung auf der Grundlage eines scheinbar übergreifenden Konsenses, wodurch es sich deutlich von dem durch Kolonialismus, Patriarchat und Rassismus geprägten primordial codierten Regime der Differenzordnung unterscheidet. Das vorliegende Verständnis von Neoliberalismus betont die signifikante Diskrepanz zwischen den oft propagierten demokratischen Werten, den sogenannten »westlichen Werten«, und der Realität einer marktorientierten Vereinnahmung der Institutionen und Bevölkerungen liberaler Demokratien.

9.3.2 Historische Aspekte im deutschen Kontext

Die soziale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland erfuhr nach 1945 eine grundlegende Neuausrichtung, in deren Verlauf traditionelle Machtstrukturen tiefgreifend umgestaltet wurden (Geissler 2014, 60). Diese Entwicklung war eingebettet in ein Regime, das maßgeblich durch neoliberale Prinzipien codiert war. Diese Umgestaltung war eng mit der Rolle der US-Hegemonie verbunden, die eine schrittweise Veränderung globaler Strategien der Ressourcensicherung und der finanzökonomischen Dominanz einleitete. Diese Entwicklungen sind maßgeblich für das Verständnis der Differenzordnungen innerhalb des deutschen Kontextes. Der Wandel von der Bretton-Woods-Welt, die durch Nationalstaaten und deren souveräne Regulierungs- und Aufsichtskompetenzen geprägt war (für eine detailliertere Erläuterung siehe Kapitel 10.2), zur Post-Bretton-Woods-Ära seit den frühen 1970er-Jahren, als der US-Dollar vom Goldstandard abgekoppelt wurde, kann als signifikante Zäsur bezeichnet werden (Willke 2014a, 13; Graeber 2012, 380). In dieser Zeit der unbegrenzten Entgrenzungen wurde der Grundstein für unsere postdemokratische Epoche gelegt, in der Markt- und Politikversagen die Entstehung neoliberal codierter sozialer Differenzordnungen vorantrieben (Willke, Becker, and Rostäy 2013). Die Entwicklung führte zu einem System der Entgrenzungen, in dem die tra-

ditionellen Grenzen zwischen Staaten, Märkten und sozialen Sphären zunehmend verwischt wurden. Im Zentrum dieses Prozesses stand die Neoliberalisierung, die eine Neuordnung sozialer Beziehungen und Machtverhältnisse gemäß marktwirtschaftlichen Prinzipien und der Logik des freien Marktes förderte (siehe Kap. 9.3.1). Die Konsequenzen dieser Verschiebungen sind tiefgreifend und haben die Art und Weise, wie soziale Differenzierungen und Stratifikationen konstruiert und erlebt werden, nachhaltig verändert. Die traditionellen Strukturen gründeten auf fest verankerten hierarchischen und oft primordial codierten Differenzierungen, die durch direkte Machtverhältnisse und physische Gewalt konditioniert und aufrechterhalten wurden. Im deutschen Kontext war die Situation vor dem Zweiten Weltkrieg durch eine Mischung aus primordialen Codierungen und den Anfängen funktionaler Differenzierungen geprägt, ähnlich wie in anderen Teilen Europas (Wiede 2015, 33). Deutschland hatte eine komplexe soziale Struktur, die sowohl von traditionellen als auch von modernisierenden Kräften beeinflusst war (Geissler 2014, 22). Die Weimarer Republik (1918–1933) stellte eine Zeit des politischen und sozialen Umbruchs dar, in der demokratische Prinzipien und die Idee der funktionalen Differenzierung durch die neue republikanische Verfassung gestärkt wurden (Kluge 2006, 293). Gleichzeitig existierten jedoch auch starke primordiale Bindungen, wie Nationalismus und regionale Identitäten, fort. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 änderte sich die Situation dramatisch. Die NS-Ideologie betonte rassistische und ethnozentrische primordiale Codierungen, insbesondere durch die Fokussierung auf »Rasse« und Volksgemeinschaft, und machte sie zur Grundlage der sozialen Ordnung. Die nationalsozialistische Herrschaft bedeutete eine radikale Rückkehr zu primordialen Codierungen, die mit extremer Gewalt durchgesetzt wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Niederlage des NS-Regimes stand Deutschland vor der Herausforderung, eine neue soziale Ordnung zu etablieren. Im Westen führte dies zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD), deren politische Ordnung sich durch eine starke Ausrichtung auf demokratische Prinzipien, eine Marktwirtschaft sowie die Integration in die internationale Gemeinschaft auszeichnet. Dies implizierte eine allmähliche Abkehr von primordialen Codierungen und eine Hinwendung zu funktionaler Differenzierung sowie neoliberalen Prinzipien. Im Osten wurde die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gegründet, deren politische und gesellschaftliche Ordnung sich an sozialistischen und kommunistischen Ideologien orientierte. Sie wies eine andere Form der funktionalen Differenzierung auf, die ebenfalls eine Abkehr von den primordialen Codierungen des Nationalsozialismus darstellte. Die kulturellen Codierungen der DDR, geprägt von sozialistischen Idealen wie Gleichheit, Solidarität und einer zentralisierten Steuerung der Gesellschaft, waren jedoch nicht kompatibel mit der inhärenten Komplexität und Selbstorganisation sozialer Systeme. Der Versuch, durch zentrale Planung und strikte Kontrolle eine homogene soziale Ordnung zu schaffen, steht im Widerspruch zur selbstreferenziellen Natur und operativen Geschlossenheit sozia-

ler Systeme. Vor diesem Hintergrund stellt sich die zentrale Frage, in welchem Maße die beiden kulturellen Codierungspraktiken – neoliberale und primordiale Logiken – in der heutigen Bundesrepublik Deutschland ineinandergreifen, sich überlagern oder gar neue Formen annehmen. Bereits nach der Wiedervereinigung wurde offensichtlich, dass »alte« kollektive Identitäten und Ressentiments – darunter regionale Zugehörigkeiten, ethnische Vorurteile und nostalgische Bindungen – keineswegs vollständig von der marktwirtschaftlichen und globalisierten Dynamik verdrängt wurden. Vielmehr entstand ein Spannungsfeld, in dem neoliberale Prinzipien wie Wettbewerb, Individualisierung und Standortlogik zunehmend den gesellschaftlichen Diskurs dominierten, während gleichzeitig eine Renaissance primordialer Codierungen in rechtspopulistischen und neonationalistischen Bewegungen erkennbar wurde. Gerade diese Gleichzeitigkeit und Interaktion der Codierungslogiken ist essenziell, um die gegenwärtigen Linien sozialer Differenzierung und Konflikte in Deutschland zu verstehen. Die beiden Stränge stehen nicht lediglich unverbunden nebeneinander, sondern geraten in komplexe Wechselwirkungen: So können neoliberale Deregulierungen gesellschaftliche Unsicherheit und ökonomische Prekariät fördern, die wiederum eine Rückbesinnung auf identitäre oder separatistische Strömungen begünstigen. Umgekehrt bedienen sich marktzentrierte Akteure bewusst traditioneller und nationaler Diskurse, etwa um die Sicherung vermeintlich einheimischer Ressourcen zu legitimieren oder um marktwirtschaftliche Interessen kulturell zu verankern. Von zentraler Bedeutung ist, dass sich diese umfassenden kulturellen Codierungen aufgrund ihrer inhärenten Komplexität empirisch nur schwer isoliert erfassen lassen. Diese Schwierigkeit verdeutlicht ihre zentrale Rolle innerhalb der These zu den »Regimen der Differenzordnungen«. Die Praktiken und Diskurse dieser Codierungen entfalten ihre Wirkung nicht isoliert, sondern in dynamischer Wechselwirkung mit bestehenden sozialen Strukturen, wobei sie sich fortwährend an neue geopolitische und ökonomische Rahmenbedingungen anpassen und transformieren.

9.3.3 Korruption als Modus Operandi

In der kapitalismuskritischen Denkweise wird die These, dass Geld soziale Ungleichheiten fördert, als Gemeinplatz betrachtet. Diese Perspektive ist in den theoretischen und kritischen Arbeiten zahlreicher Ansätze zum Thema Kapitalismus weit verbreitet. In der vorliegenden Untersuchung kann es daher nicht um eine umfassende Analyse oder Kritik der Rolle des Geldes als solchem gehen. Aus systemisch-anthropologischer Perspektive wird Geld als Steuerungsmedium betrachtet, welches Differenzierungspraktiken und Sortierungsprozesse in neoliberal codierten Regimen beeinflusst. Der folgende Überblick verdeutlicht, dass Geld nicht nur Ungleichheiten fördert, sondern auch soziale Beziehungen, Wertssysteme und Identitäten innerhalb dieser Strukturen maßgeblich prägt. Des Weiteren wird

aufzeigt, wie Korruptionspraktiken als integraler Bestandteil der neoliberalen Agenda systematisch normalisiert werden und dadurch die Kommunikations- und Interaktionsmuster innerhalb sozialer Systeme tiefgreifend verändern.

Neoliberal codierte Differenzordnungen basieren auf ökonomischen Logiken, die in hohem Maße auf das Medium Geld angewiesen sind. Dadurch wird eine weitreichende Umstrukturierung sozialer Interaktionen ermöglicht. Im Gegensatz zu rigiden, durch physische Gewalt untermauerten Steuerungsmechanismen erlaubt die ökonomische Konditionierung eine flexiblere und effizientere Koordination. Diese stützt sich auf Marktdynamiken und das Versprechen potenziellen Nutzens (Willke 2014b, 161). In neoliberal codierten Kontexten fungiert Geld also zunächst als ein mächtiges Instrument zur Steuerung individuellen und kollektiven Verhaltens. Die Festlegung von Anreizen und Sanktionen, die an monetäre Bedingungen geknüpft sind, ermöglicht die Lenkung von Individuen und Gruppen in bestimmte Richtungen durch soziale und ökonomische Systeme. Diese monetative Gewalt (Vogl 2021, 29 f.) manifestiert sich in Politiken, die Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ungleichheit als individuelles Versagen rahmen und die Lösung dieser Probleme in der individuellen Verantwortung und marktkonformen Anpassung suchen. Die Transformation hin zu geldbasierten Steuerungsmechanismen, die selbst eine wesentliche Machtform darstellen, führt zu einer grundlegenden Neudefinition sozialer Systeme und verändert die Prinzipien der Humandifferenzierung sowie die Strukturen sozialer Ungleichheit tiefgreifend.

Geld fungiert demnach nicht nur als universelles Tauschmittel, sondern auch als ein Instrument der Macht, das die Bedingungen und Möglichkeiten sozialer Teilhabe sowie die Verteilung von Ressourcen und Chancen bestimmt. Der Neoliberalismus, durch das Steuerungsmedium Geld in seiner sozialen Dimension geprägt, führt zu einer Verschiebung traditioneller Ordnungen hin zu einem Zustand der fluktuierenden Indifferenz (Willke 2014b, 160), in dem Geld eine scheinbar charakter-, kriterien- und differenzlose Rolle gegenüber historischen Differenzierungskriterien spielt. Diese Entwicklung wird als eine De-Differenzierung der Wahlchancen beschrieben, die jedoch, entgegen der ersten Annahme, neue Formen der Differenzierung und Hierarchie hervorbringt. Diese Wahlchancen beziehen sich auf die Möglichkeiten, die Individuen und Gruppen nunmehr in sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen zur Verfügung stehen, um Entscheidungen zu treffen, die ihr Leben und ihre Position in der Gesellschaft beeinflussen. Diese Entwicklung hin zu einer fluktuierenden Indifferenz, in der Geld eine scheinbar neutrale Rolle spielt und historische, kulturelle oder soziale Differenzierungskriterien an Bedeutung verlieren, wird als De-Differenzierung der Wahlchancen beschrieben. In seiner Analyse bezeichnet Georg Simmel Geld als »Indifferenz selbst« (Simmel 1987, 485) und verweist auf die Fähigkeit des Geldes, in die dynamischen Fluktuationen sozialer Beziehungen Ordnung zu bringen. Während diese De-Differenzierung traditionelle Hierarchien zu untergraben scheint, betont jedoch die zunehmende Re-

levanz von Netzwerken und sozialem Kapital paradoxerweise die Verstärkung sozialer Ungleichheiten. Vor diesem Hintergrund tritt der Gedanke in den Vordergrund, dass Geld nicht nur als Mechanismus der Inklusion und Exklusion fungiert, sondern auch tiefgreifende Transformationen sozialer Beziehungen bewirkt. Durch die Mobilisierung von Kontingenzen verändert Geld die Grundlagen, auf denen soziale Interaktionen und Bindungen entstehen, und trägt so zu einer Neudefinition von Zugehörigkeit und Ausgrenzung bei. Indem Netzwerke und soziales Kapital in den Mittelpunkt rücken, werden die Mechanismen, durch die soziale Klassen reproduziert und verstärkt werden, zunehmend von ökonomischen Ressourcen und der Fähigkeit zur Kapitalakkumulation bestimmt. Ein kritischer Blick auf diese Dynamiken offenbart demnach eine wesentliche Ambivalenz: Während Geld auf der einen Seite historisch bedeutsame Differenzierungen zu neutralisieren scheint, führt es auf der anderen Seite zu einer Verstärkung von Ungleichheiten, indem es neue Kriterien der Differenzierung einführt, die vorrangig auf ökonomischer Macht basieren. Diese Entwicklung stellt die vermeintliche Indifferenz des Geldes infrage und verweist darauf, dass Geld als Steuerungsmedium tatsächlich tiefe soziale Spaltungen fördert und verfestigt. Geld ist inzwischen zu einem entscheidenden Faktor avanciert, der Zugang zu sozialen Gütern, Dienstleistungen und Positionen regelt. Es begünstigt spezifische Konsumformen sowie den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung und trägt so zur Etablierung und Verstärkung sozialer Hierarchien bei. Personen oder Gruppen mit ausreichenden finanziellen Ressourcen sichern sich Vorteile und verbessern ihre soziale Stellung, während jene mit geringeren finanziellen Mitteln an den Rand gedrängt oder ausgeschlossen werden. Individuen aus privilegierten Schichten haben oft Zugang zu einflussreichen Netzwerken und sammeln umfangreiches soziales Kapital, das zur Sicherung und Aufbesserung ihrer sozialen und ökonomischen Lage dient. Diese Vorteile werden häufig über Generationen weitergereicht, was bestehende Klassenstrukturen zementiert. Hierbei ist das Phänomen des Klassismus tief mit der Dynamik von Netzwerken und sozialem Kapital verwoben, da beides soziale Ungleichheiten fortschreibt und verstetigt. Diese Entwicklung birgt eine zwiespältige, potenziell antidemokratische Tendenz: Der individuelle Erfolg hängt zunehmend von persönlichen Beziehungen und dem Zugang zu informellen Netzwerken ab, wodurch formale Qualifikationen und das Prinzip der Meritokratie unterlaufen werden. Eine solche Gesellschaftsordnung, in der die Zugehörigkeit zu bestimmten Netzwerken über den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg entscheidet, kann demokratische Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit untergraben und zu einer Verhärtung von Machtstrukturen führen, die nur schwer aufzubrechen sind.

Die Rolle des Geldes als dominierender Faktor in der Schaffung und Verstärkung sozialer Hierarchien und Ungleichheiten, insbesondere durch den privilegierten Zugang zu sozialen Gütern und Netzwerken, weist auf das Thema der *Korruption als Modus Operandi der Gegenwart* hin (Hardt and Negri 2001, 213; Crouch 2023). Die

durch finanzielle Ressourcen generierten Machtstrukturen sowie der zunehmende Einfluss informeller Netzwerke deuten auf ein umfassenderes System hin, in dem Korruption nicht länger als Ausnahmeerscheinung, sondern als grundlegender Mechanismus der Systemerhaltung und -steuerung betrachtet werden muss. Seit den 1990er-Jahren erfuhr das Thema Korruption eine wachsende internationale Aufmerksamkeit, da es als ein grenzüberschreitendes Problem erkannt wurde, das globale Antworten verlangt. In den Jahren zwischen 1994 und 1997 erreichte der Diskurs um Korruption einen institutionellen Meilenstein, als das Thema formell in die Programme von Regionalorganisationen wie der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), dem Europarat (CoE) und der Europäischen Union (EU) integriert wurde (Katzarova 2019, 3). Diese Phase markierte den Beginn einer kritischen Auseinandersetzung in der akademischen Forschung, in deren Verlauf eine Legitimitätskrise von Anti-Korruptionsinitiativen identifiziert wurde. Dies führte zu einem Schwerpunktwechsel von der bloßen Untersuchung von Korruption zur Analyse von Anti-Korruptionsbemühungen in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, darunter Politikwissenschaft, Soziologie und Sozial- und Kultur-anthropologie (Perumal 2023; Terry 2009; E. Brown and Cloke 2011; Holmes 2006; Reinsberg, Kentikelenis, and Stubbs 2021; B. Davis 2016). Diese Entwicklung löste eine Neubewertung der Definition, des Umfangs und der Bekämpfungsstrategien von Korruption auf internationaler Ebene aus und brachte paradoxerweise Fragen wieder auf die Tagesordnung, die bereits vor ihrer institutionellen Verankerung in internationalen Organisationen intensiv debattiert wurden (Cuadrado-Ballesteros and García Sánchez 2017; Kaufmann and Vicente 2011; Campos and Giovannoni 2007; B. Davis 2016). Die fortwährende Aufnahme grundlegender Diskurse über Korruption ist auf eine Vielzahl von Aktivitäten im Bereich des Lobbyismus und der Interessenvertretung zurückzuführen, welche dazu beitragen, Korruption als gegebenen Status quo zu verankern. Die aktuelle Ausformung des Neoliberalismus weicht signifikant vom theoretischen Ideal eines marktkonformen Liberalismus ab, in dem eine klare Trennlinie zwischen politischen und wirtschaftlichen Sphären postuliert wird. In der Praxis lässt sich eine zunehmende Vermischung dieser Bereiche beobachten, die durch enge Verbindungen zwischen Konzernen und staatlichen Entscheidungsträgern gekennzeichnet ist. Diese Verbindungen erlauben es den Unternehmen, direkten Einfluss auf die Politikgestaltung zu nehmen. Diese Verflechtungen, vielfach als Lobbyismus bezeichnet, resultieren in Privilegien für kleine Gruppen einflussreicher Wirtschaftsakteure, was der theoretischen Forderung nach einer freien Marktwirtschaft zuwiderläuft. Die Praxis des ständigen Wechsels von Führungskräften zwischen Wirtschaft und Politik, bekannt als der »Drehtür-Effekt« (Crouch 2023, 385), untergräbt die Integrität beider Sphären und fördert eine Verschmelzung von Interessen, die demokratische Prinzipien herausfordert. Die Grenzen und Vorstellungen von einer »sanften«, wohlwollenden oder aber bösartigen Einflussnahme innerhalb der öffentlichen Politik variieren in

Abhängigkeit von den jeweiligen Kontextfaktoren in erheblichem Maße. Dies umfasst ein breites Spektrum an Kanälen und Methoden der Einflussnahme (Perumal 2023; Kusiak 2019; Dincer and Johnston 2020). Die Begriffe »legales Lobbying« und »Korruption« bezeichnen unterschiedliche Ausprägungen desselben Phänomens, das von Hardt und Negri prägnant als Modus Operandi des hegemonial agierenden Neoliberalismus beschrieben wird (Hardt and Negri 2001, 213). Aus der Sicht des vorliegenden soziokybernetisch-anthropologischen Ansatzes kann und soll Korruption zunächst nicht moralisch interpretiert und bewertet werden. Stattdessen ist sie als Indikator für Prozesse der Dekomposition und Veränderung zu betrachten. Daher kann, streng genommen, kein echter Ausweg aus der Korruption aufgezeigt werden, wie dies in zahlreichen Anti-Korruptionskampagnen suggeriert wird. Es existieren lediglich subtilere und cleverere Methoden der »sanften« Einflussnahme. Die Verwendung des Begriffs »Korruption« lenkt die Aufmerksamkeit auf die strukturellen und prozessualen Merkmale sozialer Systeme. Verstanden als fundamentaler Mechanismus der neoliberalen Gesellschaft, illustriert Korruption, wie systemimmanente Krisen und die kontinuierliche Dekomposition sozialer Strukturen nicht nur unvermeidliche, sondern konstitutive Elemente des imperialen Zustandes sind. In funktional differenzierten Gesellschaften sind die verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme durch einzigartige Funktionen und Kommunikationscodes definiert. Korruption lässt sich in diesem Rahmen als eine Form der Kommunikation auffassen, die die klar definierten Grenzen zwischen den Teilsystemen überwindet, wodurch die funktionale Autonomie der Systeme beeinträchtigt wird. Sie erlaubt es sowohl individuellen als auch kollektiven Akteuren, die scharfen Systemgrenzen zu umgehen, um Einfluss, Macht und Ressourcen gemäß eigenen Interessen zu lenken. Auch die Selbstreferenzialität der Systeme – ihre Fähigkeit, sich selbst zu reflektieren und Operationen anhand ihrer eigenen Codes und Programme zu steuern – kann die Verfestigung korrupter Mechanismen begünstigen. Korrupte Praktiken werden demnach nicht als externes Problem erachtet, sondern als integraler Bestandteil der systeminternen Funktionslogik. Dies mündet in eine Normalisierung von Korruption, deren Durchbrechung sich als besonders schwierig erweist, da die Systeme vorrangig auf ihre eigene Selbsterhaltung ausgerichtet sind. Die Herausforderung liegt darin, Korruption nicht ausschließlich als abweichendes Verhalten innerhalb eines Systems zu betrachten, sondern als ein Phänomen, das durch die Strukturen und Prozesse des Systems selbst ermöglicht und aufrechterhalten wird. Diese Perspektive verlangt somit eine tiefgehende Reflexion über die tatsächliche Beschaffenheit und Interaktion von Systemen, um effektive, das heißt nicht-triviale Strategien gegen Korruption zu entwickeln. Diese Strategien sollten über symptomatische Lösungen hinausgehen und sich den grundlegenden strukturellen Bedingungen widmen. In diesem Kontext sind ebenfalls die berüchtigten Schattenbanken zu nennen, die durch ihre mangelnde Transparenz und regulative Aufsicht gekennzeichnet sind (Wullweber

2021). Sie bieten ein fruchtbares Terrain für korruptes Verhalten oder »sanfte Einflussnahmen«, die von Geldwäsche bis hin zur Umgehung steuerlicher Pflichten reichen, indem sie Akteuren ermöglichen, Vermögen und Einkünfte vor staatlichen Kontrollinstanzen zu verbergen. Diese Praktiken, obwohl nicht immer explizit illegal, tragen zur Erosion der Rechtsstaatlichkeit und zur Verstärkung finanzieller Ungleichheiten bei, indem sie den wohlhabenden und mächtigen Segmenten der Gesellschaft unverhältnismäßige Vorteile verschaffen.

9.3.4 Neoliberal codierte Differenzordnungen

Die Normalisierung der neoliberalen Agenda stellt einen zentralen Bezugspunkt in der vorliegenden Untersuchung dar. Dies ist insbesondere im Kontext der These von Relevanz, der zufolge gegenwärtig zwei dominante Regime von Differenzordnungen – und damit von Humandifferenzierung – Menschen klassifizieren, hierarchisieren und kontrollieren. Daher wird der subjektivierenden Macht neoliberaler Charakteristika und ihrer kulturellen Codierungen eine besondere Beachtung geschenkt. Die These, dass neoliberale Strömungen mithilfe ihrer dominanten Prinzipien Menschen subjektivieren und konditionieren, wurde in einer Vielzahl von theoretischen Perspektiven erörtert. Zu den bedeutenden Beiträgen zählen unter anderem die Werke von Michel Foucault, Gilles Deleuze und Félix Guattari, Jean Baudrillard, Immanuel Wallerstein, Étienne Balibar, Joseph Vogl, Achille Mbembe sowie Michael Hardt und Antonio Negri. Die genannten sowie weitere kapitalismuskritische Ansätze beleuchten die tiefgreifenden Einflüsse neoliberaler Ideologien auf die Konstruktion von Subjektivitäten. Die globale Ausbreitung der neoliberalen Agenda beeinflusst zunehmend die kulturelle Codierung des westlichen Lebensalltags nach neoliberalen Maßstäben. Diese Beeinflussung geschieht in dem Umfang, in dem sich nationale Regierungen den Prinzipien dieses Regimes unterwerfen und ihnen dadurch die neoliberalen Vorstellungen und Praktiken aufgezwungen werden. In den folgenden Abschnitten wird näher auf die komplexen Verstrickungen zwischen neoliberaler Politik, militärischen Konflikten und den Mechanismen staatlicher Kontrolle wie Polizei und Justizsystem eingegangen. Zunächst stehen jedoch die Konsequenzen dieser ideologischen Durchdringung für Vorstellungen von Normen und Werten im Fokus, die immer stärker von einer Unternehmenslogik geprägt sind.

9.3.4.1 Die trügerische Rhetorik der universellen Inklusion

Die ökonomische Bewertung sozialer Kategorien und Identitäten führt zu einer Neubewertung sozialer Unterschiede, wobei Individuen und Gruppen nach ökonomischer Leistungsfähigkeit und ihrem »Marktwert« differenziert werden. Dies resultiert in einer Transformation sozialer Differenzierungsprozesse unter dem Einfluss der neoliberalen Agenda. Neoliberale Ideologien, welche eine Vielzahl

sozialer Kategorien wie ethnische, kulturelle, geschlechtsbezogene, religiöse etc. als neutral darstellen und universelle Inklusion versprechen, offenbaren eine unbequeme Wahrheit über die Praxis der Humandifferenzierung. Dies geschieht jedoch lediglich unter der Voraussetzung, dass sich die betroffenen Individuen den durch das Finanzregime festgelegten Normen anpassen (Hardt and Negri 2001, 210). Diese vermeintliche Offenheit und Toleranz ist tief in der zunehmend vorherrschenden Schuldenökonomie verankert, in der sie die wahren Bedingungen für soziale Teilhabe und Anerkennung definiert. Die Weigerung, diese Realität anzuerkennen, sowie die Tendenz, sie zu verdrängen, basieren auf einer stillschweigenden Übereinkunft, welche seit dem Zweiten Weltkrieg den außerordentlichen Wohlstand des Westens stützt. Der Wohlstand des Westens beruht nicht ausschließlich auf historischer Ausbeutung, sondern wird auch durch einen impliziten Sozialvertrag aufrechterhalten, der als »Europas Entgegenkommen« bezeichnet wird. Letzterer umfasst Europas Akzeptanz der neoliberalen Agenda und der militärischen Hegemonie der USA im Austausch für fortgesetzten finanziellen Gewinn (siehe Kap. 10.2). Die Konsequenzen der zwischen Europa und den USA geschlossenen Vereinbarung sowie der daraus hervorgehenden umfassenden Kontroll-, Hierarchisierungs- und Befehlsstrukturen, denen Menschen unterworfen sind, deren Regierungen sich dem vorherrschenden Finanzregime angeschlossen haben, verdienen besondere Beachtung, um die Unterwerfung unter die finanzpolitischen Normen nachvollziehen zu können. Das resultierende System hegemonialer Macht und Dominanz lässt sich als ein *Regime neoliberal codierender Differenzordnung* begreifen, das sich durch ein vielschichtiges Netzwerk auszeichnet. Das System vereint militärische und technologische Dominanz mit der Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskraft unter dem trügerischen Banner von Menschenrechten und Demokratie. Zudem macht es sich die Illusion von Vielfalt und Pluralismus zunutze, indem es diese auf ökonomische Maßstäbe reduziert und somit die tiefgreifenden sozialen und kulturellen Dimensionen menschlicher Differenzierung einer Logik der Verwertung unterordnet. Die Definition von Individuen und Gruppen erfolgt in erster Linie anhand ihrer Fähigkeit, innerhalb eines Schuldensystems zu agieren. Dies bedeutet, dass sie als Humankapital in Bezug auf Kreditaufnahme und Konsum betrachtet werden. Es kann festgestellt werden, dass das neoliberale Regime von der Externalisierung von Kosten auf »Andere« profitiert (Lessenich 2018, 61), wobei diese »Anderen« nicht mehr ausschließlich nach primordialen Kriterien kategorisiert werden. Dies markiert einen wesentlichen Unterschied zu imperialen Regimen der Ungleichheit vergangener Epochen und Kontexte. Aber auch mit diesem Übergang zu einem scheinbar neutraleren System der sozialen Differenzierung unter dem neoliberalen Regime bleibt die Praxis der Externalisierung von Kosten auf »Andere« ein zutiefst rassistisches Unterfangen. Die alten Einteilungen der Welt, geprägt von rassistischen Strukturen, manifestieren sich weiterhin in der ökonomischen Realität: Migrant*innen und Geflüchtete finden sich überproportional im Niedriglohnssektor

wieder, und die Kosten neoliberaler Wirtschaftspraktiken werden oft auf diejenigen abgewälzt, die am wenigsten in der Lage sind, sich zu wehren, häufig in Teilen der Welt, die historisch unter kolonialer Herrschaft standen. Diese Praktiken spiegeln eine Fortsetzung rassistischer Differenzierung wider, auch wenn die zugrunde liegenden Kriterien sich von den explizit imperialen Regimen der Vergangenheit unterscheiden. Damit wird deutlich, dass die vermeintliche Blindheit gegenüber Differenzen nicht auf einer echten Anerkennung von Vielfalt beruht, sondern auf einer Instrumentalisierung dieser Vielfalt für ökonomische Zwecke. Die neoliberale Doktrin begünstigt eine Welt, in der kulturelle, ethnische und religiöse Identitäten als nachrangig betrachtet werden, sofern sie sich den übergeordneten Zielen der Schuldenökonomie unterordnen. Diesbezüglich lässt sich ein Paradigmenwechsel beobachten, der sich von der Logik kolonialer Dominanz abkehrt und stattdessen Diversität und Pluralität anerkennt und in eine pragmatische Strategie der Akkumulation und Privatisierung von Kapital einbindet.

9.3.4.2 Soziotechnische Differenzierungs- und Kontrollmechanismen: Schuldenökonomie

Die Verschiebung von externen Disziplinarmaßnahmen hin zur Internalisierung marktwirtschaftlicher Prinzipien manifestiert sich als signifikante Transformation innerhalb der Mechanismen der Machtausübung und Kontrolle, die im Rahmen neoliberaler Agenden zum Tragen kommt (Deleuze 2014, 349). Sie führt zur Prägung eines Menschenbildes, das den Einzelnen vorrangig als Marktteilnehmer und Verschuldungssubjekt sieht – ein Zustand, der von manchen als »zweite Natur« (Bauman 2010, 104) des Menschen im Neoliberalismus beschrieben wird. Die Implementierung dieser Mechanismen verfolgt das Ziel der Flexibilisierung und Effizienzsteigerung, adaptiert dabei aber Methoden aus früheren Herrschaftsformen und richtet sie gemäß der Logik des Marktes aus. In diesem Kontext entstehen vielfältige Praktiken der Soziotechnik, die durch das neoliberale Regime codiert werden, und die Lebensführung der betroffenen Menschen maßgeblich beeinflussen. Ein Schlüsselaspekt dieser soziotechnischen Praxis ist das Prinzip der Schuldenökonomie, das neue Formen der Ausbeutung, Kontrolle und Unterwerfung nicht nur ermöglicht, sondern auch vorzeichnet und implementiert. Mit ihr wird deutlich, wie kulturelle Codierungen des Lebens im Falle einer Unterwerfung der jeweiligen Regierungen unter das neoliberale Regime durch dieses geformt und auferlegt werden (Lazzarato 2012, 35). Die Finanzialisierung der letzten Jahrzehnte hat mithilfe kulturell codierter Soziotechniken signifikant zur Transformation der Subjektivität beigetragen, wobei sich eine neoliberale Hegemonie herausgebildet hat. Diese These wurde bereits früh von Deleuze in seiner Unterscheidung zwischen dem »eingeschlossenen Menschen« und dem »verschuldeten Menschen« pointiert formuliert (Deleuze 2014, 350). Deleuze verweist auf die prekäre Lage, in der sich ein Großteil der Menschheit befindet. Einerseits ist die Anzahl der Menschen auf der Erde zu

groß, um sie physisch einzuschließen, andererseits sind sie zu arm, um in einem Schuldenregime zu »leben«. Die Ausweitung der Schuldenwirtschaft durch Hypotheken, Verbraucherkredite, Mikrokredite und staatliche Verschuldung hat zu einer breiteren Einbeziehung in die Logik der Verschuldung geführt. Zudem wurde eine unternehmerische subjektive Norm gefördert, die auf der Asymmetrie der Machtverhältnisse fußt und Modi zukünftiger Ausbeutung vorschreibt (Macho 2014, 388). Auch Michel Foucault hat im Zuge der in den 1970ern immer stärker werdenden weltweit herrschenden neoliberalen Agenda sein Augenmerk auf die Transformationen innerhalb gesellschaftlicher Machtverhältnisse gerichtet und eine Verschiebung hin zu Machtformen identifiziert, bei denen der Konsum als dominierende Lebensweise auftritt und Konsumkredite sich zum zentralen ökonomischen Instrument entwickeln (Foucault 2014, 367). Foucault legt schlüssig dar, wie sich neue Formen der Subjektivierung und neue Regierungstechniken auf einen breitgefächerten theoretischen Diskurs gründen (Foucault 2001, 2014). Mit der Einführung neoliberaler Ideen wie Humankapital, der Vorstellung eines allgegenwärtigen Marktes und dem Flexibilitätsimperativ entwickeln sich fortgeschrittene Formen der Machtausübung. Sie sind für die Untersuchung der Beziehungen zwischen Zeitregimen, Subjektivierungsprozessen und ökonomischen Verhaltensweisen essenziell. Anders als in der Disziplinargesellschaft basiert nämlich die Unternehmensgesellschaft, wie Foucault sie nennt, auf einem Umgang mit Zeit, der sich durch Flexibilität und ständige Anpassung auszeichnet und auf die Förderung individueller Initiative abzielt. Obwohl die neoliberalen Zeitregime in der Tradition der auf Produktivität ausgerichteten Disziplinargesellschaft stehen, verstärken sie den Druck auf die subjektive Leistungsbereitschaft erheblich (Foucault 2014, 308). Einerseits basiert die Unternehmensgesellschaft, wie sie von Foucault beschrieben wird, auf einem Umgang mit Zeit, der Flexibilität und ständige Anpassung betont sowie die Förderung individueller Initiative in den Vordergrund stellt. Dies impliziert eine Abkehr von starren Strukturen und eine Hinwendung zu mehr Autonomie und Eigenverantwortung des Einzelnen. Andererseits, obwohl die neoliberalen Zeitregime in der Unternehmensgesellschaft in der Tradition der auf Produktivität ausgerichteten Disziplinargesellschaft stehen und somit eine historische Kontinuität aufweisen, führen sie paradoxerweise zu einer erheblichen Verstärkung des Drucks auf die subjektive Leistungsbereitschaft. Hier liegt der implizierte Gegensatz: Während die Disziplinargesellschaft durch externe Kontrollmechanismen und feste Zeitstrukturen gekennzeichnet ist, nutzt die Unternehmensgesellschaft die Idee der Selbstregulierung und -optimierung, was zu einem internen Druck führt, der oft als belastender empfunden wird. Dieser innere Druck resultiert aus der ständigen Forderung nach Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und der Steigerung individueller Leistung, was im Kern eine Intensivierung der Anforderungen bedeutet, obwohl – oder gerade weil – die Rahmenbedingungen auf den ersten Blick freier und selbstbestimmter erscheinen. Die Verbindung zwischen der neoliberalen Zeitregime und der Schuldenöko-

nomie liegt darin, dass die Forderung nach ständiger Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und Leistungssteigerung in der Unternehmensgesellschaft Individuen zunehmend in Abhängigkeiten treibt, die oft in Form von finanziellen Verpflichtungen manifest werden. Die Schuldenökonomie fördert ein System, in dem der Zugang zu Ressourcen, Bildung und sozialem Aufstieg häufig über Verschuldung erfolgt, was Individuen in einen Zustand permanenter ökonomischer Verpflichtungen versetzt. Die Schuldenökonomie beruht weitgehend auf dem Konzept der »gekauften Zeit«: Durch die fortwährende Aufnahme neuer Kredite, die zukünftig zurückgezahlt werden müssen und somit als potenzielle und wirksame Druckmittel dienen, werden gegenwärtige Verteilungskonflikte aufgrund zunehmender Ungleichheiten temporär entschärft (Szews 2022, 213). Im Kontext der schuldenökonomischen Zeitregime wird Geld als ein Medium betrachtet, das diese Formen der Machtverteilung und -ausübung durch seine Fähigkeit zur zeitlichen Überbrückung und durch die Schaffung von Handlungsmöglichkeiten über Zeit verstärkt (Foucault 2005, 197). Die produktive Macht wirkt über zeitliche Grenzen hinweg, wobei das Geld als Medium eine wesentliche Rolle spielt. Es ermöglicht die Erweiterung und Strukturierung des Raumes zukünftiger Handlungen und beeinflusst dadurch die sozialen und ökonomischen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft. Die Berücksichtigung der Zeitlichkeit produktiver Macht wird in der wissenschaftlichen Analyse häufig vernachlässigt, da sich die Betrachtung von Macht in der Regel auf unmittelbare Ereignisse und Beziehungen konzentriert. Foucaults Perspektive eröffnet jedoch die Möglichkeit, Macht nicht nur als Kontrolle oder Beeinflussung gegenwärtigen Handelns, sondern auch als Gestaltung der Zukunft zu verstehen (ebd., 198). Die Vorstellung von Macht als einer Kraft, die zukünftige Handlungslandschaften präformiert, erweitert unser Verständnis von sozialer Steuerung und beleuchtet die Art und Weise, wie gesellschaftliche Ordnungen sich selbst reproduzieren und transformieren, indem sie die Bedingungen für zukünftiges Handeln setzen. Diese Einsicht ist aus verschiedenen Gründen für das Verständnis neoliberaler Regime der Differenzordnung von erkenntnistheoretischer Relevanz. In der vorliegenden Untersuchung wird Geld nicht nur als Mittel des Austauschs oder der Wertaufbewahrung betrachtet, sondern auch als wesentliches Instrument zur Gestaltung zukünftiger ökonomischer und sozialer Realitäten. Darüber hinaus fungieren Geld und Schulden in der Schuldenökonomie als präventive Machtinstrumente, mittels derer das zukünftige Handeln von Individuen und ganzen Gesellschaften geprägt wird. Die Bindung an zukünftige Zahlungen determiniert vorgegebene Handlungswege durch Schulden. Kredite bzw. Schulden setzen den Rahmen für die Handlungsmöglichkeiten von Individuen und Staaten hinsichtlich der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen. Wenn man diese Einsichten, die schon in Nietzsches Überlegungen zum verschuldeten Menschen anklingen (Sigridur and Helmut 2016) mit dem Prinzip des Kredits verbindet – also der Möglichkeit, in der Gegenwart auf Ressourcen zuzugreifen, deren Rückzahlung in der Zukunft liegt –, werden zukünf-

tige Handlungsspielräume und Lebensstile durch bestimmte Prämissen strukturiert und mitunter sogar vorbestimmt. In einem neoliberalen Kontext, in dem der Zugang zu Krediten und die Fähigkeit, Schulden zu bedienen, zunehmend als Zeichen ökonomischer und sozialer Kompetenz betrachtet werden, ist die Möglichkeit, in der Zukunft zu agieren, eng mit finanziellen Bewertungen und Kreditwürdigkeit verknüpft. Infolgedessen werden diese finanziellen Bewertungen und die damit einhergehende Kreditwürdigkeit zu maßgeblichen Indikatoren, welche nicht nur die individuellen Handlungsspielräume definieren, sondern auch die Umstrukturierung der staatlichen Steuerung und Governance im Sinne neoliberaler Prinzipien der Schuldenwirtschaft vorantreiben. Der Übergang von einem wohlfahrtsorientierten zu einem schuldenbasierten Staatsmodell begünstigt kontinuierlich die Wohlhabenden, wobei die Staaten selbst durch die Praxis, Steuereinnahmen zur Bedienung von Verbindlichkeiten bei Großgläubigern einzusetzen, anstatt sie für gesellschaftliche Dienstleistungen zu verwenden, diesen Prozess unterstützen. Diese Gläubiger investieren ihr Kapital vielfach in Steueroasen, was die Beschäftigten im Lohnverhältnis indirekt belastet (Saidel 2023, 29). Gleichzeitig vollzieht sich eine Transformation staatlicher Strukturen hin zu einer unternehmerischen Logik, die in den Governance-Regeln zum Ausdruck kommt. Diese Regeln befürworten die Verlagerung der Entscheidungsmacht auf dezentralisierte und horizontal strukturierte Beratungsgremien. Die von solchen – oft von Technokraten dominierten – Gremien vorgeschlagenen Lösungen erhalten dadurch mehr Legitimität als die der demokratisch gewählten Vertreter und ihrer Mitarbeiter. Das markiert einen tiefgreifenden Wandel in der staatlichen Entscheidungsfindung (Dardot and Laval 2019, 219).

Die Finanzialisierungsprozesse führen jedoch nicht zu einer Reduktion von Regierungstätigkeiten oder administrativen Praktiken. Vielmehr zeichnet sich die Erosion staatlicher Strukturen durch eine Neuausrichtung der Regierungsziele, Prinzipien und Verfahren aus, die sich zunehmend von den traditionellen Fundamenten einer repräsentativen Demokratie entfernen (Vogl 2021, 27). In diesem Kontext spielen soziotechnische Differenzierungs- und Kontrollmaßnahmen eine zentrale Rolle, da sie nicht nur die Durchsetzung dieser neuen Governance-Modelle unterstützen, sondern auch die Überwachung und Steuerung der Bevölkerung gemäß neoliberalen Schuldenwirtschaftsprinzipien ermöglichen. Diese Entwicklungen signalisieren einen signifikanten Bruch mit den Grundregeln der repräsentativen Demokratie und den auf Menschenrechtsprinzipien basierenden gesetzgebenden Institutionen. Sie verdeutlichen, wie tiefgreifend die neoliberale Logik die staatliche Steuerung und die damit verbundenen Kontrollmechanismen umgestaltet hat, indem sie finanzielle Logiken über demokratische Prozesse und menschenrechtliche Überlegungen stellt. In Anbetracht der seit 2008 fortgesetzten Finanzkrisen ist eine Erweiterung des Diskurses über Foucault hinaus erforderlich, um eine tiefgehende krisentheoretische Analyse der neoliberalen

Gesellschaftsstrukturen vorzunehmen. Der Zusammenbruch der Lehman Brothers Bank im September 2008 markierte den Beginn einer der schwersten globalen Wirtschaftskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese wurde durch weitere Krisen sowie die Covid-Epidemie zusätzlich verschärft. In den USA führte die Unfähigkeit vieler, ihre Hypotheken zu bedienen, zu massiven Verlusten an Lebensgrundlagen. Zudem begünstigte das Fehlen ausreichender Krankenversicherungen eine Überschuldung durch medizinische Notfälle. In Europa führte die Finanzkrise zu einer Staatsschuldenkrise, da staatliche Mittel eingesetzt wurden, um private Banken zu retten. Anstatt den von der Krise betroffenen Bürgern zu helfen, unterstützten westliche Länder finanzielle Institutionen und setzten Sparpolitiken um, die Gläubiger bevorzugten. Dies führte zur Prägung des Begriffs des »strafenden Neoliberalismus« (Davies 2017; A. Gupta 2018; Wacquant, Steinmetz, and Wacquant 2009). In dieser Phase ist das Ziel der neoliberalen Herrschaft nicht, einen Konsens zur Legitimierung ihrer eigenen Politik zu finden, sondern diejenigen zu bestrafen, die bereits unter sozialen Kürzungen, Privatisierung, dem Rückbau im Gesundheits- und Bildungswesen sowie steigender Arbeitslosigkeit leiden. Eine kritische Hinterfragung derjenigen Politiken, die zu den gegenwärtigen Krisen führten, findet nicht statt. Stattdessen wird die breite Bevölkerung, oft von Finanzinstitutionen in die Irre geführt, für übermäßige Ausgaben verantwortlich gemacht, als hätte sie die Behörden zu Sparmaßnahmen gezwungen (Lazzarato 2015, 122).

Die Integration dieser Überlegungen in die Prinzipien moderner Systemtheorien enthüllt ihre zentrale Bedeutung für die Steuerung von Gesellschaften und die Bewältigung sozialer Komplexität. Besonders hervorzuheben ist zunächst die Rolle der Nicht-Linearität. Komplexe soziale Systeme sind durch dynamische, vielschichtige Wechselwirkungen charakterisiert, die über einfache Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge hinausgehen. Hinsichtlich der Schuldenökonomie sind nicht nur quantitative Variablen wie Geldbeträge, sondern ebenso soziale und zeitliche Dimensionen von Belang, die Einfluss auf zukünftige Handlungsmöglichkeiten und die Verteilung sozialer Ungleichheiten haben. Mit der Zunahme der Komplexität und Dynamik in der Welt sinkt die Wahrscheinlichkeit stabiler sozialer Strukturen. Dies erfordert eine verstärkte und zielgerichtete Steuerung, um soziale Ordnung zu gewährleisten und der Entropie entgegenzuwirken. Der Neoliberalismus, der dazu neigt, etablierte Strukturen aufzulösen, macht diese Aufgabe noch dringlicher. Die neoliberale Agenda nutzt die steigende Entropie, also die Instabilität in sozialen und wirtschaftlichen Systemen, gezielt, um Machtverhältnisse zu festigen. Anstatt Entropie zu minimieren, intensiviert die Schuldenökonomie systemische Abhängigkeiten, indem Staaten und Individuen, die in die Schuldenfalle geraten, zunehmend auf die Konditionen finanzstarker Akteure angewiesen sind. Die resultierende Destabilisierung sozialer und wirtschaftlicher Strukturen schafft ein Umfeld, in dem einflussreiche Akteure ihre Position kontinuierlich neu ausrichten und von der Schwäche und Instabilität anderer profitieren können. In diesem

Kontext wird Entropie nicht reduziert, sondern als Mittel der Kontrolle eingesetzt. Die dadurch entstehende Unbeständigkeit sowie der ständige Bedarf an Anpassung und Reorganisation werden zur Grundlage, um Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten und zu verschärfen. Die gezielte Gestaltung von Finanzmärkten und wirtschaftlichen Anreizen im Rahmen neoliberal codierter Regime demonstriert, dass menschliches Handeln die Komplexität sozialer Systeme erheblich erhöht – ein Effekt, der durch natürliche evolutionäre Prozesse nicht erklärt werden kann. Im Gegensatz zu evolutionären Prozessen, die durch langfristige, graduelle Anpassungen gekennzeichnet sind, führen bewusste Eingriffe in soziale und wirtschaftliche Strukturen zu schnellen und oft unvorhersehbaren Veränderungen. Dies bedingt eine sorgfältige Steuerung und Regulierung. An dieser Stelle wird ersichtlich, dass der Versuch, komplexe soziale Systeme zu vereinfachen oder zu trivialisieren, indem man sie durch externe Steuerungsmechanismen kontrollieren möchte, problematisch ist. Diese Betrachtungsweise vernachlässigt die Eigendynamik sozialer Systeme, die durch interne Prozesse, historische Entwicklungen und vielfältige Wechselwirkungen gekennzeichnet sind. Der Versuch, diese Systeme hinsichtlich ihrer Komplexität zu reduzieren und ihre Reaktionen vorhersehbar zu machen, kann paradoxerweise zu einer erhöhten Komplexität und Unvorhersehbarkeit führen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die Nicht-Trivialität sozialer Systeme anzuerkennen und sich der potenziellen Auswirkungen externer Steuerungsversuche auf ihre internen Dynamiken bewusst zu sein. Anstatt die Komplexität sozialer Systeme zu leugnen, sollte vielmehr deren Akzeptanz gefördert werden. Im Anschluss daran sollten Steuerungsansätze entwickelt werden, die in der Lage sind, auf die vielfältigen Einflussfaktoren flexibel und adaptiv zu reagieren.

Soziotechnische Praktiken der Schuldenökonomik führen zu einer Unterteilung der Gesellschaft in Personen, die als kreditwürdig gelten und somit Zugang zu bestimmten Ressourcen und Privilegien haben, und in jene, die durch Schulden marginalisiert und ausgeschlossen werden. Die soziokybernetische Perspektive, welche eine Beobachtung zweiter Ordnung darstellt, zeigt auf, dass die Aufteilung nicht lediglich eine Konsequenz individueller finanzieller Entscheidungen ist, sondern eine Form der sozialen Ordnungsbildung darstellt, welche aktiv durch das Finanzsystem und dessen ineinandergreifende soziotechnische Praktiken etabliert wird. Diese Ordnungsbildung ist autopoietisch, d. h. sie reproduziert sich selbst durch die ständige Anwendung ihrer eigenen Unterscheidungen. Dadurch werden Individuen immer wieder in das System eingeschrieben und nach seinen Regeln neu positioniert. Die soziotechnischen Praktiken der Finanzialisierung sind folglich nicht als neutral oder lediglich funktional zu betrachten, sondern vielmehr tief in die Konstruktion von Machtverhältnissen sowie in die Herstellung gesellschaftlicher Humandifferenzierung eingebunden. In Anbetracht der durch die Finanzkrisen verursachten wirtschaftlichen und sozialen Turbulenzen

erweisen sich die soziotechnischen Praktiken der Finanzialisierung als ein Mittel zur Neugestaltung und Festigung der Machtverhältnisse. Dies erfolgt mittels der Einführung neuer Kontroll- und Überwachungsformen, welche durch die Digitalisierung und Automatisierung von Finanzdienstleistungen ermöglicht werden. Die Betrachtung des strafenden Neoliberalismus aus der Perspektive der neueren und komplexen Systemtheorie offenbart Paradoxien, welche die systemstabilisierenden Konsequenzen der Bestrafungsmechanismen hervorheben. Dies kann als zynisch empfunden werden, insbesondere angesichts des realen Leids und der Verzweiflung zahlloser Menschen. Strafende Maßnahmen, die auf den ersten Blick destruktiv oder zumindest kontraproduktiv erscheinen, tragen auf mehreren Ebenen zur Aufrechterhaltung und Stärkung des Gesamtsystems bei. Sie fördern die systemische Resilienz, indem sie eine adaptive Kontrolle und soziale Konformität etablieren, was die Durchsetzung neoliberaler Politik erleichtert. Die selektive Bestrafung trägt zur weiteren Stärkung des Systems bei, indem sie eine meritokratische Illusion aufrechterhält, bei der die individuelle Verantwortung für ökonomischen Erfolg oder Misserfolg betont wird. Diesbezüglich sei angemerkt, dass die bestehende soziale Ordnung auf diese Weise legitimiert wird und der Reformdruck entsprechend gemindert wird. Die Konformität mit neoliberalen Normen wird durch Angst und Unsicherheit zusätzlich gefördert, was zu einer Kultur der Selbstüberwachung führt. Die durch das System vermittelte Illusion der Wahl verstärkt die Ideologie der individuellen Freiheit, während sie das tatsächliche Ausmaß real existierender Handlungsspielräume verschleiert. Der strafende Neoliberalismus ermöglicht schließlich ein effektives Krisenmanagement, welches die neoliberale Logik durch die Bewältigung von Krisen mittels Austeritätspolitik weiter bekräftigt und die Anpassungsfähigkeit des Systems unter Beweis stellt. Diese Entwicklung intensiviert die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen Kreditgebern und Schuldnern und konsolidiert die Position der Finanzinstitute als zentrale Akteure innerhalb der neoliberalen Ordnung. Die Anwendung von Kredit-Scores, die Verfolgung finanzieller Transaktionen sowie die automatisierte Entscheidungsfindung resultieren in einer umfassenden Überwachung und Bewertung von Individuen, wodurch deren soziale und ökonomische Möglichkeiten maßgeblich beeinflusst werden. Diese Praktiken lassen sich als subtile Formen der sozialen Kontrolle beschreiben, durch welche die neoliberale Logik der Selbstverantwortung und unternehmerischen Subjektivität vertieft und verstärkt wird.

Widerstände gegen strafende, neoliberal codierte Soziotechniken werden aus der vorliegenden Perspektive als Ausdruck systemischer Dynamiken und Mechanismen verstanden, die für das Verständnis der Interaktion zwischen verschiedenen sozialen Systemen und ihrer Umwelt unabdingbar sind. Diese Widerstände reflektieren folglich nicht nur die Grenzen der Systemintegration und -stabilität, sondern auch die Potenziale für Transformation und Wandel innerhalb komplexer sozialer Strukturen. Die Formen des Widerstands sind vielfältig. Sie äußern sich

in organisierten Protestbewegungen, Streiks und zivilem Ungehorsam sowie in der Schaffung alternativer ökonomischer Strukturen, die auf Solidarität basieren. Damit wird die durch Bestrafungsmechanismen angestrebte Homogenität und Konformität in Frage gestellt. Diese Beobachtung konnte insbesondere während und nach der Covid-Pandemie weltweit gemacht werden. Derlei Widerstände demonstrieren die Limitationen der Adaptionfähigkeit des Systems und resultieren vielfach in einer Intensivierung der Solidarität unter den Marginalisierten sowie in einer umfassenderen Wahrnehmung und Anklage struktureller Ungerechtigkeiten. Dies erzwingt eine Reflexion der systemeigenen Strategien, da ersichtlich wird, dass eine Homogenität und Konformität nicht ohne Weiteres erzwungen werden kann. Im Kontext der Autopoiesis und Selbstorganisation reflektieren Widerstände gegen strafende Soziotechniken die Fähigkeit sozialer Systeme, sich selbst zu reproduzieren und zu organisieren. Die Vielzahl an Widerstandsformen demonstriert, wie individuelle und kollektive Akteure innerhalb ihrer Systeme eigene Strukturen und Kommunikationskanäle kreieren, um auf wahrgenommene Ungerechtigkeiten und Dysfunktionalitäten zu reagieren. Die Eigeninitiative und Selbstorganisation im Widerstand können zur Emergenz neuer sozialer Bewegungen und Netzwerke führen, welche alternative Modelle sozialer Ordnung und wirtschaftlicher Praktiken fördern. Widerstände können zudem als Irritationen begriffen werden, die innerhalb eines sozialen Systems Resonanz erzeugen und dadurch Veränderungsprozesse in Gang setzen. Die Artikulation von Unzufriedenheit und die Forderung nach Veränderung durch Widerstandsbewegungen stellen Irritationen dar, die nicht ignoriert werden können. Sie erzeugen eine Resonanz innerhalb des Systems, die bei Überschreitung einer kritischen Schwelle eine Selbstreflexion und möglicherweise eine Anpassung der Systemoperationen auslöst. Diese Prozesse sind von entscheidender Bedeutung für die Evolution sozialer Systeme, da sie aufzeigen, wo Anpassungen notwendig sind, um die Systemintegration und die Akzeptanz der systemischen Logik innerhalb der Gesellschaft zu erhalten. Der Widerstand zeigt jedoch nicht nur systemimmanente Wirkung, sondern auch die eines Katalysators sozialen Wandels. Indem er die Notwendigkeit struktureller Reformen betont und alternative Visionen einer gerechteren Gesellschaft präsentiert, wirkt er als treibende Kraft in gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Diese Dynamiken werfen die Frage der Legitimität des sozialen Systems auf und fördern eine kritische Reflexion neoliberaler Politik. Des Weiteren stimuliert der Widerstand das System dazu, sich mit den eigenen Antagonismen zu konfrontieren, was die Generierung neuer Diskurse und Praktiken sowie eine mögliche Öffnung gegenüber inklusiveren Politiken zur Folge haben kann.

9.4 Hybridität der Differenzierungscodierungen

Im vorliegenden Unterkapitel erfolgt eine Analyse der Verschmelzung der beiden Differenzierungsmuster der primordial und der neoliberal codierten Ordnungen. Dabei werden insbesondere die zugehörigen Kontroll- und Selektionsmechanismen in den Blick genommen, die zur Verstärkung und Erweiterung hegemonialer Machtstrukturen beitragen. Zur weiteren Veranschaulichung der Hybridität dieser Differenzordnungen erfolgt eine detaillierte Betrachtung von bestrafenden Soziotechniken sowie des strafrechtlichen Populismus. Die genannten Facetten der Humandifferenzierung veranschaulichen, wie die Interaktion zwischen primordialen und neoliberalen Logiken nicht nur soziale Ordnungen und individuelle Identitäten formt, sondern sich auch in den Sphären sozialer Kontrolle, rechtlicher Regulierung und medialer Kommunikation manifestiert.

9.4.1 Bestrafende Soziotechniken: Kriminalisierung von Armut

Die bereits im vorherigen Abschnitt thematisierten neoliberalen Soziotechniken zur Bestrafung und Kriminalisierung von Armut im Zusammenhang mit der Schuldenökonomie erfüllen über die dargelegten Funktionen hinaus weitere relevante Aufgaben und stellen somit ein äußerst nützliches Instrumentarium zur strategischen Systemerhaltung dar. Die strafenden Politiken sind dadurch gekennzeichnet, dass sie Kriminalität, Armut und Einwanderung systematisch vermischen. Zudem wird in den Medien eine *Verwechslung von Unsicherheit mit dem suggerierten Gefühl der Unsicherheit* reproduziert und ständig verstärkt (Wacquant, Steinmetz, and Wacquant 2009, 3). Die Ausweitung strafender bzw. punitiver Soziotechniken erstreckt sich auf die Gesamtheit der Gesellschaften liberaler Demokratien und wird seit den 2000er-Jahren in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen erforscht (Garland 2010, 2008; Schuilenburg, Hall, and Garland 2015; Garland 1990; Fassin 2017). Es lässt sich ein breiter, parteiübergreifender politischer Konsens sowie eine klassenübergreifende Zustimmung in den Bevölkerungen westlicher Demokratien beobachten, die durch stets gleichartige populistische Manöver erreicht wird. Letztgenannte lassen sich als eine geschickte Instrumentalisierung von Schemata erkennen, denen man ohne bewusste Reflexion zunächst weitgehend ausgeliefert ist. In diesen Narrativen werden spezifische Affizierungen miteinander verknüpft, obgleich keine kausale Beziehung zwischen den Inhalten besteht. Dieser Aspekt wurde bereits an anderer Stelle erörtert, beispielsweise in Kapitel 9.2. Neben neurobiologischen und rein physiologischen Mechanismen (siehe Kapitel 5), welche eine Kette biochemischer Prozesse auslösen, die nicht der bewussten Kontrolle unterliegen, wird zudem die Adressierung existenzieller Ängste (siehe Kapitel 4) genutzt. Die bewusst konstruierte Verwirrung zielt darauf ab, diffuse Ängste, die durch die zunehmende Komplexität sozialer Veränderungen wie die Zerrüttung

der Lohnarbeit, die Krise patriarchal strukturierter Familien und die Erosion traditioneller Autoritätsverhältnisse ausgelöst werden, auf die Figur des nicht-weißen Delinquenten zu lenken. Die Inanspruchnahme der Zeit von Personen, die auf verschiedenen Ebenen marginalisiert und stigmatisiert werden, darunter zahlreiche Jugendliche mit Rassifizierungserfahrungen in Stadtrandgebieten oder obdachlose Geflüchtete, verfolgt nicht das Ziel, ihre Zeit in produktive Tätigkeiten oder Arbeit umzusetzen (V.E. Thompson 2020, 65). Stattdessen spiegelt die Kontrolle ihrer Zeit die systematische Abwertung dieser Individuen wider, die als entbehrlich und wertlos angesehen werden. Die Kontrolle über die eigene Zeit wird den Betroffenen durch langwierige, oft sinnlose oder entwürdigende Prozesse entzogen. Dazu zählen bürokratische Hürden, das Warten auf Asylentscheidungen sowie Zwangsmaßnahmen. Diese Umstände resultieren in einem Zustand der Ohnmacht, welcher die aktive Teilhabe an der Gesellschaft sowie die Verbesserung der individuellen Lebensumstände verhindert. Die Inanspruchnahme der Zeit führt zu einer weiteren Marginalisierung der Betroffenen und dient als Instrument zur Aufrechterhaltung sozialer Ungleichheit.

Die von der globalen Kapitalakkumulation oder unternehmerischen Systemen betroffenen Menschen werden von Davis als »Abfall« (M. Davis 2004, 11) bezeichnet, da sie für die Mechanismen der Akkumulation als nutzlos erachtet werden. Diese Gruppe von Menschen, die als »Abfall« bezeichnet wird, ist außerhalb der Grenzen regulärer Arbeitsausbeutung angesiedelt. Zudem variiert ihre Positionierung in Abhängigkeit von intersektionalen Differenzierungen. Hier kommt es zu einer Vermischung von primordialen mit neoliberalen Codierungen. Diese Mixtur intensiviert nicht nur die Effektivität der sanktionierenden Soziotechniken als Instrument der Systemerhaltung, sondern verankert sie nachhaltiger in der sozialen und kulturellen Matrix der Gesellschaft. Die Inbeschlagnahme der Zeit, wie sie bei marginalisierten und stigmatisierten Gruppen auftritt, manifestiert sich in einer ungleichen und oft zwanghaften Zuteilung ihrer Zeit durch externe Bedingungen, welche die Selbstbestimmung über die Zeitgestaltung stark limitieren (Behnam Shad 2021, 181). Gruppen, die in der Gesellschaft marginalisiert werden, darunter zahlreiche Geflüchtete, wenden einen Großteil ihrer Zeit für bürokratische Prozesse auf. Dies betrifft beispielsweise Asylverfahren, Sozialhilfe oder die Suche nach einer Unterkunft. Diese beanspruchte Zeit könnte produktiver genutzt werden, doch stattdessen wird sie von Systemen vereinnahmt, die für die Betroffenen wenig Vorteile bringen. Die andauernde Unsicherheit und das lange Warten auf Entscheidungen binden die Zeit der Betroffenen und erschweren es ihnen, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern. Zudem ist der Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt für marginalisierte Gruppen häufig stark eingeschränkt, was dazu führt, dass sie ihre Zeit in weniger produktive oder prekäre Tätigkeiten investieren müssen, die nur begrenzt zur persönlichen Entwicklung oder zur Verbesserung ihrer Lebensumstände beitragen. Die räumliche Isolation von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zentren,

wie sie in Stadtrandgebieten üblich ist, bedingt lange Pendelzeiten, wodurch diese Gruppen weiter von Teilhabemöglichkeiten ausgeschlossen werden (ebd., 247). In diesem Kontext wird die vermeintliche »Überflüssigkeit« dieser Individuen durch die beschriebenen Soziotechniken nicht nur sichtbar gemacht, sondern aktiv ins Leben gerufen. Praktiken, die auf die Vereinnahmung von Zeit und Energie abzielen, veranschaulichen in eindrucksvoller Weise, wie das System die Betroffenen als entbehrlich einstuft und ihre fortlaufende Ausgrenzung zementiert. Ironischerweise ist es gerade der Großteil dieser Personen, der nach Arbeit sucht und das Bestreben hat, einer regulären Beschäftigung nachzugehen. Die Inanspruchnahme und Steuerung ihrer Zeit führt dazu, dass diese Individuen effektiv zu den »Überflüssigen« des Systems erklärt werden. Durch derartige Vorgehensweisen wird die Ausgrenzung und vermeintliche Wertlosigkeit dieser Personen kontinuierlich dramatisiert und bekräftigt. Diese paradoxe Situation, in der jene, die am entschiedensten nach gesellschaftlicher Teilhabe verlangen, durch strukturelle Hürden daran gehindert und als entbehrlich gebrandmarkt werden, verdeutlicht die tief verwurzelte Ungerechtigkeit und das Paradox der »Integration« (Behnam Shad 2021, 262). Der Zugang zu Sprache und Bildung ist nachweislich der nachhaltigste Weg, um die langfristige Integration marginalisierter Individuen und Gruppen zu gewährleisten (Cerna, Brussino, and Mezzanotte 2021; Antoninis et al. 2020; Pablo López 2014). Dieser Ansatz erfordert keine allzu komplexen Maßnahmen, sondern vielmehr den politischen Willen, diesen Weg konsequent zu verfolgen. Eine vergleichende Analyse der Entwicklung von Strafpraktiken in westlichen Ländern der letzten Jahrzehnte offenbart zudem einen engen Zusammenhang zwischen dem Aufstieg des Neoliberalismus, der die Unterwerfung unter den »freien Markt« in allen Bereichen vorschreibt, und der Einführung von strafenden und proaktiven Gesetzesvollzugspolitiken (Wacquant, Steinmetz, and Wacquant 2009, 1). Diese richten sich gegen Straßenkriminalität sowie gegen Menschen, die von soziotechnischen Differenzierungs- und Kontrollmaßnahmen betroffen sind und sich nun in einer neuartigen Matrix normativer Ordnung wiederfinden, die sowohl die Sozial- als auch die Kriminalpolitik faktisch und rhetorisch miteinander verschränkt. Unabhängig von nationalen Ausprägungen und institutionellen Variationen weisen diese Politiken gemeinsame Merkmale auf, die mit dem Aufstieg des Neoliberalismus eine Verschiebung der staatlichen Fokussierung von wohlfahrtsstaatlichen zu strafrechtlichen Maßnahmen erkennen lassen. Besonders spürbar war diese Entwicklung seit Jahrzehnten bereits in den USA und im Vereinigten Königreich, sie zeigt sich jedoch zunehmend auch in Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Staaten.

Das in Deutschland vorherrschende Selbstbild des rechtmäßig erworbenen Wohlstands führt zunehmend zur Verdächtigung und Diffamierung von Einwanderern, die durch Arbeit und Sozialabgaben an diesem Wohlstand teilhaben möchten. Die bürgerliche Etablierung ist mit der Angst verbunden, viel zu verlieren, was sich in populistisch-rassistischen Äußerungen manifestiert. Die öffentliche

Debatte um Migration ist geprägt von einer Konkurrenzaspekt (siehe Kapitel 4.2) sowie einer Abwertung von Migranten. Dabei werden sowohl ökonomische als auch kulturelle Aspekte herangezogen, um die Bedrohung durch eingewanderte und geflüchtete Personen zu betonen. Die Kombination aus ökonomischer Sorge und kultureller Abgrenzung resultiert in der Artikulation abwertender Stereotype, welche sich in populistischen Bewegungen gegen Flüchtlingsheime, Moscheebauten und die Einreise von Sinti und Roma aus Südosteuropa manifestieren. In diesem Kontext lassen sich Muster der Armutsdiffamierung und der Differenzmarkierung und Stigmatisierung von Sinti und Roma identifizieren. Neben der Ethnisierung von Kriminalität und Sexismus nimmt die Kriminalisierung von Einwanderung und Armut zu, während die Unterstützung durch den Sozialstaat abnimmt. Auch bei den als linksliberal eingestuften Parteien lässt sich eine Tendenz zur inhaltlichen Verschränkung von Populismus und Kriminalisierung beobachten. Dazu zählen spürbar härtere Abschiebepolitiken und Maßnahmen in der Sozialpolitik, wie die Einführung von Bezahlkarten für geflüchtete Personen, die gleichzeitig mit der Betonung und Forderung ihrer »Integration« einhergehen. Solche Maßnahmen spiegeln eine Anpassung großer Volksparteien an die Rhetorik und Forderungen rechtsradikaler Gruppierungen wider.

9.4.2 Strafrechtlicher Populismus

In zahlreichen westlichen Nationen vollzog sich in den letzten Jahrzehnten eine markante Verschiebung der Kriminalpolitik hin zu einem vergeltungsorientierten Ansatz (Alexander 2012; Sykes and Western 2021; J. Simon 2007; Jennings et al. 2017; Pratt and Clark 2005; Pratt 2023). Das manifestiert sich in einer auf Mehrheiten beruhenden kollektiven Identität, die sich zunehmend auf Vergeltung und Bestrafung statt auf Rehabilitation und Resozialisierung konzentriert (Garland 2016, 358). Dieser Paradigmenwechsel spiegelt eine verstärkte Identifikation mit der primordial codierten Eigengruppe wider, begleitet von einer Intensivierung der damit verbundenen *prosozialen kollektiven Affekte* (siehe Kapitel 4). Gleichzeitig kommt es zu einer Verschmelzung mit neoliberal codierten Differenzierungsstrategien. Im Zentrum dieser Entwicklung stehen verstärkte Forderungen nach härteren Strafmaßnahmen, motiviert durch ein zunehmendes Bedürfnis nach Rache und Vergeltung (Reitz 2018). In der Vergangenheit wurden die Diskurse zum Strafsystem maßgeblich von Expertenmeinungen und professionellen Standards geprägt. Gegenwärtig lassen sich jedoch *Affekte der Rache und Bestrafungslust* als zentrale Themen identifizieren, die das politische und öffentliche Meinungsbild maßgeblich beeinflussen (Sykes and Western 2021; Reitz 2018). Entscheidungen in der Strafstiz werden zunehmend von populistischen Tendenzen und der öffentlichen Meinung beeinflusst, was dazu führt, dass sich fachliche Expertise und wissenschaftliche Erkenntnisse an den Rand gedrängt sehen (Nixon and Atkinson 2020). Politische Maßnahmen

orientieren sich immer mehr an Wahlkampfthemen und plakativen Schlagworten wie »Prison works« oder »Zero tolerance«, die für eine Verschiebung von fundierten Analysen zu populären Meinungen kennzeichnend sind (Western 2006; J. Simon 2007). Die gegenwärtige Kriminalpolitik liberaler Demokratien des Westens wird in erheblichem Maße von populistischen Stimmen geprägt. Diese stellen vermeintlich die Anliegen des »leidenden Volkes« und dessen Ängste in den Vordergrund, um auf populistische Weise Wahlstimmen zu gewinnen. Diese Entwicklung lässt den Schluss zu, dass Forschung und kriminologisches Wissen an Bedeutung verlieren, während subjektive Erfahrung und »gesunder Menschenverstand« eine höhere Wertschätzung erfahren (Garland 2016). Der empirisch feststellbare Fokus auf Vergeltung sowie Bestrafung bei gleichzeitiger Vernachlässigung von Maßnahmen der Rehabilitation und Resozialisierung (siehe zitierte Studien in diesem Abschnitt) reflektiert eine verstärkte Identifikation mit einer als Eigengruppe konstruierten Kultur unter Einbezug der damit verbundenen kollektiven Affekte. Strafrechtliche Maßnahmen werden in der öffentlichen Wahrnehmung immer weniger als Mittel sozialer Prävention und Verbesserung angesehen, sondern vielmehr als Ausdruck eines »strafrechtlichen Populismus« (Pratt 2023) wahrgenommen, der in der Betonung kollektiver Empörung und dem Wunsch nach Vergeltung zum Ausdruck kommt. Der strafrechtliche Populismus schöpft seine Dynamik aus einer kollektiv geformten Identität, die sich auf Vergeltung und Bestrafung konzentriert. Diese Identität wird durch die kontinuierliche Bezugnahme auf spezifische Erzählungen und Werte gestärkt, die eine klare Präferenz für Strafmaßnahmen gegenüber rehabilitativen Ansätzen fördern. Der Ruf nach härteren Strafen fußt auf einer tief verwurzelten Logik, die durch die konstruierte Gruppenzugehörigkeit und kollektive emotionale Antriebe wie das Verlangen nach Rache gerechtfertigt wird. Die Repetition und Verbreitung von Inhalten, die durch eine spezifische, *kulturell codierte Semantik* (siehe Kapitel 2 und 8) geprägt sind, dienen der Affirmation und Verstärkung der konstruierten kollektiven Identität und ihrer Werte. Diese Entwicklung markiert einen bedeutenden Wendepunkt in der öffentlichen Auffassung von Kriminalität, bei der Bestrafung und Inhaftierung zunehmend als direkte und vor allem geeignete Reaktionen auf Bedrohungen und abweichende und teils kriminelle Handlungen gesehen werden (Jennings et al. 2017).

Vielschichtige soziale Probleme werden auf diese Weise auf emotionale, vereinfachte Reaktionsmuster reduziert, was weitreichende Folgen für die Gestaltung der Kriminalpolitik und den gesellschaftlichen Umgang mit Delinquenz hat. Der Ausdruck »Penal Populism« (Pratt 2023) – also strafrechtlicher Populismus – bezeichnet mehr als die oberflächliche Tendenz von politischer Seite, populäre Strafmaßnahmen zu befürworten. *Penal Populism* beschreibt somit nicht nur die populistische Unterstützung von Strafmaßnahmen durch einzelne Individuen, sondern umfasst vielmehr die strukturelle Einbettung und den umfassenden Machtwechsel im Strafsystem neoliberaler Gesellschaftsordnungen, welcher über das Handeln einzelner

Persönlichkeiten hinausgeht. Um die spezifischen Merkmale des strafrechtlichen Populismus zu erkennen und seine weitreichenden Implikationen gründlich zu untersuchen, ist es unerlässlich, die soziologische Dimension des Populismus zu berücksichtigen (Pratt 2023, 8). Das Verständnis dieser Zusammenhänge ist entscheidend, um die Mechanismen der Humandifferenzierung und die Rolle von Subjektivierungsprozessen in westlichen Kontexten in adäquater Weise erfassen und analysieren zu können. Die historische Entwicklung des Strafrechtssystems, insbesondere im deutschen Kontext, reflektiert einen tiefgreifenden Wandel von einer Phase rigider und öffentlicher Strafen, wie sie Michel Foucault für das 18. Jahrhundert beschreibt (Foucault 1977, 9), hin zu moderneren Formen der Bestrafung. Diese modernen Ansätze favorisieren zunächst Geldstrafen und Resozialisierungsmaßnahmen und stehen im Einklang mit Norbert Elias' Theorie des Zivilisierungsprozesses, der die Unterdrückung aggressiver Straffeffekte und Rachebedürfnisse als Merkmal eines zivilisierten Strafsystems ansieht (Garland 2008, 103). Die zuvor erwähnte, aktuelle Tendenz zu einer Verschärfung des Strafsystems, die durch eine verstärkte Berücksichtigung von Strafeslust und Racheeffekten, insbesondere im Kontext der Behandlung von Drogendelikten, gekennzeichnet ist, wird durch neoliberale und neokonservative Bewegungen unterstützt. Der von Francis Allen 1981 beschriebene »Niedergang des rehabilitativen Ideals« (F.A. Allen 1981) kennzeichnet eine Abkehr von den wohlfahrtsstaatlichen und korrekionalistischen Grundsätzen, die bisher strafjustizielle Interventionen geleitet haben. In der Konsequenz werden Maßnahmen zur Vergeltung, Unschädlichmachung und zum Risikomanagement gegenüber Resozialisierungszielen präferiert. Die Abkehr von der Resozialisierung als Kernziel der Strafjustiz ist dabei das Resultat eines fundamentalen Paradigmenwechsels. Das vormals zentrale Ideal der Resozialisierung wird nun als unerreichbar, als illusionär und sogar als politisch gefährlich erachtet, da es als Quelle kontraproduktiver Ergebnisse gilt. Der Verlust des Glaubens an die Resozialisierung lässt das Ende eines über einen langen Zeitraum etablierten Systems erahnen, welches auf einem komplexen Geflecht aus Annahmen, Werten und Praktiken basierte und das moderne Strafsystem stützte. Der strafrechtliche Populismus wird dabei von *beiden Regimen* der Differenzordnung beeinflusst, *sowohl vom primordial als auch vom neoliberal codierten*. Die Kombination aus neoliberaler Individualisierung und primordialer Exklusion fördert eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit, die den Ruf nach härteren Strafmaßnahmen verstärkt. In diesem Zusammenhang wird das Strafrecht zu einem Instrument der sozialen Kontrolle, das bestehende Machtstrukturen zementiert und zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung beiträgt, indem es abweichendes Verhalten sanktioniert und marginalisierte Gruppen weiter ausschließt. Während die Flut an Informationen und die Schnelligkeit sozialer Veränderungen das Individuum *überfordern*, bieten simplifizierende Narrative beider Codierungen des strafrechtlichen Populismus vermeintlich klare Lösungen und Feindbilder für komplexe Probleme.

Strafrechtliche Populismen werden maßgeblich von Affekten und Emotionen wie Bedrohung, Ärger, Entfremdung und Enttäuschung gegenüber dem Strafsystem genährt. Sie postulieren die Notwendigkeit eines verstärkten Schutzes und einer umfassenderen Sicherheit für die gesetzestreuen Bürger und befürworten eine rigorosere Bestrafung von Kriminellen. Dabei spielen durch die Evolution geformte neurokulturelle und gruppenbasierte Intuitionen eine entscheidende Rolle (siehe Kapitel 3 bis 5). Ihre diskursive und insbesondere mediale Instrumentalisierung führt zu einer Affizierungsstrategie, was Parallelen zum allgemeinen Populismus aufweist. Die automatisierten Vorgänge von kognitiv-affektiv-leiblichen Schemata, angetrieben durch primordial codierte Bezüge zum strafrechtlichen Populismus, mobilisieren Emotionen, Gedanken und das Verlangen nach Vergeltungspolitik sowie nach verschärften Strafmaßnahmen. Primordiale Codes evozieren Vorstellungen einer entsprechend geprägten, das heißt ethno-national codierten Identität und Zugehörigkeit, welche simplifizierte und regressive Konzepte von Sicherheit und Ordnung suggerieren. Diese Vorstellungen finden auf einer tiefen emotionalen Ebene Resonanz bei den adressierten Individuen und Gruppen, die dazu tendieren, Ambiguitäten aus ihrem Bewusstsein zu eliminieren, da sie von einem Verlangen nach Einfachheit und Klarheit angetrieben werden. Der hier beschriebene zirkuläre Selbstverstärkungsprozess veranschaulicht die autopoietische Beschaffenheit des strafrechtlichen Populismus. Die kontinuierliche Resonanz und Reproduktion seiner eigenen Strukturen und Inhalte gewährleistet die kontinuierliche Existenzsicherung und -erneuerung des Phänomens.

Ein zentrales Element in der primordialen Codierung des strafrechtlichen Populismus stellt der Bezug auf das menschliche Grundbedürfnis nach Sicherheit dar. Sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene besteht ein ausgeprägtes Interesse daran, die eigene Identität gegen jegliche Bedrohungsformen zu schützen. Dieses affektive Reaktionsmuster lässt sich dem homöostatischen Impuls zuordnen, der sich durch eine hohe Automatisierung und Unbewusstheit auszeichnet (vgl. Kap. 3 und 6.3.3). Wie bei anderen grundlegenden menschlichen Bedürfnissen und Funktionen, beispielsweise der Atmung und des Herzschlags, ist eine vollständige bewusste Kontrolle nicht möglich. Zu den wichtigsten Schutzmechanismen gegen Angriffe auf die Integrität der Identität oder die Möglichkeit, sich mit dem jeweiligen Selbstbild zu identifizieren, zählt die *Externalisierung geeigneter Ziele* (Shafir 2013; Köhler 2019; M.J. Butler 2019; Evrigenis 2007). Diese manifestieren sich in konstruierten Gruppen, Ländern, Institutionen oder mitunter auch in individuellen Feinden. Das Prinzip des Bedürfnisses nach existenzieller Sicherheit, wie es im Rahmen der gruppenbasierten Identifikationsdynamiken sowie der Terror-Management-Theorie und der Todesbewusstheit in Kapitel 4 diskutiert wird, betrifft das fundamentale Verlangen nach dem Schutz des Lebens und der Identität. Dieses Bedürfnis ist nicht ausschließlich auf kriegerische Kontexte beschränkt, sondern manifestiert sich auch im strafrechtlichen Populismus. Das tiefsitzende Verlangen

nach existenzieller Sicherheit wird im Zusammenspiel mit dem Wunsch nach Einfachheit und der Überforderung durch Ambiguität instrumentalisiert, um vergeltungsorientierte Politiken zu legitimieren. Insbesondere Narrative, welche Kriminalität in den Fokus rücken, erweisen sich als besonders wirksam. Dabei ist irrelevant, ob die damit einhergehenden Assoziationen mit Fremdgruppen statistisch signifikant sind oder ob eine kausale Verbindung überhaupt zulässig ist (dazu weiter unten zum *Denkfehler der falschen Kausalität* oder auch *Post-hoc-Fehlschluss* genannt). Vielmehr erfolgt eine gezielte Fokussierung auf einige besonders drastische Fälle, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen.

Kriminalität spiegelt die grundlegende Angst vor der Vergänglichkeit wider und berührt fundamentale Unsicherheiten, insbesondere durch Narrative, die mit der Bedrohung der persönlichen Sicherheit verknüpft sind. Die direkte Konfrontation mit Gewaltverbrechen, Mord und Totschlag macht die Endlichkeit und die potenzielle plötzliche Gefährdung des Lebens deutlich; es entsteht ein verstärktes Bewusstsein für die eigene Sterblichkeit sowohl bei Einzelnen als auch in der Gesellschaft als Ganzes. Laut der Terror Management Theory, die erklärt, wie kulturelle Weltanschauungen als Schutz gegen die paralysierende Angst vor dem Tod dienen, kann Kriminalität diese Schutzmechanismen und das Gefühl der Sicherheit bedrohen. Die durch Kriminalität induzierte Unsicherheit kann im strafrechtlichen Populismus indirekt das Todesbewusstsein erhöhen, indem sie die üblichen Bewältigungsstrategien für die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergänglichkeit infrage stellt. Dies führt zu einer verstärkten Suche nach Sicherheit und Ordnung, was sich in der Unterstützung für strengere Strafgesetze, eine härtere Strafverfolgung und andere öffentliche Sicherheitsmaßnahmen manifestieren kann, die darauf abzielen, die durch Kriminalität wahrgenommene Bedrohung zu minimieren. Die Vermittlung eines *reduktionistischen Freund-Feind-Schemas* erfolgt mittels entsprechender Darstellungen, welche suggerieren, dass eine härtere Bestrafung Kriminalität und potenzielle Bedrohungen eliminieren würde. Das Phänomen ist das Resultat eines Zusammenspiels verschiedener Faktoren, zu denen das Bedürfnis nach Sicherheit und Identitätserhalt ebenso gehören wie reale politische Wettbewerbe, Konflikte und Interessen. Psychologische und anthropologische Grundbedürfnisse werden innerhalb realpolitischer Strategien und Interessen instrumentalisiert und verzerrt. In diesem Sinne lässt sich der strafrechtliche Populismus eher als durch Spaltung und Dissens als durch Konsensbildung gekennzeichnet beschreiben. Dies resultiert in einer wahrgenommenen Diskrepanz zwischen den Erwartungen der breiten Öffentlichkeit und den tatsächlichen politischen Maßnahmen und Praktiken der Strafjustizbehörden. Von besonderem Interesse sind dabei die »uneingelösten Versprechen« (Jörke and Selk 2017, 95) des Nationalstaates, die sich auch im Kontext des strafrechtlichen Populismus manifestieren. Eine der zentralen Zusagen moderner Nationalstaaten war die Überwindung etablierter, hierarchischer Gesellschaftsordnungen. Diese

Versprechen implizieren einen Übergang zu gerechteren und egalitäreren Gesellschaftsstrukturen, in denen Macht, Privilegien und der Zugang zu Ressourcen nicht länger durch Geburt, soziale Schicht oder die Zugehörigkeit zu bestimmten Eliten vorherbestimmt sind. In der Auseinandersetzung zwischen den Differenzierungslogiken zeichnet sich ein Spannungsverhältnis ab, in dem die durch primordiale Codierung repräsentierten Perspektiven postdemokratische Zustände beleuchten, etwa die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und steigender Lebenshaltungskosten. Dabei greifen sie auf archaische, durch evolutionäre Entwicklungen geprägte Verhaltensmuster wie Rache und eine ausgeprägte Tendenz zur Bestrafung zurück. Diese Neigung zur Bestrafung wird in der Regel mit der Diskriminierung ethno-national definierter »Anderer«, insbesondere von Personen mit dunkler Hautfarbe, in Verbindung gebracht. Ein exemplarisches Beispiel hierfür ist die mediale Fokussierung auf straffällig gewordene Asylbewerber, bei der häufig der Eindruck erweckt wird, diese stünden repräsentativ für eine homogen konstruierte Einheit von »Flüchtlingen«. Die 2024 veröffentlichte Polizeistatistik der deutschen Polizei (PKS 2024) zeigt einen Anstieg in der Kriminalitätsrate, insbesondere unter ausländischen Personen, und wirft damit Fragen zur Interpretation und Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen auf. Jedoch erweist sich diese Darstellung bei näherer Betrachtung als problematisch. Die dargelegte Statistik basiert auf einer empirischen Erhebung von Anzeigen, die nicht zwangsläufig zu einer Verurteilung führen. Es sei zudem darauf verwiesen, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) lediglich einen Tätigkeitsbericht der Polizei darstellt, welcher alle Verdachtsituationen erfasst, die der Polizei in der Regel durch private Anzeigerstattung bekannt werden. Die dargestellten Zahlen spiegeln folglich in erster Linie das wider, was polizeilich erfasst und wahrgenommen wird. Dabei ist eine Zunahme der bearbeiteten Fälle zu verzeichnen, was möglicherweise auf eine gesteigerte Anzeigebereitschaft zurückzuführen ist. Es ist von entscheidender Bedeutung, zu hinterfragen, welche Vorfälle bei der Polizei gemeldet werden und welche nicht. Forschungsergebnisse legen nahe, dass Personen, die als nicht zur eigenen Gruppe zugehörig wahrgenommen werden, mit höherer Wahrscheinlichkeit angezeigt werden (vgl. Kap. 4). Ein signifikanter Anteil der erfassten Fälle betrifft Sammelunterkünfte, in denen die soziale und behördliche Kontrolle intensiver ist. In der Regel erfolgt die Kontaktaufnahme mit der Polizei nicht durch die Bewohner selbst, sondern durch die Betreuer oder Leiter der Einrichtungen. Diese intensivierte Kontrollsituation unterscheidet sich deutlich von der in gewöhnlichen Wohnhäusern. Eine derartige Darstellung verzerrt die Wahrnehmung und führt zu einer simplifizierenden und negativen Konnotation »ausländischer Personen«, welche der Realität nicht gerecht wird. Des Weiteren trägt die wiederholte Betonung der ethnischen Herkunft bei der Berichterstattung über Straftaten in deutschen Medien nicht zur Aufklärung bei, sondern fördert eine unzulässige Verallgemeinerung und Stigmatisierung. Zudem zielt das mediale Echo, das oft den Tenor »Wer sich nicht an die Regeln hält, muss

gehen« (Welt 2024) verfolgt, darauf ab, diese stereotype Sichtweise zu verstärken und dient der Legitimierung einer vereinfachten und exkludierenden Haltung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, was die soziale Spaltung weiter vertieft.

Die primordial codierte Herkunft eines Individuums hat keine kausale Verbindung zu kriminellem Verhalten; Verbrechen sind das Ergebnis komplexer sozialer, ökonomischer und persönlicher Faktoren.

Wenn kausale Verbindungen ohne statistisch signifikante oder sachlich gerechtfertigte Grundlage zwischen Kriminalität und als Fremdgruppen konstruierten Gruppen gezogen werden, handelt es sich um den Denkfehler der falschen Kausalität, auch Post-hoc-Fehlschluss genannt. *Dieser Fehler tritt auf, wenn fälschlicherweise angenommen wird, dass eine Korrelation zwischen zwei Variablen* (hier: Kriminalität und Zugehörigkeit zu einer primordial codierten, also als ethnische Fremdgruppe konstruierten Gruppe) *zugleich eine kausale Beziehung impliziert, ohne dass eine solche kausallogisch belegt ist.* Darüber hinaus besteht die Möglichkeit des Denkfehlers der Übergeneralisierung, bei dem aufgrund einzelner, besonders auffälliger Fälle unzulässigerweise auf ganze Gruppen geschlossen wird, was zu verzerrten und ungerechtfertigten Stereotypen führen kann. Im gegebenen Kontext impliziert die Übergeneralisierung, dass selbst eine vermeintliche Korrelation zwischen der primordial codierten Herkunft eines Individuums und kriminellem Verhalten nicht notwendigerweise gegeben ist. Die Fokussierung auf die primordial codierte Herkunft blendet diese Vielschichtigkeit aus und zementiert Vorurteile, indem sie fälschlicherweise suggeriert, kriminelles Verhalten sei bestimmten ethnischen oder nationalen Gruppen inhärent oder bei ihnen stärker verbreitet. Dies untergräbt die Grundsätze der Gleichheit vor dem Gesetz und der individuellen Gerechtigkeit, indem es Individuen aufgrund ihrer primordial codierten Zugehörigkeit vorverurteilt und somit Diskriminierung und soziale Spaltung fördert. Im Falle von Straftaten, die von Inländern, also Personen mit der gleichen primordial codierten Herkunft wie die Gesellschaft, in der sie leben, begangen werden, wird eine solche Herkunftsangabe vermieden. Dies führt zu einer deutlich größeren Bereitschaft Straftaten nachzusehen, und zu einer mildereren Bewertung des Verhaltens. (Wildschut and Insko 2007; Chester A. Insko et al. 2005; C. A. Insko et al. 2001; Gaertner and Insko 2001, 2000; Böhm, Rothermund, and Kirchkamp 2013). Spezifische Schemata spielen eine wesentliche Rolle, indem sie bei Mitgliedern primordial codierter Eigengruppen gegenseitige Bevorzugung und Loyalität fördern und somit eine erhöhte Empathie hervorrufen. Dies initiiert einen kontinuierlichen, selbstverstärkenden Rückkopplungsprozess. Normverletzungen, die von Mitgliedern außerhalb der Eigengruppe begangen werden, werden als gravierender wahrgenommen als jene innerhalb der eigenen Gruppe. Vergehen, die von der eigenen Gruppe begangen werden, werden

eher durch Rationalisierungen (z. B. außergewöhnliche Umstände) entschuldigt, während das Verhalten »anderer Gruppen« als charakteristisch für diese interpretiert wird (ebd.).

9.4.2.1 Racial Profiling

Racial Profiling ist eine polizeiliche Praxis, bei der Personen aufgrund von primordial codierten Merkmalen unterschiedlich behandelt werden. Sie werden basierend auf diesen Merkmalen ausgewählt und unterliegen in besonderem Maße Überwachungs-, Kontroll-, Schikhanierungs- und Repressionsmaßnahmen. Ein Hauptkriterium für die polizeiliche Auswahl ist insbesondere die Hautfarbe, was zur Folge hat, dass im europäischen Kontext vornehmlich Personen, die nicht als weiß wahrgenommen werden, von Racial Profiling betroffen sind (Plümecke and Wilopo 2019, 151). Aus diesem Grund fokussieren sich viele Studien zu rassistischen Polizeipraktiken auf die Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe. Im Zusammenhang von Racial Profiling entsteht bei Polizei- und Sicherheitskräften nicht nur der Eindruck, dass Kriminalität mit ethnischer Zugehörigkeit verknüpft ist, sondern dieser Eindruck wird auch noch verstärkt (Kollabor.-Forschungsgr.-Racial-Profiling 2019). Das untermauert die Tragweite und den Einfluss solcher multidimensionaler Dynamiken. Dabei reicht der alleinige Fokus auf primordial codierte, also rassialisierte Merkmale keineswegs aus, um das komplexe Phänomen des Racial Profiling umfassend zu verstehen (Plümecke and Wilopo 2019). Im Zuge der letzten Jahrzehnte hat es sich zudem den veränderten Bedingungen in westlichen Gesellschaften angepasst, insbesondere in Bezug auf eine zunehmende Sensibilisierung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Diskriminierungen (Jones and Mendieta 2021; Harris 2020; Rutland 2020; Loick and Thompson 2022). In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich das Konzept des Racial Profiling in den USA deutlich »modernisiert« und systematisiert. Diese Entwicklung ist eng mit dem sogenannten »War on Drugs« verknüpft. Der als »Krieg gegen die Drogen« bezeichnete, 1971 in den USA erstmals auf nationaler Ebene unter Präsident Nixon eingeleitete Maßnahmenkatalog entwickelte sich rasch zu einem überwältigenden Unterfangen, das alles Bisherige übertraf (Foster 2023, 110). Insbesondere die afroamerikanische Gemeinschaft war von dieser Politik in überproportionalem Maße betroffen. Die eskalierende Gewalt führte zu einer massiven Zunahme der Inhaftierungsrate unter Personen, die der afroamerikanischen Gemeinschaft angehörten. Das Dealing stellte für viele dieser Personen die einzige verfügbare Einkommensquelle dar, da die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in den Innenstädten, welche zuvor als Zentren des Handels und der wirtschaftlichen Aktivität gedient hatten, gänzlich zusammengebrochen waren (Crandall 2021, 140). Primär war es eine Kampagne zur strafrechtlichen Verfolgung kleiner Straßendealer und armer Konsumenten, die sich insbesondere gegen junge Männer in verarmten Innenstädten richtete (Farber 2022, 18).

Diese Politik, die trotz eines Rückgangs im Drogenkonsum eingeführt wurde, zielte hauptsächlich auf Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit und geringem sozialstaatlichen Schutz, wo Drogenhandel oft als eine der wenigen Einkommensquellen galt (Foster 2023, 124). Ihre selektive Durchsetzung in sozial und wirtschaftlich benachteiligten Stadtvierteln, vor allem in von Afroamerikanern bewohnten Ghettos, führte zu einer überproportionalen Inhaftierung von Schwarzen, verstärkt durch die hohe Polizeipräsenz und die Machtlosigkeit der Bewohner in diesen Gebieten (White 2020, 33). Die afroamerikanische Gemeinschaft befand sich gerade in einer Phase der Konsolidierung nach den Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung, doch statt neuer Freiheiten erlebten insbesondere afroamerikanische Männer eine neue Form der Diskriminierung durch gesteigerte Inhaftierungsraten, insbesondere aufgrund schärferer Drogengesetze. Die Rockefeller-Drogengesetze der 1970er-Jahre markierten den Beginn dieser Tendenz, aber die Auswirkungen auf die afroamerikanischen Gemeinschaften, insbesondere durch den Verlust von Arbeitsplätzen und die daraus resultierende Beteiligung an der illegalen Drogenwirtschaft, waren enorm (White 2020, 72). Diese Politik hatte schwerwiegende Folgen für die afroamerikanischen Gemeinschaften in den USA, insbesondere in den städtischen Zentren. Ganze Viertel wurden praktisch von männlichen Einwohnern entleert, da viele entweder in andere Städte abwanderten oder sich in der illegalen Drogenökonomie verstrickten (Bradford et al. 2022, 18). Die Diskrepanz in der Inhaftierungsrate zwischen Afroamerikanern und Weißen für ähnliche Drogenvergehen trotz vergleichbarer Nutzungsraten unterstreicht die rassistischen Implikationen dieser Politik (White 2020, 74). Der moderne »War on Drugs« entwickelte sich rasch zu einem Phänomen, das die vorherigen Maßnahmen in den Schatten stellte. In Reaktion auf den umfangreichen illegalen Drogenmarkt in den USA verschärfte die Behörden ihre Maßnahmen und inhaftierten eine zunehmend größere Zahl von Drogenkonsumenten und -händlern (Farber 2022, 30). In den 1980er-Jahren eskalierte der Konflikt zu einem »zweiten amerikanischen Bürgerkrieg« (ebd.) und entwickelte sich zu einer der zerstörerischsten Konfliktsituationen in der amerikanischen Geschichte. Die Konfliktparteien waren Millionen von Drogenkonsumenten und deren Lieferanten sowohl im Inland als auch international, die sich gegen die bewaffnete und außergewöhnlich gut finanzierte Staatsmacht zur Wehr setzten. Die Folgen dieses Krieges waren in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht erheblich und zogen weitreichende Schäden nach sich. Diese Entwicklungen gingen mit einer zunehmenden Lust zu bestrafen einher. Die US-amerikanische Drogenvollzugsbehörde hat in den 1980er-Jahren maßgeblich zur Systematisierung des Racial Profiling beigetragen, insbesondere durch die Einführung des Programms »Operation Pipeline« (Hood 2016). Es zielte darauf ab, Polizeibeamte landesweit in einer modernen und differenzierten Form des polizeilichen Profiling zu unterweisen. Im Rahmen des Profiling wurden insbesondere nicht-rassifizierte Merkmale berücksichtigt, darunter Fahrzeuge mit Nummernschildern aus anderen Bundesstaat-

ten, Mietwagen sowie als »auffällig« eingestufte Verhaltensweisen (Kops 2007). Obgleich seitens der Verantwortlichen ein offizielles Dementi abgegeben wurde, wonach rassistische Stereotype in den Schulungen keine Rolle spielten, belegen empirische Studien klar, dass insbesondere Personen, die nicht der weißen Bevölkerung zugeordnet wurden, systematisch als »auffällig« klassifiziert wurden (Harris 2020, 11). Diese Entwicklung hat maßgeblich zur Etablierung und Verbreitung moderner Praktiken des Racial Profiling beigetragen. Die Einführung und Verbreitung der sogenannten »Pipeline-Taktiken« in den Ausbildungs- und Einsatzstrategien der Polizeikräfte bewirkte eine Verfestigung der systematischen und verbreiteten Zielrichtung auf schwarze Autofahrer auf nationaler Ebene (Textor 2023, 24).

In Europa, insbesondere in Deutschland, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein ähnliches Phänomen wie der »Krieg gegen Drogen« in den USA entwickelt, wobei jedoch ein anderer demografischer Fokus zu beobachten ist. Im Gegensatz zu den USA, wo vor allem die afroamerikanische Gemeinschaft im Fokus strafrechtlicher Verfolgung steht, geraten in Europa und Deutschland zunehmend Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika ins Visier der strafrechtlichen Verfolgung. Die polizeiliche Praxis, Personen aufgrund ihrer vermuteten nicht-deutschen Herkunft zu verdächtigen und zu kontrollieren, wird in Mitteleuropa in der Regel unter dem Vorwand der Überwachung illegaler Migration gerechtfertigt. Diese Vorgehensweise wird zudem häufig durch Diskurse über »Effizienz« oder »spezifische Einzelfälle« flankiert (Golian 2019, 179; Jain 2019, 44). Die Behörden nutzen die Themen Migration und Flucht nach Europa, um eine intensiviertere und häufigere Überwachung von Personen mit primär ausländischer Staatsbürgerschaft zu rechtfertigen. In der Konsequenz sehen sich Menschen, die nicht als weiße Bürger wahrgenommen werden, einer verstärkten polizeilichen Kontrolle sowie strengeren Strafverfolgungsmaßnahmen ausgesetzt.

Der Begriff »Racial Profiling« kann als Ausdruck sozialer Systeme verstanden werden, die durch Kommunikation und Beobachtung bestimmte Unterscheidungen treffen und reproduzieren. Die Annahme, dass Kriminalität ein relevantes Charakteristikum bestimmter ethnischer Gruppen ist, reflektiert die Art und Weise, wie das Rechtssystem und die Polizei als dessen ausführendes Organ Informationen selektieren und verarbeiten. Die Verknüpfung von vermuteter Herkunft mit kriminellen Neigungen stellt einen Mechanismus dar, durch den die Komplexität der sozialen Realität reduziert wird. Dies erfolgt durch die Kategorisierung von Personen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, wobei bestimmten Verhaltensweisen unterstellt werden. Diese Zuschreibungen sind Teil der strukturellen Kopplung zwischen dem Rechtssystem und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen wie Politik und Medien. In diesen gesellschaftlichen Teilbereichen werden rassistische Narrative und Stereotypen verbreitet und legitimiert. Polizeikontrollen dienen nicht ausschließlich der Rechtsdurchsetzung, sondern erfüllen auch die Funktion, gesellschaftliche Differenzen zu reproduzieren und zu verstärken. Als

integraler Bestandteil des Rechtssystems basiert die Polizeiarbeit auf staatlich legitimierten Kriterien, welche »Andersartigkeit« als bedrohlich definieren. Diese Definition erstreckt sich über verschiedene systemische Ebenen, darunter Migration, Strafrecht und öffentliche Ordnung, und manifestiert sich in der physischen Überwachung und Kontrolle des öffentlichen Raums. Innerhalb dieses Rahmens agiert die Polizei als soziales System, das durch eigene Operationen und Kommunikationsformen charakterisiert wird. Letztere basieren auf der Unterscheidung zwischen primordial codierter Konformität und Abweichung. In diesem Kontext kann Racial Profiling als eine Form der Kommunikation betrachtet werden, durch die das System Komplexität reduziert. Die Selektion bestimmter primordialer Merkmale als Indikatoren für potenzielle Nicht-Konformität oder Bedrohung ist nicht neutral oder objektiv, sondern reflektiert tief verwurzelte soziale Vorurteile und Machtstrukturen, die vom System reproduziert und legitimiert werden. Diese staatlich legitimierte Konstruktion einer bedrohlichen »Andersheit« sowie die darauf folgende Überwachung und »Befreiung« (Wa Baile et al. 2019, 9) des öffentlichen Raums dienen der Erzeugung und Aufrechterhaltung sozialer Unterschiede und tragen zur Segregation des Raums bei. Dies verdeutlicht die Praxis des Racial Profiling. Derartige Praktiken verfestigen bestehende soziale Ungleichheiten und beeinflussen aktiv die soziale Wahrnehmung sowie die Organisation des Raums, indem sie bestimmen, wer als Teil des »Wir« betrachtet wird und wer als »anders« oder bedrohlich markiert und ausgeschlossen wird. Dies verdeutlicht die entscheidende Rolle, die Racial Profiling in der komplexen Dynamik gesellschaftlicher Differenzierung und Raumgestaltung spielt. Es ist tief verwurzelt in den systemischen Operationen und der Kommunikation der Polizei. Des Weiteren initiiert dieses Verfahren einen Sinnproduktionsprozess durch Selektion, wobei die polizeiliche Praxis der Kategorisierung und Unterscheidung maßgeblich zur Konstruktion sozialer Realitäten beiträgt. Die systematische Markierung bestimmter Gruppen als »anders« erzeugt einen sozialen Sinn, der die Grenzen zwischen Zugehörigkeit und Ausgrenzung definiert und verstärkt.

Aus systemrechtlich-theoretischer Perspektive kann Racial Profiling als eine Form der Rechtfertigung sozialer Ungleichheiten betrachtet werden. Die Kriminalisierung bestimmter ethnischer Gruppen dient der Legitimation der bestehenden sozialen Ordnung und der darin verankerten Ungleichheit. Die Durchsetzung dieser Ungleichheit sowie die Stabilisierung der gesellschaftlichen Hierarchie stellen weitere Funktionen rassistischer Kontrollen dar. Dabei wird die untergeordnete Position bestimmter Gruppen als Ergebnis ihrer vermeintlichen »natürlichen« Neigung zur Kriminalität dargestellt. Dies bekräftigt die Feststellung, dass Racial Profiling tief in den strukturellen und operativen Logiken gegenwärtiger Gesellschaften verankert ist. Es manifestiert sich als Instrument, dem eine reproduktive und legitimierende Funktion hinsichtlich bestehender Machtverhältnisse und sozialer Ungleichheiten zukommt. Dies erfolgt durch die

Anwendung langfristig etablierter, rassistischer Kategorisierungen und Differenzierungen. Diese Situation wird durch sozioökonomische Problematiken wie Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Wohnraumknappheit in Stadtvierteln mit hohem Migrantenanteil zusätzlich verschärft. Die Marginalisierung der betreffenden Bevölkerungsgruppen und die daraus resultierenden sozialen Spannungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Konflikten mit dem Gesetz kommt. Als Ausdruck vielschichtiger Begehren und Projektionen, von individuellem und strukturellem Rassismus bis hin zur Systemrechtfertigung, nutzt die Polizei als staatliches Gewaltorgan diese Praktiken zur Rechtfertigung ihrer Handlungen. Dies führt nicht nur zu einer Verstärkung gesellschaftlicher Vorurteile, sondern auch zu einer Zementierung der Strukturen, welche diese Vorurteile stützen. In Europa, ähnlich wie in den USA, wird die Strafverfolgungspolitik häufig dafür kritisiert, bestimmte Gruppen unverhältnismäßig zu kriminalisieren und zu stigmatisieren. Dies resultiert in einer überproportionalen Präsenz dieser Gruppen in den Strafvollzugssystemen und fördert ihre weitere Entfremdung und Isolation. Ein Teufelskreis der Marginalisierung und Kriminalisierung entsteht, der die gesellschaftliche Integration erschwert und bestehende Vorurteile verstärkt, indem er scheinbar die Annahmen der primordialen Codierung bestätigt.

Die verschiedenen Manifestationen neoliberal codierter Elemente des strafrechtlichen Populismus beziehen sich teilweise auf die weiter oben dargelegten Zusammenhänge der primordialen Codes und der unzulässigen Verknüpfungen fundamentaler Ängste und Unsicherheiten mit primordial codierter Kriminalität. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass hier Narrative des vermeintlichen Individualismus und der finanzielle Profit im Mittelpunkt stehen. Im neoliberalen Kontext wird Kriminalität ausschließlich als Produkt individueller Fehlentscheidungen gesehen, während strukturelle Ursachen und soziale Ungleichheiten vernachlässigt werden. Dies führt zu einem strafenden Ansatz, der individuelle Akteure vollständig für ihre Handlungen verantwortlich macht, ohne die tiefer liegenden sozialen und ökonomischen Bedingungen zu adressieren, die zu diesen Handlungen führen. Die Überlagerung primordialer und neoliberaler Codes im strafrechtlichen Populismus manifestiert sich exemplarisch in der Kommerzialisierung von Gefängnissen sowie im »Krieg gegen Drogen«. Durch die Darstellung sozialer Missstände aus der Perspektive des neoliberal codierten strafrechtlichen Populismus werden medial Affekte wie Angst, Empörung und Unsicherheit, also typische populistische Affizierungsmuster, evoziert. In Deutschland kann von strafrechtlichem Populismus in mehreren Bereichen gesprochen werden. Er manifestiert sich in der politischen Rhetorik, der Gesetzgebung und in der medialen Berichterstattung. Strafrechtlicher Populismus zeichnet sich durch vereinfachte, auf emotionale Reaktionen abzielende Darstellungen von Kriminalität und Strafjustiz aus und verfolgt oft das Ziel, öffentliche Unterstützung für härtere Strafmaßnahmen zu gewinnen. Einige spezifische Bereiche, in denen strafrechtlicher Populismus in Deutschland

auftreten kann, umfassen typischerweise Gesetzgebungsprozesse, Wahlkampagnen und Medienberichterstattung. Politiker nutzen strafrechtlichen Populismus, um Gesetzesänderungen oder neue Gesetze zu befürworten, die härtere Strafen für bestimmte Verbrechen vorsehen. Diese Maßnahmen werden oft als direkte Antworten auf spektakuläre Kriminalfälle oder als Reaktion auf das öffentliche Sicherheitsbedürfnis präsentiert. Die Forderung nach härteren Strafen für bestimmte Verbrechen und die Präsentation von Gesetzesänderungen als direkte Antworten auf Kriminalfälle projizieren die Schuld gezielt auf individuelle Täter, bieten der Öffentlichkeit eine scheinbar greifbare Projektionsfläche für Hass und Empörung und suggerieren, dass komplexe soziale Probleme durch einfache, repressive Maßnahmen bewältigt werden könnten. Diese Strategie mag kurzfristig das Gefühl von Sicherheit stärken, lenkt jedoch von den zugrunde liegenden strukturellen Ursachen der Kriminalität ab und verstärkt langfristig gesellschaftliche Polarisierung sowie soziale Ungleichheiten. Die Versprechen von Politikern und Parteien, Kriminalität durch die Einführung strengerer Gesetze und härterer Strafen zu bekämpfen sind strategisch darauf ausgerichtet, von den Wählern als entschlossene Hüter der öffentlichen Sicherheit wahrgenommen zu werden. Solche Wahlversprechen reflektieren eine Konkurrenzlogik, die für neoliberale Denkweisen charakteristisch ist: Politische Akteure positionieren sich als effiziente »Anbieter« von Sicherheit und Ordnung und werben ähnlich wie Unternehmen auf einem Markt um die Gunst ihrer Kunden. Daran wird deutlich, wie im politischen System Informationen und Themen selektiv nach der Logik von Angebot und Nachfrage behandelt werden, was die Komplexität sozialer Probleme reduziert und Lösungen auf marktkonforme Strategien beschränkt. Die Priorisierung von Sicherheit und Ordnung ohne Berücksichtigung sozialer und struktureller Ursachen von Kriminalität steht im Einklang mit der neoliberalen Logik der Individualisierung von Problemen und der Abkehr von kollektiven, gesellschaftlichen Lösungsansätzen. Durch die Anwendung des strafrechtlichen Populismus in Wahlkampagnen, welche das politische System zunehmend mit Wettbewerb und Effizienz des Wirtschaftssystems infiziert, entfernt es sich von seiner grundlegenden Rolle, die Machtverteilung zu regulieren und das Gemeinwohl zu fördern. Diese Vermengung der Logiken stärkt nicht nur vorhandene Machtstrukturen und legitimiert Exklusionsmechanismen durch die Darstellung bestimmter Gruppen als gesellschaftliche Bedrohungen, sondern begünstigt auch eine Vertiefung sozialer Hierarchien. In diesem Prozess wird die kollektive Intelligenz signifikant beeinträchtigt, da der übermäßige Fokus auf Wettbewerb und Effizienz eine bedenkliche Eindimensionalität fördert. Diese beschränkte Sichtweise schwächt die Vielfalt an Perspektiven und mindert die Fähigkeit der Gesellschaft, komplexe Probleme durch kreatives und umfassendes Denken anzugehen. Auch Medien tragen durch sensationalistische Berichterstattung über Kriminalfälle und die Fokussierung auf Täter und deren Bestrafung zur Verbreitung und Verstärkung des strafrechtlichen Populismus bei. Indem sie auf

spektakuläre Weise Ängste in der Bevölkerung schüren, fördern sie die Nachfrage nach harten, strafrechtlichen Maßnahmen. Diese Berichterstattung, die den Nachrichtenkonsum als Ware behandelt, korrespondiert mit neoliberalen Prinzipien, da sie die öffentliche Meinung in Richtung von Maßnahmen lenkt, die Marktlogik und individuelle Verantwortung überbetonen und gezielt projektive Mechanismen zur Verstärkung von Vorurteilen nutzen. Zudem zeigt sich, wie das Mediensystem durch Selektion von Informationen und Themen – gemäß seiner eigenen Logik und den Erwartungen seines Publikums – zur Stabilisierung bestimmter sozialer Strukturen und zur Verstärkung vorhandener Machtverhältnisse beiträgt, indem es bestimmte Narrative priorisiert und andere ausschließt. Die Einbeziehung der zwei Regime der Differenzordnungen, die jeweils vielfältige Aspekte und Differenzierungen umfassen, erweitert das Verständnis von Diskriminierung. Sie beleuchtet die unterschiedlichen, jedoch miteinander verflochtenen Dimensionen der sozialen Ordnung und ihrer Machtdynamiken, die zwar gleichzeitig agieren, jedoch auf historisch und wirtschaftspolitisch divergierenden Wurzeln und Logiken basieren. Eine solche analytische Differenzierung ermöglicht eine präzisere Identifikation und Bearbeitung der spezifischen Mechanismen und Ursachen von Diskriminierung und Marginalisierung.

In der Diskussion um den strafrechtlichen Populismus beleuchtet die *Sachdimension* die thematischen und funktionalen Kontexte, in denen sich der strafrechtliche Populismus entfaltet. Das schließt ein, wie Kriminalität und Strafe gesellschaftlich thematisiert und begründet werden, beinhaltet aber auch die dahinterliegenden Vorstellungen von Sicherheit, Gerechtigkeit und Ordnung. Die Berücksichtigung dieser Dimension offenbart, dass der strafrechtliche Populismus keineswegs nur eine Antwort auf kriminelles Verhalten ist, sondern zudem auf spezifischen Narrativen und Wertekonstruktionen fußt, die sowohl in neoliberal als auch in primordial codierten Differenzordnungen verankert sind. So kann beispielsweise die Betonung von »Law and Order« und die Forderung nach härteren Strafen als Manifestation einer neoliberalen Logik verstanden werden, die individuelle Verantwortung über soziale oder strukturelle Erklärungen für Kriminalität stellt. Die primordiale Logik stützt sich dabei auf grundlegende, traditionell verankerte Überzeugungen und Werte, die Identität und Zugehörigkeit innerhalb einer Gemeinschaft nach primordialen Kriterien definieren. Im Rahmen des strafrechtlichen Populismus äußert sich dies in der Beschwörung einer scheinbar eindeutig definierten sozialen Ordnung und der Hervorhebung einer derart codierten Gruppenidentität, die Außenstehende oder »Andere« als Gefahren für die soziale Harmonie kennzeichnet. Diese tief sitzenden Überzeugungen begünstigen einen Ansatz, der auf direkte Lösungen wie strengere Strafmaßnahmen setzt, um vermeintliche Ordnung zu gewährleisten, und komplexere soziale oder strukturelle Erklärungen für kriminelles Verhalten außer Acht lässt. In der *Sozialdimension* rücken die sozialen Beziehungen und Identitäten in den Fokus, die durch den straf-

rechtlichen Populismus sowohl beeinflusst als auch angesprochen werden. Es wird analysiert, wie bestimmte Gruppen in der öffentlichen Wahrnehmung entweder als Bedrohungen oder als Opfer von Kriminalität positioniert werden und inwiefern solche Darstellungen die sozialen Dynamiken und Machtverhältnisse prägen. Diese Betrachtung deckt auf, wie der strafrechtliche Populismus bestehende soziale Hierarchien nicht nur bestätigt, sondern auch intensiviert, indem er sich auf primordial codierte Unterscheidungsmerkmale wie Ethnizität, Nationalität oder Religion stützt. Zugleich verstärkt er neoliberale Ideologien von Meritokratie, was zu einer Dualität von Zugehörigkeit und Ausgrenzung führt. Ergänzend zu dieser Analyse zeigt sich, dass der strafrechtliche Populismus einen Rahmen schafft, innerhalb dessen die Betonung individueller Verantwortlichkeit oft dazu dient, strukturelle Ursachen für soziale Probleme und Kriminalität zu verschleiern. Dadurch werden soziale und ökonomische Ungleichheiten naturalisiert und die Notwendigkeit kollektiver Lösungsansätze und solidarischer Handlungsstrategien untergraben. Die Unterscheidung zwischen Sinn- und Sachdimensionen könnte ohne Einbeziehung der intersektionalen Perspektiven der Regime der Differenzordnung wesentliche Verflechtungen von Diskriminierungsformen übersehen. Eine separate Betrachtung birgt die Gefahr, die Realitäten von Personen an den Schnittstellen mehrerer Unterdrückungsachsen zu marginalisieren, und könnte dazu führen, dass die Bedeutung individueller und kollektiver Handlungsmacht unterbewertet wird. Eine ganzheitliche Analyse, die intersektionale Differenzordnungen erkennt und anwendet, ist erforderlich, um die Komplexität von Diskriminierung und Ungleichheit vollständig zu erfassen und zu adressieren. Weder die individuelle Verantwortung noch die strukturelle und systemische Dimension dürfen dabei negiert werden, da beide Perspektiven unverzichtbare Beiträge zum Verständnis und zur Überwindung dieser Herausforderungen leisten. Die zwei Regime nutzen also unterschiedliche Schemata der Sinnkonstruktion, um Schuld und Verantwortung zuzuweisen. Damit reduzieren sie die Komplexität der sozialen Wirklichkeit und stabilisieren bestehende Machtverhältnisse. Die Kombination beider Regime führt zu einer überlappenden Logik, in der sowohl primordiale als auch neoliberale Codierungen genutzt werden, um soziale Gruppen zu stigmatisieren und auszugrenzen. Diese Verschmelzung wird durch die systemische Logik der funktionalen Differenzierung ermöglicht, die eine simultane Anwendung unterschiedlicher Kommunikationscodes und -strukturen innerhalb der gesellschaftlichen Teilsysteme erlaubt.

9.4.3 Regime der Integration

Unter Berücksichtigung der bisherigen Ausführungen lässt sich *Integration* als ein machtpolitisch einflussreiches und vielschichtiges Konstrukt beschreiben, welches gesellschaftliche Dominanz- und Differenzverhältnisse formt. Dies erfolgt

durch die Regulierung, Einschränkung oder Verweigerung des Zugangs zu ökonomischen, sozialen und symbolischen Ressourcen für eingewanderte Menschen (Mecheril et al. 2020). Dabei werden gezielte emotionale Rahmenbedingungen eingesetzt, um diesen Prozess zu intensivieren (Behnam Shad 2023). Spezifische Gesetze und Regelungen führen dazu, dass bestimmte Gruppen von Menschen in unzulässiger Weise von der gleichberechtigten Teilhabe an Sozial- und Gesundheitssystemen ausgeschlossen werden. Es sei darauf verwiesen, dass Inklusions- und Exklusionsmechanismen als integrale Bestandteile jedes sozialen Systems betrachtet werden müssen. Wie in Kapitel 2.2.9 dargelegt, besitzen soziale Exklusionen zwei spezifische Eigenschaften: Sie sind *unhintergebar* und werden häufig *negiert, verschleiert* oder *heruntergespielt*. Diese Mechanismen sind von grundlegender Bedeutung für die Struktur und Funktionsweise sozialer Systeme, da sie bestimmen, wer zum System gehört und wer ausgeschlossen bleibt. Die Tendenz, Exklusionen zu verbergen oder zu minimieren, zielt häufig darauf ab, die sozialen und politischen Strukturen, welche diese Ausschlüsse generieren und reproduzieren, einer kritischen Hinterfragung zu entziehen. Die Kategorisierung von Individuen in unterschiedliche Bedürftigkeitsgruppen, welche durch regulatorische Maßnahmen erzeugt wird, führt zu einer Verstärkung und Institutionalisierung sozialer Schichtungen. Obgleich einige Gruppen von Geflüchteten zur Teilnahme an Integrationsmaßnahmen verpflichtet sind, um eine Abschiebung zu verhindern, werden Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis argwöhnisch beäugt und mitunter sogar kriminalisiert, sofern sie sich um derartige Maßnahmen bemühen. In Diskussionen über ausländische Menschen wird der Begriff »Integration« häufig in einer Weise verwendet, die impliziert, dass dies ein erstrebenswertes Ziel sei, dem viele Menschen mit Migrationshintergrund angeblich nicht gerecht würden. In diesem Kontext werden »Ausnahmen« oft medial hervorgehoben, wobei der Unterton mitschwingt, dass diese Ausnahmen die Regel bestätigen und die meisten eingewanderten Menschen dieses Ideal nicht erreichen können. In der öffentlichen Diskussion wird jedoch weitgehend ausgeblendet, dass Desintegration in vielen Fällen bereits durch die bestehenden Strukturen und Rahmenbedingungen *vorprogrammiert* ist. Dies betrifft sowohl die institutionelle Ebene als auch die Psyche der betroffenen Menschen. Zu den effektivsten Instrumenten dieser Desintegrationsmaschinerie gehört das gesamtgesellschaftliche Integrationsdispositiv selbst, welches Integration als eine einseitige Anpassung von »Minderheiten« an »die Mehrheitsgesellschaft« definiert. Daraus resultierende lineare und dichotom verstandene Integrationsdiskurse fordern gesellschaftliche Integration und produzieren zugleich – beispielsweise durch die permanente Problematisierung und Kriminalisierung von Menschen mit Migrationshintergrund – Desintegration auf verschiedenen Ebenen (Hinger and Schweitzer 2020). So entsteht ein unkritisches Integrationsdispositiv, das eingewanderte Menschen zu integrationsbedürftigen »Untertanen-Subjekten« (Mezzadra 2015, 208) macht, zugleich aber eine Thema-

tisierung der Dominanz der weißen Mehrheit und ihrer Privilegien verhindert (Karabulut 2020, 2). Die Vagheit der Integrationsanforderungen, die grundsätzliche Unabgeschlossenheit von Integrationsmaßnahmen und die Perspektiven auf Flucht und Migration »als Problem« (Mecheril, Melter, and Melter 2008, 68) sowie auf Menschen mit Migrationshintergrund als »Ursache des Problems« (ebd.) sind kennzeichnend für das hegemonial ausgehandelte Integrationsdispositiv. Dieses Integrationsdispositiv impliziert, es gäbe eine »integrierte Mitte«, der sich die am Rand der Gesellschaft situierten Menschen annähern könnten, sofern sie sich ausreichend bemühten. Dadurch wird die Tatsache verschleiert, dass Integration primär aus dem Konkurrenzkampf der Verteilung von Lebenschancen besteht, der entlang intersektionell wirkender Differenzlinien verläuft. Individuen und Familien werden in einem solchen (Miss-)Verständnis für ihre Teilnahmechancen und Zugänge zu spezialisierten Funktionssystemen der Gesellschaft selbst verantwortlich gemacht. Der erwähnte Konkurrenzkampf unter eingewanderten Menschen konstituiert sich aus neoliberalen Nützlichkeits- und Verwertbarkeitskriterien und verkennt die strukturell verankerten Machtasymmetrien und -dynamiken. Das Integrationsdispositiv sieht die zu »integrierenden Anderen« meist als Gefährder oder als demografische Ressource, mit deren Hilfe der gesellschaftliche Status quo systemrechtfertigend aufrechterhalten werden soll. An dieser Stelle konvergieren primordiale und neoliberale Codierungen, um Differenzlinien in zu produzieren und zu verfestigen. In der aktuellen Konstellation wird Teilhabe nicht explizit aufgrund von Hautfarbe oder Staatsangehörigkeit verwehrt. Stattdessen existiert ein komplexes System aus undurchsichtigen Migrationsgesetzen, das systematisch Benachteiligungen hierarchisiert. Dieser Mechanismus steht in scharfem Widerspruch zu den Prinzipien der liberalen Demokratie, welche Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Individuen propagiert. Es wird deutlich, dass Exklusionen, die *systemisch negiert* und *minimiert* werden (siehe Kap. 2.2.9), die blinden Flecken eines quasi religiös verankerten, liberal-demokratischen Egalitarismus enthüllen. In diesen entscheidenden Momenten der Integration in Deutschland, speziell an *Bifurkationspunkten innerhalb komplexer sozialer Systeme* (siehe Kap. 8.3.2), wird oft entschieden, ob bestehende Ungleichheiten verstärkt werden, indem Exklusionen weiterhin verschleiert und damit der Status quo aufrechterhalten wird, oder ob durch das Anerkennen und Ansprechen von Exklusionen transformative Veränderungen initiiert werden. Diese Punkte bieten demgemäß nicht nur die Möglichkeit, neue Wege zur Inklusion zu öffnen, sondern auch bestehende Barrieren zu verstärken. Die Richtung, die dabei eingeschlagen wird, resultiert oft aus der Interaktion zwischen kulturellen Codierungen und den dynamischen Anforderungen einer sich verändernden Gesellschaft. Emotional geladene Diskurse über Migration und Integration, insbesondere die permanente Erregung durch Differenzmarkierung als nicht-weiß geltender ausländischer Personen, beeinflussen tiefgehend die Politikgestaltung und öffentliche Wahrnehmung. Bifurkationspunk-

te in der Gesetzgebung, lokalen Integrationspolitik und Bildungseinrichtungen sind entscheidend für die Ausgestaltung und Förderung von Integration. An diesen neuralgischen Punkten wird bestimmt, ob eingewanderte Menschen aktiv in die gesellschaftlichen Strukturen einbezogen oder lediglich als passive Objekte der Integrationsbemühungen betrachtet werden. Diese kritischen Momente zeigen, wie tief politische Entscheidungen, gesellschaftliche Einstellungen und individuelle Erfahrungen miteinander verwoben sind, und sie prägen nachhaltig das Integrationsgefüge sowie die Möglichkeiten und Grenzen der Integration. Diese Interaktionen beeinflussen nicht nur kurzfristige Politikansätze, sondern auch langfristige gesellschaftliche Strukturen und legen oft unbemerkt die Weichen für die soziale Inklusion oder Exklusion bestimmter Gruppen. Beispielsweise zeigt die in diesem Buch mehrfach erwähnte Diskussion um die sogenannte »Remigration« von Menschen in ihre Herkunftsländer, welche faktisch nicht möglich ist aufgrund fehlender Papiere oder rechtlicher Unmöglichkeit, wie Integrationspolitiken oft unrealistische Erwartungen setzen oder auf Annahmen basieren, die die komplexen Realitäten von Migrantenleben ignorieren. Diese Politiken können zu weiterer Marginalisierung und Entfremdung führen, wenn sie ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Lebensumstände und Sicherheitsbedenken der betroffenen Personen formuliert werden. Der Druck, in ein »Heimatland« zurückzukehren, das viele nicht mehr als solches empfinden oder das sie nur aus Erzählungen kennen, offenbart eine tiefe Diskrepanz zwischen politischen Ideologien und individuellen Lebensrealitäten. Solche Maßnahmen verschärfen nicht nur die Unsicherheit unter Migranten, sondern unterstreichen auch die oft instrumentelle Nutzung von Integrationspolitik, die eher symbolischen Charakter hat und darauf abzielt, politische Agenden zu bedienen, anstatt echte Lösungen für die Herausforderungen der Migration zu bieten. Aus einer soziokybernetisch-anthropologischen Perspektive beleuchtet die Forderung nach »Remigration« durch konservative Stimmen die tief sitzenden strukturellen und ideologischen Muster innerhalb sozialer Systeme. Diese Forderungen reflektieren eine Tendenz, komplexe soziale Phänomene auf einfache Lösungen zu reduzieren und fördern damit eine narrative Konstruktion des »Anderen«, die wesentlich zur Aufrechterhaltung von Machtstrukturen und zur Legitimation sozialer Hierarchien beiträgt. Die wiederholte Betonung von Remigration ohne Rücksicht auf die Lebenswirklichkeit der Betroffenen dient nicht nur der politischen Mobilisierung bestimmter Wählerschichten, sondern spiegelt auch eine tiefgehende Unfähigkeit wider, sich mit der globalen Verflechtung von Lebensrealitäten und den daraus resultierenden sozialen Verpflichtungen auseinanderzusetzen (siehe Kap. 10.4). Diese Dynamiken enthüllen die in den Systemen verankerten Exklusionsmechanismen, die nicht nur die Lebensbedingungen von Migranten beeinträchtigen, sondern auch die integrative Kapazität sozialer Systeme untergraben. Sie tun dies, indem sie an kritischen Bifurkationspunkten konsequent eine Richtung einschlagen, die auf eine Schließung des Systems hin-

ausläuft. Diese systemische Schließung manifestiert sich in der Verstärkung von Grenzen und Barrieren, die eine echte Integration verhindern und stattdessen die Aufrechterhaltung einer hierarchischen Ordnung fördern, die bestimmte Gruppen ausschließt und privilegiert. Die ständige Präsenz von Exklusionen in sozialen Systemen, die unvermeidlich sind, unterstreicht die Krux des liberal-demokratischen Anspruchs auf Gleichberechtigung und Gerechtigkeit. Diese inhärente Eigenschaft von Exklusionen stellt sozusagen einen permanenten Bifurkationspunkt dar, an dem soziale Systeme sich entscheiden müssen, wie sie mit diesen unvermeidlichen Ausschlüssen umgehen. Die Überlagerung von primordialen und neoliberalen Ansätzen im Integrationskontext manifestiert sich in der Klassifizierung und entsprechenden Behandlung bestimmter Gruppen basierend auf ethnischen oder nationalen Merkmalen. Primordiale Codierungen, die hierarchisierende Benachteiligung und daraus resultierende Humandifferenzierung bewirken, sind offensichtlich, insbesondere in der Desintegration von Menschen, die vor dem Hintergrund der herrschenden weißen Dominanz in Mitteleuropa als Fremdgruppenmitglieder wahrgenommen und behandelt werden. Diese Gruppen müssen ständig für ihre Integration kämpfen. Sie werden medial und gesellschaftspolitisch regelmäßig als »anders« markiert und homogenisiert, wie es bei verschiedenen Ereignissen, etwa der Pandemie oder den alljährlichen Neujahrsfesten, deutlich wird. Diese primordial codierten Formen der Sortierung und Benachteiligung sind Kern der autopoietischen Rituale der Erregung, durch die gesellschaftliche Gruppen ihre imaginierte Eigenheit kontinuierlich rekonstruieren. Zu dieser Selbstwahrnehmung gehört untrennbar das festgefahrene Schema der Indifferenz gegenüber dem Leid jener, die auf dem eigenen Wohlstand fußen. Dies wird ausführlicher in Kapitel 10.4 behandelt. Diese Klassifikationen werden durch neoliberale Politiken verstärkt, die Individuen nach ihrer ökonomischen Nützlichkeit bewerten und folglich privilegieren oder marginalisieren. Das Menschenrecht auf Asyl wird beispielsweise zunehmend ad absurdum geführt, indem die ökonomische Nützlichkeit eines Individuums vor seiner Einwanderung überprüft wird. Dadurch werden Asyl-, Migrations- und Arbeitsrecht miteinander vermischt, obwohl ihnen vollkommen unterschiedliche Logiken und Bestimmungen zugrunde liegen. Dies führt zu einer Vertiefung sozialer Exklusion und zur Verfestigung von Ungleichheiten, eingebettet in die strukturellen und ideologischen Rahmen der Gesellschaften.

Über die Kritik des *methodologischen Nationalismus*¹ hinaus wird vorliegend Integration *nicht* als ein unabhängiger, einzig von individuellen Bemühungen abhängiger, linearer Prozess verstanden, sondern als ein stark reglementiertes »Integrationsregime« (Mezzadra 2015). Sowohl die lineare Sichtweise, die von Eingewanderten eine einseitige Assimilation an die Mehrheitsgesellschaft fordert, als auch das zweiseitig gedachte »interkulturelle« Integrationskonzept sind letztlich lineare Ansätze. Das zweiseitige Integrationsmodell wird aus systemisch-anthropologischer Sicht als eindimensional und linear kritisiert, da es Integration lediglich als wechselseitigen Prozess zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den eingewanderten Gruppen darstellt und dabei komplexe, mehrschichtige Dynamiken und Machtverhältnisse außer Acht lässt. Das Modell basiert auf der Prämisse der gegenseitigen Anpassung, wobei strukturelle Barrieren, historische Kontexte und vor allem geopolitische Einflüsse, die den Integrationsprozess maßgeblich beeinflussen, unberücksichtigt bleiben. Zudem führt es dazu, dass Menschen mit Migrationshintergrund in konstruierte und fixierte Gruppen eingeteilt werden, wobei veraltete, rassistisch geprägte und essentialisierende Zuschreibungen weiterhin Bestand haben. Diese simplifizierende Perspektive verfehlt die Realität und ignoriert die tief in sozialen und politischen Strukturen verwurzelten systemischen Mechanismen der Exklusion. Solche zunächst fortschrittlich und »multikulturell« anmutenden zweiseitigen Ansätze vernachlässigen systemische Dynamiken sowie wesentliche Aspekte der hegemonialen Machtausübung und stellen soziale Verhältnisse auch als »natürlich« dar — ein Verständnis, das sich teils in der Kolonialzeit herausbildete und im Naziregime kulminierte. Ausgehend von den bisherigen Erläuterungen *muss* die Unhintergebarkeit von Inklusion und Exklusion sowie die verdrängende Negation von Exklusionen systematisch hervorgehoben werden. Aus einer systemisch-anthropologischen Perspektive wird Integration nämlich nicht nur als Prozess der Aufnahme von Individuen in ein bestehendes soziales Gefüge betrachtet, sondern als ein komplexes Zusammenspiel von Inklusions- und Exklusionsmechanismen, die gleichermaßen durch biologische, soziale, kulturelle und politische Dynamiken nicht-linear geformt sind. Im Kontext neoliberaler Regime, die oft durch rigide Vorgaben und die Priorisierung ökonomischer Effizienz über soziale Gerechtigkeit gekennzeichnet sind, gestaltet sich der Integrationsprozess nicht als ein echter Dialog, sondern vielmehr als eine Serie von Exklusionen, die

1 Methodologischer Nationalismus ist die Tendenz, soziale Phänomene und gesellschaftliche Prozesse primär aus der Perspektive des Nationalstaats zu betrachten und zu analysieren. Dabei wird der Nationalstaat als die »natürliche« und ausschließliche Einheit der sozialen Organisation angenommen, was dazu führt, dass transnationale, globale und subnationale Dynamiken vernachlässigt oder ignoriert werden. Diese Sichtweise kann zu einem eingeschränkten Verständnis sozialer Realitäten führen, da sie die Komplexität und Vielschichtigkeit gegenwärtiger Gesellschaftskonstellationen nicht vollständig erfasst.

im Namen der Realpolitik immer weiter und immer unverhohlener vorangetrieben werden. Diese Systeme neigen dazu, Integration in eng definierten, ökonomisch nützlichen Parametern zu messen, wodurch die Wahrscheinlichkeit eines wirklichen, gleichberechtigten Austauschs zwischen eingewanderten Menschen und Aufnahmegesellschaft drastisch sinkt. Diese Vorgehensweise priorisiert ökonomische Verwertbarkeit und führt dazu, dass Migranten primär als Arbeitskräfte gesehen werden, die sich ohne ausreichende Unterstützung anpassen müssen, während systemische Barrieren, die eine vollständige gesellschaftliche Teilhabe verhindern, unangetastet bleiben. Solche Praktiken stärken den Status quo bestehender Machtstrukturen und marginalisieren bestimmte Gruppen, anstatt einen inklusiven Rahmen zu schaffen. Der vielfach proklamierte Dialog im Kontext der Integrationsdebatte erweist sich somit als Farce, in der die tatsächlich verfolgten politischen Bestrebungen die Ideale der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit untergraben. Selbst vermeintlich integrative Maßnahmen enthalten oft exkludierende Aspekte, indem sie bestimmte kulturelle Praktiken oder Identitäten marginalisieren. Zudem wird häufig betont, wie viele Ressourcen zur Förderung der Integration bereitgestellt werden, während strukturelle Barrieren und systemische Ungleichheiten, die spezifische Gruppen ausschließen, heruntergespielt oder ignoriert werden. Diese Negation verdeckt die Machtverhältnisse hinter den Integrationsprozessen und trägt dazu bei, bestehende Dominanzverhältnisse zu konservieren. Die abschließende Betrachtung der Diskussion um Integration offenbart, dass sie als komplexes Instrument der Machtausübung und Kontrolle fungiert. Integration wird nicht allein durch individuelle Bemühungen bestimmt, sondern ist tief verwurzelt in politischen und sozialen Regimen, die durch ihre Strukturen und Politiken spezifische Gruppen systematisch marginalisieren und bestehende Machtstrukturen aufrechterhalten. Integration geht somit über die simple Eingliederung in eine Gesellschaftsordnung hinaus und manifestiert sich in politischen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Erwartungen, die oft darauf abzielen, den Status quo zu konservieren. Diese Rahmenbedingungen fördern eine selektive Inklusion, bei der bestimmte kulturelle Identitäten und Praktiken bevorzugt und andere marginalisiert oder stigmatisiert werden. Diese Vorgehensweise verdeutlicht die tiefe Verflechtung von Integration mit Machtverhältnissen und -dynamiken, die in der Diskussion um gerechte und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe kritisch hinterfragt und adressiert werden müssen.